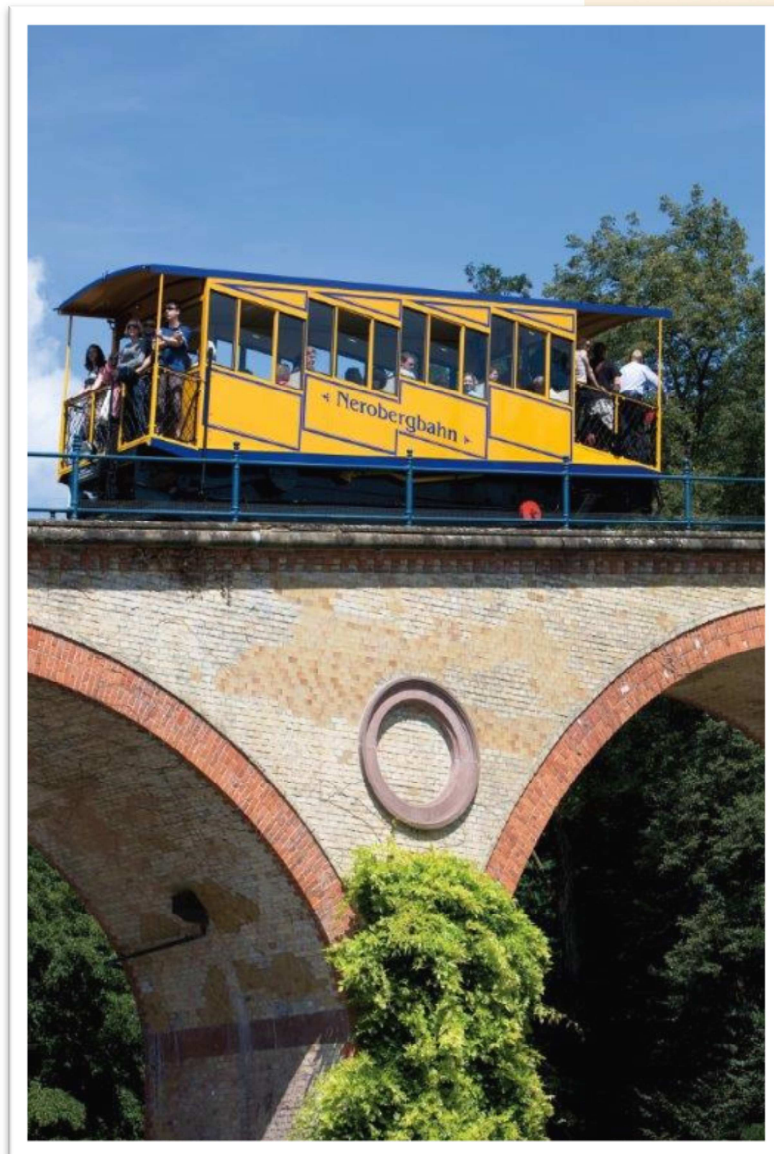


LANDESHAUPTSTADT



## Jahresabschlussbericht



für das Geschäftsjahr 2016

[www.wiesbaden.de](http://www.wiesbaden.de)

## Jahresabschluss 2016

---

# Jahresabschluss 2016

## Inhaltsverzeichnis

<b>1 Jahresabschluss .....</b>	<b>6</b>
1.1 Vermögensrechnung .....	7
1.2 Ergebnisrechnung Wiesbaden und AKK .....	9
1.3 Finanzrechnung .....	10
<b>2 Rechenschaftsbericht .....</b>	<b>11</b>
2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen .....	11
2.2 Entwicklung der Steuererträge und Schlüsselzuweisungen .....	13
2.3 Strategien und Ziele .....	14
2.4 Haushaltsplan 2016 .....	15
2.5 Ergebnissituation .....	16
2.5.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre .....	16
2.5.2 Die Ergebnislage der LHW im Plan-Ist Vergleich .....	24
2.6 Erläuterung der Plan-Ist-Abweichungen in den Dezernaten einschließlich bedeutsamer Investitionen und Aufgabenschwerpunkte .....	25
2.6.1 Dezernat I .....	26
2.6.2 Dezernat II .....	29
2.6.3 Dezernat III .....	33
2.6.4 Dezernat IV .....	37
2.6.5 Dezernat V .....	41
2.6.6 Dezernat VI .....	43
2.6.7 Dezernat VII .....	45
2.6.8 Allgemeine Finanzwirtschaft .....	49
2.7 Entwicklung der Finanzlage .....	50
2.8 Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen .....	53
2.9 Chancen .....	55
2.10 Risiken .....	56
2.11 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2016 sowie Ausblick .....	62
2.12 Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen .....	63
<b>3 Anhang/Erläuterungen zum Jahresabschluss .....</b>	<b>64</b>
3.1 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung .....	64
3.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände .....	64
3.1.2 Sachanlagevermögen .....	65
3.1.3 Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen .....	69
3.1.4 Umlaufvermögen .....	72
3.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten .....	75
3.1.6 Eigenkapital .....	76
3.1.7 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge .....	76
3.1.8 Rückstellungen .....	77
3.1.9 Verbindlichkeiten .....	79
3.1.10 Passive Rechnungsabgrenzungsposten .....	82
3.2 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung .....	83
3.2.1 Allgemeine Erläuterungen zur Ergebnisrechnung .....	83
3.2.2 Restmittel und Überleitungen .....	83
3.2.3 Ergebnisverwendung .....	83
3.3 Erläuterungen zur Finanzrechnung .....	84
3.3.1 Einleitung .....	84
3.3.2 Erläuterungen der erheblichen Unterschiede .....	84
3.4 Übersicht über die Investitionen und Instandhaltungen inkl. Überleitungen .....	86
3.4.1 Übersicht über die fünf größten Investitionsmaßnahmen .....	87

## Jahresabschluss 2016

3.4.2	Erläuterungen zu Investitionen und Instandhaltungen .....	87
3.5	Rechtliche Grundlagen .....	87
3.6	Organe und Vertretungsbefugnis .....	89
3.7	Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen .....	92
3.8	Haftungsverhältnisse .....	93
3.9	Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen .....	94
3.10	Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden .....	95
<b>4</b>	<b>Tabellenteil .....</b>	<b>98</b>
4.1	Anlagenspiegel (in Tsd. €) .....	99
4.2	Forderungsspiegel .....	100
4.3	Verbindlichkeitspiegel .....	100
4.4	Eigenkapitalspiegel .....	101
4.5	Rückstellungsspiegel .....	102
4.6	Übersicht über die fremden Finanzmittel .....	103
4.7	Ergebnisrechnung Wiesbaden .....	104
4.8	Ergebnisrechnung AKK .....	105
4.9	Teilergebnisrechnungen der Dezernate Wiesbaden und AKK .....	106
4.10	Budgetabschluss Investitionsmaßnahmen .....	114

## Vorwort

Die Landeshauptstadt Wiesbaden legt ihren Abschluss für das Jahr 2016 vor.

Im abgelaufenen Jahr konnte die Landeshauptstadt Wiesbaden weiterhin von der guten Konjunktur profitieren. Sowohl die Erträge aus Steuern, als auch die Schlüsselzuweisungen entwickelten sich erfreulich.

Insgesamt konnte ein Überschuss von 55,5 Mio. € erzielt werden.

Um diesen Betrag steigen unsere Rücklagen an. Allerdings haben sie noch nicht wieder den Stand vor der Finanzkrise erreicht.

In einem Jahr, das besonders von der Aufgabe der Versorgung, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in unserer Stadt geprägt war, haben wir unsere Leistungen auf gutem Niveau gehalten und dabei zugleich einen Haushaltsüberschuss erzielt. Das ist keine Selbstverständlichkeit, aber auch kein Freifahrtschein für die Zukunft.

Der Ausbau der Kinderbetreuung und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums bleiben zwei zentrale Themen, insbesondere vor dem Hintergrund der vielen Zuzügler. Dies ist nicht zuletzt der hohen Attraktivität Wiesbadens mit einem hohen Wohnwert und einem guten Arbeitsumfeld geschuldet. Pro Jahr sollen in den nächsten Jahren 1.200 Wohnungen entstehen. Aufgrund der derzeit soliden Finanzen ist die Landeshauptstadt Wiesbaden in der Lage, ihre Wohnungsbaugesellschaften dabei wirksam zu unterstützen.

Die gesunde Finanzlage versetzt uns auch in die Position in unsere Zukunftsthemen investieren zu können und dabei sogar Schulden aus Krediten um 15,2 Mio. € abzubauen.

Unsere positive Finanzlage ist allerdings kein Automatismus. Angesichts ständig wachsender Anforderungen an die Stadt Wiesbaden, besteht die Herausforderung darin, darauf hinzuwirken, dass Aufgaben, Personal und Finanzausstattung in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen.

Auf unserem sicher weiterhin erfolgreichen Kurs hilft die Erkenntnis, dass Wiesbaden eine gute wirtschaftliche Basis für die Zukunft hat. Allerdings dürfen wir den Blick für das Machbare nicht aus den Augen verlieren. Deshalb werden wir auch in Zukunft mit Augenmaß wirtschaften.

Axel Imholz

Kämmerer





# Jahresabschluss 2016

---

## 1 Jahresabschluss

Gemäß § 112 der Hessischen Gemeindeordnung<sup>1</sup> besteht der Jahresabschluss aus:

- Vermögensrechnung,
- Ergebnisrechnung,
- Finanzrechnung.

Die Finanzrechnung wird bei der Landeshauptstadt Wiesbaden<sup>2</sup> indirekt entsprechend des vorgegebenen Musters dargestellt. Auf die direkte Darstellung wird verzichtet.

---

<sup>1</sup> Im Folgenden HGO.

<sup>2</sup> Im Folgenden LHW.

# Jahresabschluss 2016

## 1.1 Vermögensrechnung

AKTIVA Position	31.12.2016		31.12.2015	
	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>1 ANLAGEVERMÖGEN</b>				
<b>1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände</b>				
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	3.191.812,00		3.347.660,00	
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	71.923.650,77		74.272.771,03	
		<b>75.115.462,77</b>		<b>77.620.431,03</b>
<b>1.2 Sachanlagevermögen</b>				
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	472.865.932,73		471.393.535,30	
1.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	492.128.329,76		497.187.806,70	
1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	389.004.945,82		390.680.461,83	
1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	146.950,00		146.889,00	
1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	71.983.309,58		70.949.508,96	
1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	57.344.854,00		52.997.158,09	
		<b>1.483.474.321,89</b>		<b>1.483.355.359,88</b>
<b>1.3 Finanzanlagevermögen</b>				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	440.121.675,05		447.274.776,42	
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	65.413.352,47		66.648.929,38	
1.3.3 Beteiligungen	178.835,23		183.629,00	
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	16.775.109,75		17.009.083,68	
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	73.535.133,83		75.974.599,50	
		<b>596.024.106,33</b>		<b>607.091.017,98</b>
<b>1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen</b>	173.640.000,00		173.640.000,00	
		<b>173.640.000,00</b>		<b>173.640.000,00</b>
		<b>2.328.253.890,99</b>		<b>2.341.706.808,99</b>
<b>2 UMLAUFVERMÖGEN</b>				
<b>2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>				
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	43.922.074,97		38.902.849,07	
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	31.708.144,75		37.281.051,39	
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.320.091,43		832.578,66	
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	29.337.617,98		40.114.908,72	
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	22.633.206,87		9.556.044,76	
		<b>129.921.136,00</b>		<b>126.687.432,60</b>
<b>2.5. Flüssige Mittel</b>		<b>209.673.946,04</b>		<b>123.810.088,95</b>
		<b>339.595.082,04</b>		<b>250.497.521,55</b>
<b>3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>		<b>29.406.702,38</b>		<b>27.913.620,98</b>
		<b>2.697.255.675,41</b>		<b>2.620.117.951,42</b>



# Jahresabschluss 2016

PASSIVA Position	31.12.2016		31.12.2015	
	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>1 EIGENKAPITAL</b>				
1.1 Netto-Position		1.259.089.688,26		1.259.089.688,26
1.2 Rücklagen und Sonderrücklagen				
1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	81.272.625,64		65.727.107,46	
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	11.674.227,57		8.674.324,60	
1.2.4.1 Stiftungskapital	1.883.960,87		1.883.960,87	
		94.830.814,08		76.285.392,93
1.3 Ergebnisverwendung				
1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag				
1.3.2.1 Ordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	58.748.614,48		15.545.518,18	
1.3.2.2 Außerordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-3.294.486,91		2.999.902,97	
		55.454.127,57		18.545.421,15
		1.409.374.629,91		1.353.920.502,34
<b>2 SONDERPOSTEN</b>				
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge				
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	230.959.110,61		236.083.463,71	
2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	8.818.606,73		8.798.134,73	
2.1.3 Investitionsbeiträge	29.121.696,00		31.469.441,00	
		268.899.413,34		276.351.039,44
2.2 Sonstige Sonderposten		0,00		139.782,00
		268.899.413,34		276.490.821,44
<b>3 RÜCKSTELLUNGEN</b>				
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	501.197.514,00		484.215.981,00	
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	4.570.820,71		525.355,00	
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	11.596.892,68		579.985,77	
3.5 Sonstige Rückstellungen	10.734.392,53		10.358.864,45	
		528.099.619,92		495.680.186,22
<b>4 VERBINDLICHKEITEN</b>				
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	325.056.687,06		339.023.600,99	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 18.427.566,11				
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	31.622.832,40		32.846.099,05	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 3.228.468,71				
4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten *)	1.207.272,94		1.247.764,85	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 0,-				
		357.886.792,40		373.117.464,89
4.3 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung		12.300.000,00		5.000.000,00
4.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		0,00		0,00
4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen		1.805.082,16		7.654.006,93
4.6 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		7.596.233,78		9.712.953,80
4.7 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben		4.652.638,60		3.395.786,26
4.8 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen		31.579.674,89		14.309.028,65
4.9 Sonstige Verbindlichkeiten		38.684.600,56		44.182.078,88
		454.505.022,39		457.371.319,41
<b>5 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>		36.376.989,85		36.655.122,01
		<u>2.697.255.675,41</u>		<u>2.620.117.951,42</u>

# Jahresabschluss 2016

## 1.2 Ergebnisrechnung Wiesbaden und AKK

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2015	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2016	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-14.243	-18.279	-15.523	-2.755
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-43.881	-38.018	-46.350	8.332
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-23.157	-19.056	-29.461	10.405
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-976	-1.250	-965	-285
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-547.723	-556.833	-592.334	35.501
6	Erträge aus Transferleistungen	-170.117	-166.205	-213.261	47.057
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-224.947	-249.206	-256.938	7.732
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-14.192	-12.358	-13.839	1.481
9	Sonstige ordentliche Erträge	-32.439	-23.757	-48.313	24.556
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-1.071.676</b>	<b>-1.084.961</b>	<b>-1.216.985</b>	<b>132.024</b>
11	Personalaufwendungen	222.851	225.193	232.983	-7.790
12	Versorgungsaufwendungen	30.453	45.631	45.302	329
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	166.908	162.726	182.824	-20.098
14	Abschreibungen	67.071	60.513	57.660	2.853
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	117.880	108.383	116.436	-8.053
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	112.093	122.347	129.917	-7.570
17	Transferaufwendungen	361.060	364.664	401.643	-36.979
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	522	2.938	4.480	-1.542
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>1.078.838</b>	<b>1.092.395</b>	<b>1.171.244</b>	<b>-78.849</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>7.162</b>	<b>7.434</b>	<b>-45.742</b>	<b>53.176</b>
21	Finanzerträge	-41.871	-30.598	-29.797	-801
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19.163	19.417	16.790	2.627
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>-22.708</b>	<b>-11.181</b>	<b>-13.007</b>	<b>1.826</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-15.546</b>	<b>-3.747</b>	<b>-58.749</b>	<b>55.001</b>
25	Außerordentliche Erträge	-15.222	-31	-8.026	7.995
26	Außerordentliche Aufwendungen	12.222	9	11.321	-11.312
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-3.000</b>	<b>-23</b>	<b>3.294</b>	<b>-3.317</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>-18.545</b>	<b>-3.770</b>	<b>-55.454</b>	<b>51.684</b>

# Jahresabschluss 2016

## 1.3 Finanzrechnung

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Ansatz des Haushaltsjahres 2016	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016
1	Jahresergebnis aus Gesamtergebnisrechnung	18.545.421,15	-8.633.060,00	55.454.127,57
2	+/- Abschreibungen / Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	50.189.164,73	60.512.978,00	50.940.351,45
3	- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen/-zuschüsse	-14.192.437,64	-12.358.317,00	-13.839.313,13
4	+/- Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	-242.810,11	0,00	32.419.433,70
5	-/+ Erträge/Aufwendungen a. d. Abgang v. Verm.ggst. d. Anlageverm.	-3.658.318,88	0,00	-3.505.240,66
6	+/- sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge	-3.905.385,68	2.396.000,00	-1.072.389,71
7	-/+ Zunahme/Abnahme d. Vorräte, der Forderungen a. Lief./Leist. sowie anderer Aktiva, d. nicht d. Invest./Finanz.tätigkeit zuzuordnen sind	-21.082.770,70	0,00	-6.215.266,81
8	+/- Zunahme/Abnahme d. Verbindl. a. Lief./Leist. sowie anderer Passiva, die nicht der Invest./Finanz.tätigkeit zuzuordnen sind	-103.939,37	0,00	4.786.243,31
<b>9</b>	<b>Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Positionen 1 bis 8)</b>	<b>25.548.923,50</b>	<b>37.125.601,00</b>	<b>118.967.945,72</b>
10	+ Einzahlungen a. Investitionszuweisungen/-zuschüsse sowie aus Investitionsbeiträgen	11.066.255,23	10.073.000,00	6.108.123,03
11	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens u. d. immateriellen Anlagevermögens	10.458.913,86	19.381.000,00	9.697.533,41
12	- Auszahlungen für Investitionen i. d. Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-61.078.854,82	-61.311.992,00	-46.421.472,50
13	+ Einzahlungen a. Abgängen von Vermögensgegenständen d. Finanzanlagevermögens	4.090.624,07	2.204.000,00	4.413.008,16
14	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanl.verm.	-1.715.863,56	3.308.000,00	-499.582,16
<b>15</b>	<b>Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit (Positionen 10 bis 14)</b>	<b>-37.178.925,22</b>	<b>-26.345.992,00</b>	<b>-26.702.390,06</b>
16	Einzahlungen a.d. Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	17.105.859,26	30.565.992,00	35.637.366,43
16a	Korrektur für Aufnahmen Sonderkonjunkturprogramm & Kommunales Investitionsprogramm, Landesanteile	0,00	0,00	-42.365,70
17	- Auszahlungen a.d. Tilgung v. Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	-30.386.826,94	-18.512.000,00	-50.827.543,60
17a	Korrektur für Tilgung Sonderkonjunkturprogramm, Landesanteile	1.530.844,30	0,00	1.530.844,30
<b>18</b>	<b>Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit (Position 16 + 17)</b>	<b>-11.750.123,38</b>	<b>12.053.992,00</b>	<b>-13.701.698,57</b>
19	Einzahlungen aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (u.a. fremde Finanzmittel, Aufnahme von Kassenkrediten, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln)	5.000.000,00	0,00	7.300.000,00
20	- Auszahlungen aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (u.a. fremde Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlungen von Kassenkrediten)	0,00	0,00	0,00
<b>21</b>	<b>Überschuss oder Bedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Nr. 19, 20)</b>	<b>5.000.000,00</b>	<b>0,00</b>	<b>7.300.000,00</b>
<b>22</b>	<b>Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf (Nr. 9, 15, 18, 21)</b>	<b>-18.380.125,10</b>	<b>22.833.601,00</b>	<b>85.863.857,09</b>
<b>23</b>	<b>Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Haushaltsjahres</b>	<b>142.190.214,05</b>	<b>21.009.941,00</b>	<b>123.810.088,95</b>
<b>24</b>	<b>Veränderung des Zahlungsmittelbestandes im Haushaltsjahr (Nr. 22)</b>	<b>-18.380.125,10</b>	<b>22.833.601,00</b>	<b>85.863.857,09</b>
<b>25</b>	<b>Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Nr. 23 und Nr. 24)</b>	<b>123.810.088,95</b>	<b>43.843.542,00</b>	<b>209.673.946,04</b>

## Jahresabschluss 2016

### 2 Rechenschaftsbericht

#### 2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach Einschätzung des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung setzt sich der Aufschwung in Deutschland und im Euro-Raum im Jahr 2016 fort. Für Deutschland rechnete der Sachverständigenrat zu Beginn 2016 mit Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts<sup>3</sup> von 1,9 % im Jahr 2016 und 1,3 % im Jahr 2017<sup>4</sup>. Für 2016 hat sich die Steigerungsrate bestätigt, die Schätzung für 2017 wurde nach oben angepasst.

Die Ausgangslage für das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland bleibt gut. Weltweite Krisen wirkten sich nicht merklich auf die Lage aus. Die deutsche Wirtschaft kann weiterhin vom günstigen Euro, von niedrigen Zinssätzen und sinkenden Öl- und Energiepreisen profitieren.<sup>5</sup>

Verbraucher und Staat tragen 2016 zu einem starken Inlandskonsum bei, der die Konjunktur ebenfalls positiv beeinflusst. Steigende Ausgaben des Staates für die Unterbringung, Schulung und Integration von Flüchtlingen sowie Transferzahlungen leisten ihren Beitrag zu einem kurzfristigen Wachstumseffekt.<sup>6</sup>

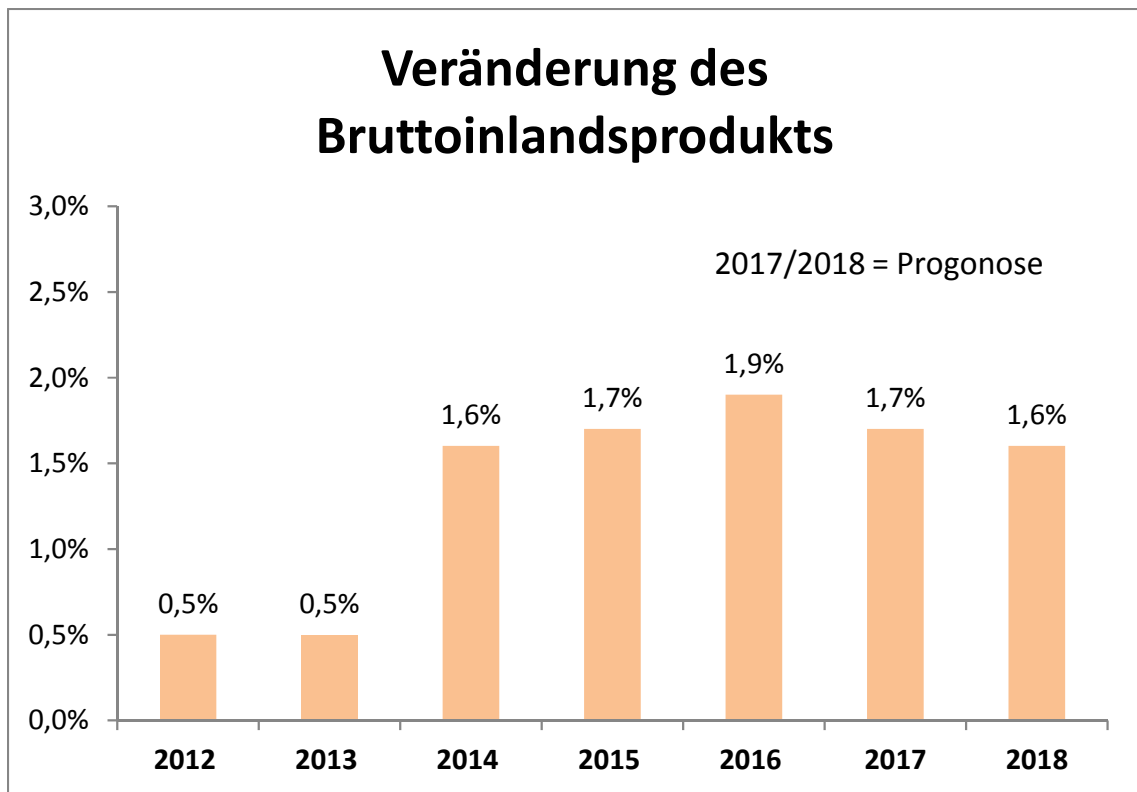


Abbildung 1: Wachstumsrate des realen BIP (Stand: 04/2017), Quelle: Eurostat Online-Datenbank und Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

In Hessen blicken die Unternehmen 2016 optimistisch in die Zukunft. Rund die Hälfte der Unternehmen schätzt die Geschäftslage als gut ein, nur 8 Prozent berichten von schlechten Geschäften.

<sup>3</sup> Im Folgenden BIP

<sup>4</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2016/2017

<sup>5</sup> Quelle Sachverständigenrat

<sup>6</sup> Quelle IHK

## Jahresabschluss 2016

---

Der Geschäftsklimaindex verbessert sich auf bereits hohem Niveau um drei auf 124 Punkte (ein Wert von 100 Zählern bildet die Grenze zwischen positiver und negativer Grundstimmung). Die Grundstimmung der hessischen Wirtschaft steigt damit auf ein Fünfjahreshoch. 25 Prozent der Unternehmen erwarten eine weitere Verbesserung der Wirtschaftslage, nur 13 Prozent blicken pessimistisch in die Zukunft.

Knapp 20 Prozent der Unternehmen planen einen Beschäftigungsaufbau in den nächsten 12 Monaten. Mit rückläufigen Beschäftigtenzahlen rechnen nur 12 Prozent der Unternehmen.

Der Geschäftsklimaindikator der Industrie- und Handelskammer<sup>7</sup> für Wiesbaden stieg ebenfalls. Nach einem Wachstum um 9 Prozentpunkte von Januar 2015 bis Januar 2016 befindet er sich auf dem höchsten Stand seit 15 Jahren.

Die Erträge aus der Gewerbesteuer erreichten 2016 ein Niveau von 319.758Tsd. €, damit betrug die Steigerung zum Vorjahreswert mehr als 31.000 Tsd. €.

Während sich die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf 133.339 erhöhte, (+3,1 %) stieg die Einwohnerzahl moderat auf 289.544 (+1,7 %). Die Arbeitslosenquote schwankt seit Jahren leicht auf einem gleichbleibenden Niveau. Im Jahr 2016 betrug sie zum Stichtag 7,4 Prozent.

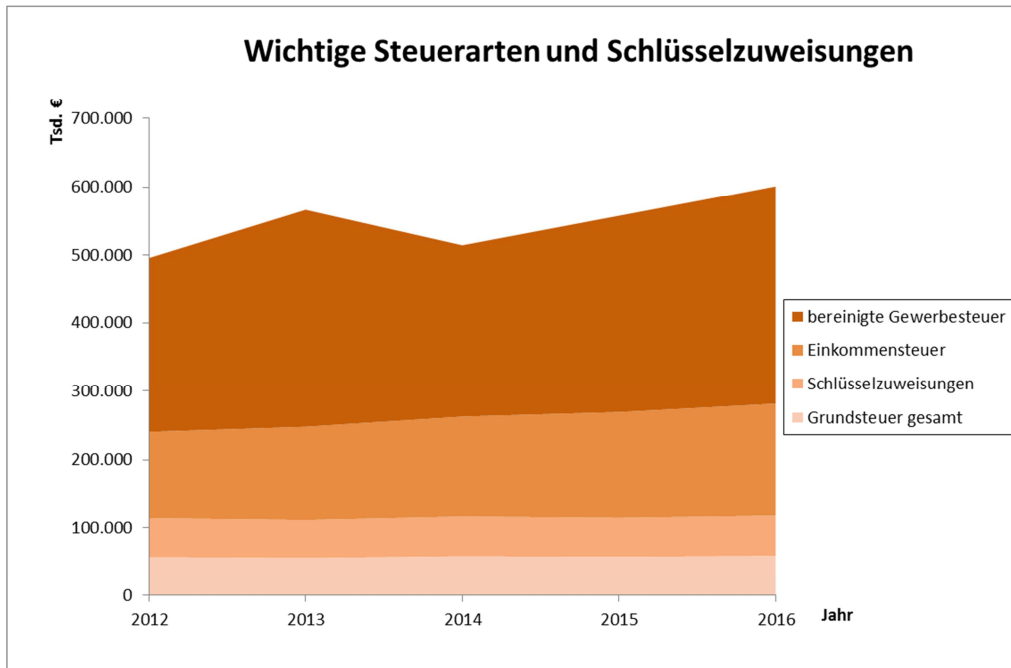
---

<sup>7</sup> Im Folgenden IHK

## Jahresabschluss 2016

### 2.2 Entwicklung der Steuererträge und Schlüsselzuweisungen

Im Jahr 2016 stiegen die Gewerbesteuererträge um insgesamt 31.059 Tsd. € (21.837 Tsd. €, bereinigt um die Gewerbesteuerumlage) auf 319.758 Tsd. € (269.277 Tsd. €, bereinigt um die Gewerbesteuerumlage). Die Spitze im Jahr 2013 erklärt sich aus einem Einmaleffekt in Höhe von 50.000 Tsd. €. Von der Verbesserung des Jahres 2015 mussten jedoch aufgrund neuer Bescheide des Finanzamtes rd. 11.000 Tsd. € wieder abgeschrieben werden, so dass das Plus 2015 aus der Gewerbesteuer tatsächlich lediglich ca. 17.000 Tsd. € beträgt.



in Tsd. €	2012	2013	2014	2015	2016
Gewerbesteuer	255.324	318.620	251.918	288.699	319.758
Gewerbesteuerumlage	-35.815	-50.510	-39.732	-41.259	-50.481
Gewerbesteuer bereinigt <sup>8</sup>	219.509	268.110	212.186	247.440	269.277
Einkommensteuer	126.555	136.583	146.146	154.595	163.705
Schlüsselzuweisungen	127.463	123.293	110.312	132.026	183.974
Grundsteuer gesamt <sup>9</sup>	56.906	55.562	58.124	57.168	58.778

Die Schlüsselzuweisungen stiegen gegenüber 2015 um 51.948 Tsd. € an. Hierbei hat sich die Berechnungsgrundlage durch das Finanzausgleichsgesetz vom 23. Juli 2015 geändert. Bisher außerhalb des Kernfinanzausgleichs laufende Bestandteile, wie z. B. pauschale Investitionszuschüsse, wurden nun teilweise integriert. Bis 2014 korrelierte die Steuerkraft stark mit den Schlüsselzuweisungen. Bedingt durch die in 2014 gesunkene Gewerbesteuer stieg die Schlüsselzuweisung<sup>10</sup> 2015 um 21.714 Tsd. € auf 132.026 Tsd. €. Die weiterhin gute Konjunkturlage zeigt sich nicht nur in Zuwächsen bei der Gewerbesteuer sondern auch

<sup>8</sup> Die Gewerbesteuererträge stehen der Gemeinde nicht in vollem Umfang zur Verfügung. Sie sind um die Gewerbesteuerumlage zu bereinigen, die an Bund und Länder abzuführen ist.

<sup>9</sup> Auf den Ausweis interner Grundsteuern, die nach Ziff. 3 der Verwaltungsvorschriften zu § 4 der GemHVO-Doppik in der Ergebnisrechnung auszuweisen sind, wurde in dieser Darstellung verzichtet. Sie sind als rein interner Vorgang für die Finanzlage der LH Wiesbaden irrelevant.

<sup>10</sup> Berechnungsgrundlage für die Schlüsselzuweisung 2016 sind die Daten des 2. Hj. 2014 und des 1. Hj. 2015.

## Jahresabschluss 2016

---

beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer durch die hohe Beschäftigungsquote und die steigenden Löhne und Gehälter aus Tarifabschlüssen.

### 2.3 Strategien und Ziele

Die LHW ist eine weltoffene, grüne Stadt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes, ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Zentrum.

Die kommunale Aufgabenwahrnehmung der LHW fokussiert sich auf eine moderne Stadtentwicklung, die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Klimas, kulturelle Vielfalt, den Umwelt- und Naturschutz sowie die Gesundheitsförderung. Gleichermäßen kümmert sie sich um die Belange ihrer Bürgerinnen und Bürger, bietet gute Jobchancen und achtet auf ihr historisches Erbe.

Wiesbaden ist eine der wenigen Städte, für die entgegen dem Bundes- und Landestrend ein Bevölkerungswachstum in den kommenden Dekaden vorhergesagt wird. Im Hinblick auf diese und die allgemeine demografische Entwicklung, werden in den kommenden Jahren einige strategische Handlungsfelder zu bearbeiten sein. Hierzu zählen Kindergärten und Schulen, der Wohnungsbau, Nahverkehr und Energieversorgung, medizinische und soziale Einrichtungen sowie die Schaffung von Bedingungen, die einen weiteren Zuwachs an Arbeitsplätzen gewährleisten.

Die soziale, sichere und ökologisch nachhaltige Entwicklung sind zentrale Themen der LHW. Hierzu zählen insbesondere die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Wiesbaden, der Ausbau des ÖPNV und des Radverkehrs, eine Stärkung des Sicherheitsgefühls der Menschen als Grundlage für ein friedliches Miteinander in unserer Stadt, der weitere Ausbau der Kinderbetreuung sowie der Erhalt und der Ausbau der Infrastruktur mit einem besonderen Blick auf Bildungseinrichtungen und die Bedürfnisse von Gewerbetreibenden.

Auch im ersten Jahr des Doppelhaushalts 2016/2017 lag der Hauptschwerpunkt der kommunalen Aufgabenwahrnehmung auf der Absicherung des Leistungsspektrums für die Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus lagen Schwerpunkte der Investitions- und Instandhaltungstätigkeit in den Bereichen Sport, Schulen und städtischer Infrastruktur sowie auf dem moderaten, weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsplätze in den Bereichen Krippe, Kindertagesstätten und Schulkinderbetreuung.

Nachdem die erste Hausforderung gemeistert war, die große Anzahl der zu uns gekommenen Flüchtlinge schnell und angemessen unterzubringen und zu versorgen, richtete sich der Fokus im Jahr 2016 zunehmend auf die Integration und Bildung. So wurde beispielsweise über das Projekt „*GU<sup>11</sup> plus*“ die sozialdienstliche Betreuung in den Gemeinschaftsunterkünften sichergestellt. Es beinhaltet verschiedene Angebote, wie z.B. Begegnungscafés, die Gestaltung der Außenbereiche für eine gute Aufenthaltsqualität oder Sprachkurse und andere Weiterbildungsmöglichkeiten.

Die starke Attraktivität und Dynamik Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsstadt führt zu einem angespannten Wohnungsmarkt, besonders bei bezahlbarem Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten. Wiesbaden zählt zu den Städten, die Ihre kommunalen Wohnungen mit ihren Wohnungsbaugesellschaften, entgegen eines seinerzeit durchaus feststellbaren Trends in den frühen Zweitausender Jahren, behielt und nicht zur Haushaltssanierung verkaufte. Heute helfen die Wohnungsbaugesellschaften bei der Realisierung anspruchsvoller Stadtentwicklungsprojekte wie dem Vorhaben, einen neuen Stadtteil auf dem Ostfeld zu errichten. Die LHW unterstützt ihre Unternehmen hierbei durch zinsgünstige Darlehen und Zuschüsse. Durch die Zinsstrategie des billigen Geldes der EZB mit den entsprechend günstigen

---

<sup>11</sup> Gemeinschaftsunterkünfte

## Jahresabschluss 2016

Finanzierungsmöglichkeiten, bilden vergünstigte Darlehen im Wohnungsbau allein nicht mehr genügend Anreize für Bauherren zur Schaffung gebundenen Wohnraums. Darüber hinaus versucht die LHW über die Bebauungspläne, bzw. beim Abschluss von städtebaulichen Verträgen, einen entsprechenden Anteil an Sozialwohnungen zu verankern.

Aufgrund der bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2016/2017 bekannten gesamtwirtschaftlichen Eckdaten wurde ein Fehlbetrag im Jahresergebnis erwartet. Das Jahresergebnis fiel mit einem Überschuss von 55.454 Tsd. € gegenüber der Planung (8.633 Tsd. € Fehlbetrag) deutlich besser aus.

### 2.4 Haushaltsplan 2016

Der Doppelhaushalt 2016/2017 wurde am 17.12.2015 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Am 23.05.2016 erteilte die Aufsichtsbehörde die Haushaltsgenehmigung mit Hinweisen zur Haushaltsführung. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 ging - unter der Berücksichtigung der bekannten Risiken - von einem Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von 8.633 Tsd. € (Ansatz gemäß Haushaltssatzung, ohne Veränderung) aus.

An Auszahlungen für Investitionstätigkeit wurden 64.620 Tsd. € (Sachanlagen, Investitionszuschüsse und Finanzanlagen) geplant. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 30.566 Tsd. € festgesetzt.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Plan / Ansatz 2016	Vor- trag 2015 auf 2016	apl/üpl 2016	Sperre 2016	Plan fortg. <sup>12</sup> 2016	Vortrag 2016 auf 2017	Plan fortg. bereinigt <sup>13</sup> 2016
10 ordentliche Erträge	-1.078.873		-37.919	-31.830	-1.084.961		-1.084.961
19 ordentlicher Aufwand	1.098.687	32.991	32.795	39.087	1.125.386	31.753	1.157.139
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>19.814</b>	<b>32.991</b>	<b>-5.124</b>	<b>7.256</b>	<b>40.425</b>	<b>31.753</b>	<b>72.178</b>
21 Finanzerträge	-30.598				-30.598		-30.598
22 Zinsen und sonstige Finanz- aufw.	19.417				19.417		19.417
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>-11.181</b>				<b>-11.181</b>		<b>-11.181</b>
<b>24 ordentliches Ergebnis</b>	<b>8.633</b>	<b>32.991</b>	<b>-5.124</b>	<b>7.256</b>	<b>29.244</b>	<b>31.753</b>	<b>60.997</b>
25 außerordentliche Erträge				31	-31		-31
26 außerordentliche Aufwendungen			9		9		9
<b>27 außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>9</b>	<b>31</b>	<b>-23</b>		<b>-23</b>
<b>28 Jahresergebnis</b>	<b>8.633</b>	<b>32.991</b>	<b>-5.115</b>	<b>7.288</b>	<b>29.221</b>	<b>31.753</b>	<b>60.974</b>

Stand: 16.08.2017

Die im fortgeschriebenen Plan enthaltenen Werte sind um die nach 2017 übertragenen Ansätze (Vortrag) zu bereinigen, da diese Mittel dem Haushalt 2016 durch die Übertragung nach 2017 wieder entzogen werden. Die Plandaten wurden mit Datenstand vom 02.08.2017 ausgewertet. Es ist nicht auszuschließen, dass nach diesem Termin noch Budgetumsetzungen erfolgten.

<sup>12</sup> = Haushaltsansatz 2016 (gem. Satzung) + Budgetüberleitungen 2015 nach 2016 (Vorträge)  
+ außer- / überplanmäßige Plananpassungen (apl/üpl) 2016 - Haushaltssperren (Sperre) 2016.

<sup>13</sup> = Haushaltsansatz 2016 (gem. Satzung) + Budgetüberleitungen 2015 nach 2016 (Vorträge)  
+ außer- / überplanmäßige Plananpassungen (apl/üpl) 2016 - Haushaltssperren (Sperre) 2016  
- Budgetüberleitungen 2016 nach 2017 (Vorträge).



# Jahresabschluss 2016

## 2.5 Ergebnissituation

### 2.5.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre

Position/ Bezeichnung	Beträge in Tsd. €	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015	Ist 2016
Privatrechtliche Leistungsentgelte		-13.995	-14.568	-14.979	-14.243	-15.523
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-36.247	-37.400	-40.209	-43.881	-46.350
Kostenerstattungen und -erstattungen		-17.445	-17.386	-18.831	-23.157	-29.461
Bestandsveränderungen /andere aktivierte Eigenleist.		-1.269	-1.195	-1.204	-976	-965
Steuern und steuerähnliche Erträge		-480.989	-554.951	-500.187	-547.723	-592.334
Erträge aus Transferleistungen		-163.468	-161.890	-163.759	-170.117	-213.261
Erträge aus Zuweisungen / Zuschüssen		-188.479	-201.708	-194.706	-224.947	-256.938
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		-14.522	-16.166	-15.940	-14.192	-13.839
sonstige ordentliche Erträge		-32.925	-33.907	-54.100	-32.439	-48.313
<b>ordentliche Erträge</b>		<b>-949.338</b>	<b>-1.039.171</b>	<b>-1.003.914</b>	<b>-1.071.676</b>	<b>-1.216.985</b>
Personalaufwendungen		195.466	204.369	214.231	222.851	232.983
Versorgungsaufwendungen		28.535	45.821	38.562	30.453	45.302
Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen		138.650	144.128	152.595	166.908	182.824
Abschreibungen		66.100	62.311	66.883	67.071	57.660
Zuweisungen, Zuschüsse, bes. Finanzausgaben		102.061	108.922	107.698	117.880	116.436
Steueraufw. u. Aufw. f. gesetzl. Umlageverpflichtungen		98.062	115.202	106.074	112.093	129.917
Transferaufwendungen		317.722	332.620	345.792	361.060	401.643
sonstige ordentliche Aufwendungen		1.961	3.468	2.312	522	4.480
<b>ordentliche Aufwendungen</b>		<b>948.557</b>	<b>1.016.839</b>	<b>1.034.147</b>	<b>1.078.838</b>	<b>1.171.244</b>
<b>Verwaltungsergebnis</b>		<b>-781</b>	<b>-22.332</b>	<b>30.232</b>	<b>7.162</b>	<b>-45.741</b>
Finanzerträge		-40.613	-35.841	-37.912	-41.871	-29.797
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		20.442	18.321	21.537	19.163	16.790
<b>Finanzergebnis</b>		<b>-20.172</b>	<b>-17.521</b>	<b>-16.375</b>	<b>-22.708</b>	<b>-13.007</b>
<b>ordentliches Ergebnis</b>		<b>-20.953</b>	<b>-39.853</b>	<b>13.857</b>	<b>-14.546</b>	<b>-58.748</b>
außerordentliche Erträge		-6.310	-18.343	-5.145	-15.222	-8.026
außerordentliche Aufwendungen		8.115	30.626	7.695	12.222	11.321
<b>außerordentliches Ergebnis</b>		<b>1.806</b>	<b>12.283</b>	<b>2.550</b>	<b>-3.000</b>	<b>3.294</b>
<b>Jahresergebnis</b>		<b>-19.147</b>	<b>-27.570</b>	<b>16.407</b>	<b>-18.545</b>	<b>-55.454</b>

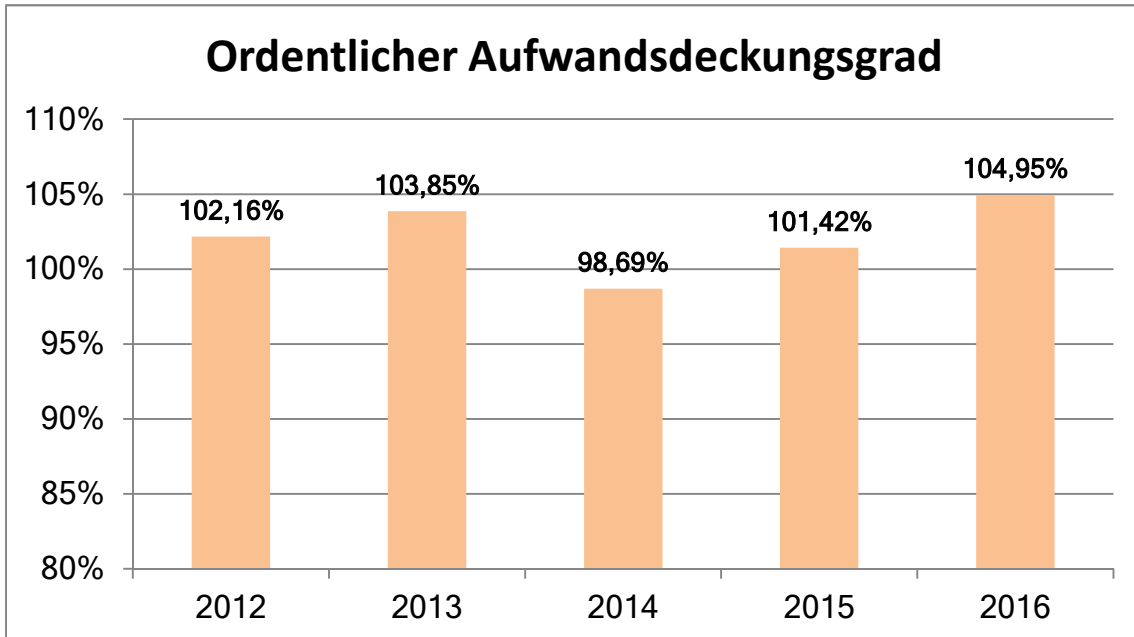
#### Jahresergebnis:

Das Jahresergebnis liegt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 55.454 Tsd. € im zweiten Jahr hintereinander im positivem Bereich. Dies bedeutet eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr von 36.909 Tsd. €.

## Jahresabschluss 2016

### Ordentliches Ergebnis / Verwaltungsergebnis:

Der Haushaltsausgleich kann mit einem Überschuss im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 58.749 Tsd. € erreicht werden. Kostensteigerungen durch die hohe Anzahl zu betreuender Flüchtlinge, den Ausbau der Kinderbetreuung sowie die Sachaufwendungen wirken weiterhin einem nachhaltigen Haushaltsausgleich entgegen. Diesen Effekt befördern auch steigende Instandhaltungsaufwendungen, in diesem Jahr teilweise verursacht durch das Kommunalinvestitionsprogramm<sup>14</sup>.



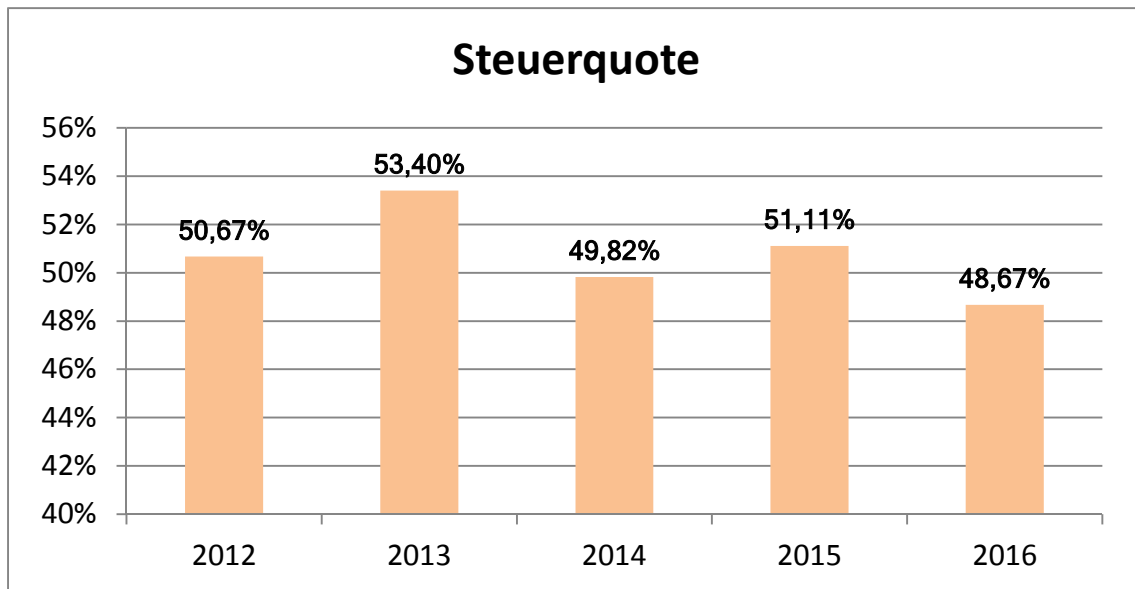
In mehreren Vorjahren seit 2008 war es möglich, Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen wie außerordentlichen Ergebnisses zu bilden, welche die entstandenen Jahresfehlbeträge ausgleichen konnten bzw. können. Während die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses durch eine Entnahme für den Ausgleich des Ergebnisses 2014 um 13.857 Tsd. € sank, füllen die Überschüsse der Jahre 2015 und 2016 die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses durch entsprechende Zuführungen auf nunmehr 140.020 Tsd. € auf.

<sup>14</sup> Im Folgenden KIP

## Jahresabschluss 2016

### Ordentliche Erträge:

In der Entwicklung der Ertragssituation spielen die Schwankungen der **Gewerbsteuererträge** eine bedeutende Rolle.



Die Steuerquote ist im Verhältnis zu den übrigen Ertragsarten zu sehen. Da auch die Mittelzuweisung aus dem kommunalen Finanzausgleich zeitverzögert steigt bzw. fällt, schwankt die Kennzahl nicht so stark, wie vielleicht erwartet.

Die **Erträge aus Transferleistungen** erhöhten sich im Vergleich zu 2015 um 43.144 Tsd. €. Dabei verzeichneten hier die LAG<sup>15</sup>-Pauschalen und die Erstattungen für unbegleitete minderjährige Ausländer (+33.861 Tsd. €) die größten Anstiege. In der Regel handelt es sich bei den Erträgen aus Transferleistungen um Kostenbeteiligungen des Bundes oder Landes, die gleichzeitig mit entsprechenden höheren Ausgaben verbunden sind.

Im Bereich **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen** zeigen sich die Schwankungen aus den **Schlüsselzuweisungen**, die auch mit der Steuerkraft der Kommunen korrelieren. Bei der Schlüsselzuweisung konnte für dieses Jahr ein Mehrertrag in Höhe von 51.948 Tsd. € verzeichnet werden, da sich die Berechnungsgrundlage des Kommunalen Finanzausgleichs ab 2016 geändert hat. Mit sinkender Steuerkraft, steigen - nach dem bis einschließlich 2015 gültigen Finanzausgleichsgesetz<sup>16</sup> - in der Folge auch die Schlüsselzuweisungen. Die vom Land überlassenen Verwaltungskosten für Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch<sup>17</sup> zwölftes Buch sanken um 3.918 Tsd. € gegenüber 2015. Die besonderen Zuweisungen des Landes aus dem FAG sind mittlerweile in den Schlüsselzuweisungen enthalten (-5.123 Tsd. €). Aufgrund des Auslaufens des Programms „50 Plus“ sanken die entsprechenden Zuweisungen um 3.167 Tsd. €. Die frühere Weiterleitung des eingesparten Wohngelds durch die Einführung des SGBII wurde in die Schlüsselzuweisung überführt (-8.858 Tsd. €).

<sup>15</sup> Pauschalen, die nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG) für die Unterbringung von Flüchtlingen gezahlt werden.

<sup>16</sup> FAG

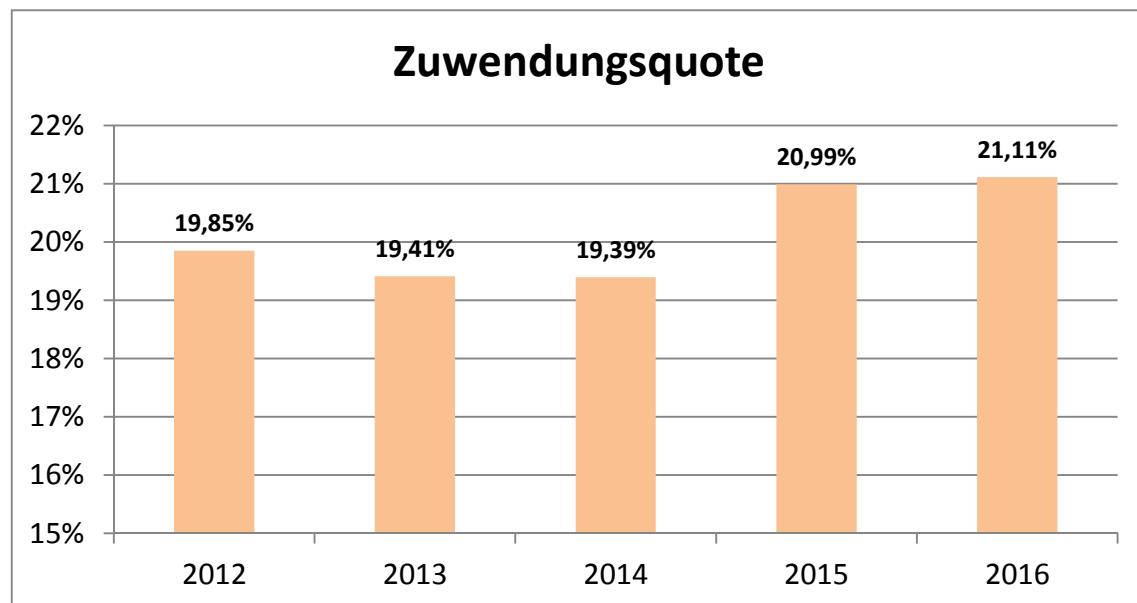
<sup>17</sup> Im Folgenden SGB zuzüglich römischer Ziffer für das jeweilige Buch, in diesem Fall XII für das zwölfte Buch

## Jahresabschluss 2016

Die folgenden besonderen Finanzzuweisungen sind ab 2016 in den Schlüsselzuweisungen enthalten:

- Zuweisungen zu den Ausgaben an Schulen
- Zuweisungen zu den Belastungen aus der örtlichen Sozialhilfe
- Zuweisungen zu den Belastungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Wohn-geldweiterleitung)
- Zuweisungen zu den Ausgaben der örtlichen Jugendhilfe
- Pauschalierte Zuweisungen zu den Ausgaben für Investitionen inklusive Schulbaupauschale

Da die Bereiche Steuern, Transferleistungen und Zuweisungen deutliche Steigerungen verzeichnen, änderte sich das Verhältnis der Zuweisungen zur Summe der ordentlichen Erträge nicht.



In der Folge bleibt die Zuwendungsquote gegenüber dem Vorjahr fast gleich.

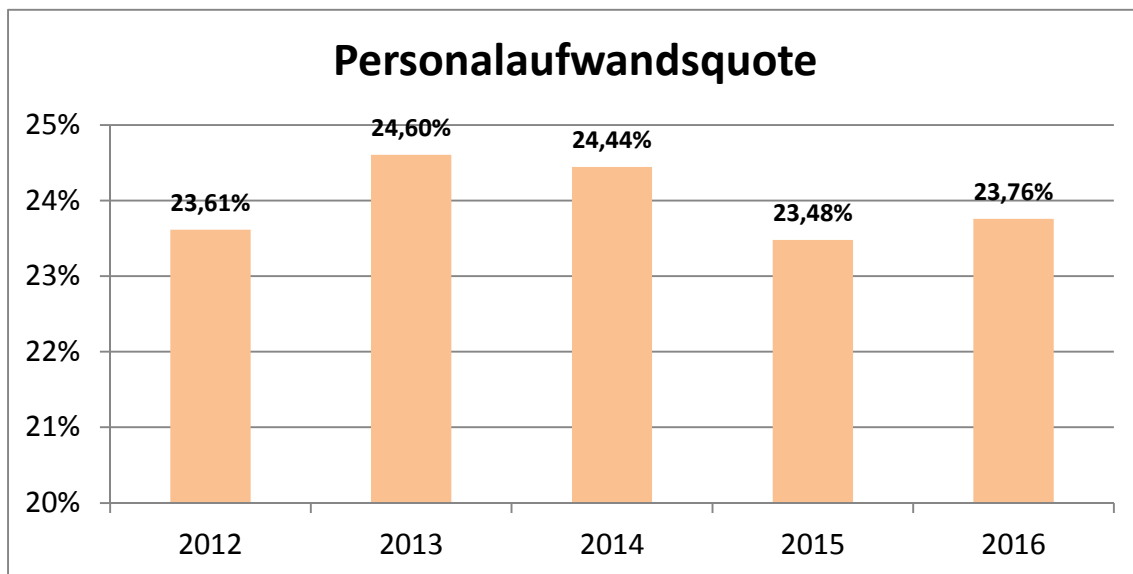
Die Kennzahl wird auch durch die schwankenden Schlüsselzuweisungen beeinflusst (siehe hierzu auch 2.2).

Im Vergleich zum Jahr 2015 ergibt sich bei den **sonstigen ordentlichen Erträgen** ein Anstieg in Höhe von 15.874 Tsd. €, hauptsächlich begründet in Erträgen aus der Auflösung von Wertberichtigungen und Niederschlagungen (+17.489 Tsd. €).

## Jahresabschluss 2016

### Ordentliche Aufwendungen:

Mit einem Anteil von knapp einem Viertel der ordentlichen Aufwendungen und der Finanzaufwendungen fallen die Personalaufwendungen entsprechend der personalintensiven Arbeit eines Dienstleisters deutlich ins Gewicht. Die Personalaufwandsquote bewegt sich auf dem Niveau vergleichbarer Kommunen. Allerdings entstehen Seitwärtsbewegungen der Kennzahl auch bei gleichzeitig proportionaler Entwicklung der übrigen Aufwendungen. 2016 stiegen die Personalaufwendungen (inklusive Versorgungsaufwendungen) aufgrund einer höheren Zuführung zu den Pensionsrückstellungen, Personalausweitungen und Gehaltssteigerungen um 9,86 %, während die Gesamtaufwendungen, auch wegen des Flüchtlingsaufkommens um 8,57 % stiegen. Dabei ist ein Anwachsen der Sachaufwendungen um 9,54 % zu beobachten.



Die Entwicklung der Vollzeitäquivalente<sup>18</sup> stellt sich wie folgt dar:

	VZÄ	davon					
		Kinderbetreuung	Schulsozialarbeit	Sozialdienst	SGB II	Flüchtlingswesen	Sonstige
Stand 31.12.15	3.815,77	678,51	108,40	137,73	294,07	31,12	2.565,94
Stand 31.12.16	3.861,48	689,51	108,88	133,60	307,94	52,27	2.569,28
<b>Differenz</b>	<b>45,71</b>	<b>11</b>	<b>0,48</b>	<b>-4,13</b>	<b>13,87</b>	<b>21,15</b>	<b>3,34</b>

Der Ausbau der Kinderbetreuung führt zu einem Zuwachs von 11 VZÄ. Zur Kinderbetreuung zählen im weiteren Sinn die Schulsozialarbeit (Ausbau Nachmittagsbetreuung) und der Sozialdienst (Verhinderung Kindeswohlgefährdung). Für den Bereich „Leistungen nach dem SGB II“ ist die Finanzierung der Stellen durch die anteilige Kostenübernahme des Bundes zu 84,4% sichergestellt (Optionskommune). Die Personalzuwächse im Flüchtlingswesen sind über die Pauschalen des Landesaufnahmegesetzes refinanziert.

In den Bereich „Sonstige“ (+ 3,34 VZÄ) fallen teilweise refinanzierte Stellen sowie Wiederbesetzungen nach oft langen Vakanzzeiten. Auch feststellbar sind Differenzen, die durch die Stichtagsbetrachtung entstehen.

<sup>18</sup> Im Folgenden VZÄ.

## Jahresabschluss 2016

Im Vergleich zum Vorjahr wuchsen die **Personalaufwendungen** um 10.133 Tsd. € an. Dieser Anstieg resultiert aus einem Beschäftigungsausbau, hauptsächlich in den Bereichen Flüchtlingswesen (+21,15 Stellen), Jobcenter (+13,87 Stellen) und Kinderbetreuung (+11 Stellen). Ein Rückgang hingegen, ist bei der Position „Bezüge Beamte“ um 1.093 Tsd. € zu verzeichnen.

Im Bereich der Versorgungsaufwendungen ist ein Anstieg um 14.849 Tsd. € (siehe hierzu auch die Ausführungen zur Bilanzposition Rückstellungen) zu verzeichnen. Bei der „Zuführung zu den Pensionsrückstellungen“ mit 11.936 Tsd. €, der „Versorgungslastenteilung“ (+953 Tsd. €), den „Beihilfen an Versorgungsempfänger“ (+864 Tsd. €) und den „Aufwendungen für den Versorgungsausgleich“ (+554 Tsd. €) gab es den größten Anstieg.

Relativ starke Schwankungen sind im Bereich **Versorgungsaufwendungen** regelmäßig zu erkennen. Die Ursache liegt hauptsächlich in der sich jährlich ändernden Datenbasis zur Bildung der Pensionsrückstellungen. Zu den Gründen zählen beispielsweise Änderungen der Besoldung, Ein- und Austritte sowie Änderungen am Pensionseintrittsalter.

Zu berücksichtigen ist im Rahmen eines Gemeindevergleichs auch der Grad der Auslagerung von kommunalen Aufgaben auf städtische Gesellschaften sowie private Träger. Eine Eigenwahrnehmung der sehr personalintensiven Kinderbetreuung im Gegensatz zu den bezuschussten Kindertagesstätten in freier Trägerschaft würde eine höhere Personalaufwandsquote bedingen, ohne das Leistungsgefüge gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu verändern. So standen z. B. zum 01.03.2016 stadtweit 12.913 Betreuungsplätze in Kindertagesstätten zur Verfügung. Davon wurden 3.826 Plätze in städtischer Trägerschaft vorgehalten. Der größere Teil entfiel auf freie Träger (9.087).

Für die LHW ist zudem zu beachten, dass die kommunale Arbeitsvermittlung SGB II im Optionsmodell mit eigenem Personal erfolgt und somit auf die Kennzahl einwirkt. Die mit der Übernahme der Aufgabe der kommunalen Arbeitsvermittlung verbundenen Personalkosten werden weitgehend durch Kostenerstattungen des Bundes (Transfererträge) gedeckt.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** stiegen ebenfalls gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 15.916 Tsd. €. Mit verantwortlich sind die Positionen „Mieten“ (+1.813 Tsd. €.) und „Sonstige Aufwendungen für Inanspruchnahme von Diensten“ (+3.356 Tsd. €). Diese Steigerung entstand zum Großteil bei den Notunterkünften für Flüchtlinge bei der Feuerwehr (+2.036 Tsd. €) und den „betrieblichen periodenfremden Aufwendungen“ (+11.814 Tsd. €). Hauptverursacher für den Anstieg im Bereich der „betrieblichen periodenfremden Aufwendungen“ sind zwei Altlastenrückstellungen des Umweltamtes (+11.200 Tsd. €), die gebildet werden mussten (siehe auch hierzu die Ausführungen zur Bilanzposition Rückstellungen). Ein signifikanter Rückgang in dieser Berichtszeile war im Bereich der „Instandhaltung Gebäude/Außenanlagen und Bauunterhaltung“ mit 2.853 Tsd. € auf 16.636 Tsd. € zu verzeichnen.

Bei den (planmäßigen<sup>19</sup>) **Abschreibungen**, hier speziell die Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände, ist für das Jahr 2016 im Vergleich zum Jahr 2015 ein Rückgang um 9.607 Tsd. € zu erkennen. Dies ist insbesondere auf den Rückgang der „Pauschalen Einzelwertberichtigung“ um 16.773 Tsd. € zurück zu führen. Ein größerer Anstieg war bei der „Abschreibung auf Forderungen wegen Restschuldbefreiung“ mit 7.455 Tsd. € zu verzeichnen. Dieser Anstieg resultiert zu 95 % aus der Restschuldbefreiung eines großen Gewerbesteuerschuldners.

Die Position **Aufwendungen für Zuweisungen, Zuschüsse sowie bes. Finanzaufwendungen** ging gegenüber dem Vorjahr um 1.445 Tsd. € zurück. Den größten Rückgang zeigen hier die

<sup>19</sup> Ein vollständiges Bild der Abschreibungen ergibt sich unter Hinzuziehung der außerplanmäßigen Abschreibungen im Außerordentlichen Ergebnis.

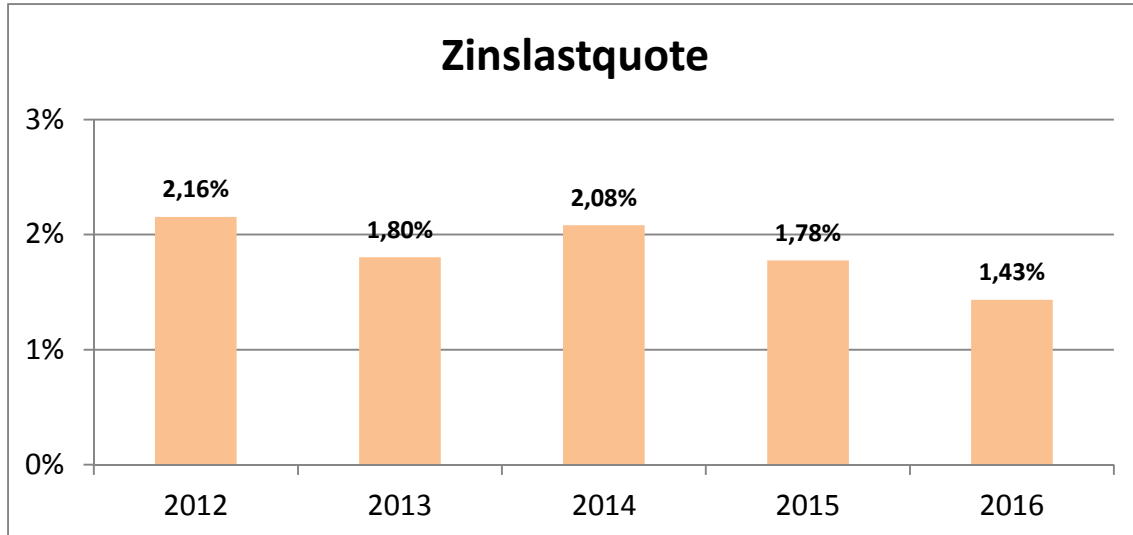
## Jahresabschluss 2016

Positionen „Zuschüsse für lfd. Zwecke sozialer Erstattungen zu Leistungsentgelten“ (Betriebskostenzuschuss an freie Träger von Kindertagesstätten) mit 1.011 Tsd. € und die „Allgemeinen Finanzaufwendungen kommunaler Sonderrechnungen“ (Betriebskostenzuschuss an die TriWiCon<sup>20</sup>) um 933 Tsd. €. Die „Zuweisungen für lfd. Zwecke ans Land“ (Betriebskostenzuschuss Hessisches Staatstheater) wiesen einen Anstieg um 1.017 Tsd. € auf.

Im Bereich der **Steueraufwendungen inklusive Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen** sind zwei große Anstiege zu verzeichnen - zum einen bei der Position „Landeswohlfahrtsverband<sup>21</sup> (LWV)-Umlage“ (+8.216 Tsd. €) und zum anderen bei der „Gewerbesteuerumlage“ (+9.222 Tsd. €).

Den größten Aufwandsposten mit 401.643 Tsd. € bilden in 2016 weiterhin die **Transferaufwendungen**. Sie haben sich im Vergleich zu 2015 um 40.583 Tsd. € erhöht. Dieser Anstieg erklärt sich zum größten Teil aus drei Posten, den „Kosten der Unterkunft (KdU) Asyl, dezentral nicht anrechenbar“ (+15.027 Tsd. €), den „Leistungen für unbegleitete minderjährige Ausländer SGB VIII“ (+16.126 Tsd. €). Als dritter Posten sind die „Krankenversicherungsbeiträge SGB II“ (+2.622 Tsd. €) zu nennen. Dem stehen jedoch Erträge aus Transferleistungen gegenüber. Die Erstattungshöhe gestaltet sich über die drei Punkte unterschiedlich nach den Regelungen des SGB II bzw. SGB VIII.

Bei den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** ist ein Anwachsen der Aufwendungen um 3.958 Tsd. € auf 4.480 Tsd. € zu erkennen. Diese Erhöhung resultiert hauptsächlich aus der Steigerung der Aufwendungen für „Körperschaftsteuer“ (+1.982 Tsd. €) und „Kapitalertragssteuer“ (+1.710 Tsd. €), die im Bereich des Betriebes gewerblicher Art „Parkplätze“ für die laufende Steuerzahlung und die Bildung von Steuerrückstellungen zu leisten waren.



### Finanzergebnis:

Das Finanzergebnis sank gegenüber 2015 um 9.701 Tsd. €.

Im Bereich der **Finanzerträge** ist ein Rückgang um 12.074 Tsd. € zu verzeichnen. Grund hierfür ist der Rückgang aus „Erträgen aus Beteiligungen an anderen verbundenen Unternehmen“ (-10.000 Tsd. €), in diesem Fall eine geringere Gewinnabführung der WVV Wiesbaden Holding GmbH<sup>22</sup>.

<sup>20</sup> Eigenbetrieb für Messe, Kongress und Tourismus

<sup>21</sup> Im Folgenden LWV

<sup>22</sup> Wiesbadner Versorgungs-, Verkehrs- und Wohnungsbauunternehmen

## Jahresabschluss 2016

Bei den **Erträgen aus anderen Beteiligungen** beinhaltet die Gewinnausschüttung im Jahr 2015 die Gewinne der Jahre 2013 und 2014. Im Jahr 2016 wurden nur die Gewinne des Jahres 2015 ausgeschüttet. Daher gingen die Erträge um ca. 50 % (-307 Tsd. €) zurück.

Ein weiterer deutlicher Rückgang war bei den **Nachzahlungszinsen** in Höhe von 964 Tsd. € festzustellen. Wird die Steuererklärung des Steuerschuldners 15 Monate nach dem Entstehen der Steuerpflicht eingereicht oder eine Änderung an der Steuererklärung vorgenommen, erhebt die LHW Nachzahlungszinsen auf die entstandene Steuerschuld.

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen sanken gegenüber 2015 um 2.373 Tsd. €.

Der größte Rückgang resultiert aus mehreren für die LHW günstigen Umschuldungen und dem niedrigen Zinsniveau. Hierdurch konnte vor allem im Bereich der „Bankzinsen“ eine Reduzierung des Aufwands erreicht werden.

Ein weiterer größerer Rückgang ist bei den **Erstattungszinsen Gewerbesteuer** (-631 Tsd. €) festzustellen.

Durch den im Bundesvergleich niedrigen Schuldenstand (mit und ohne Sonderkonjunkturprogramm) und die derzeit günstigen Bedingungen zur Refinanzierung fällt das Verhältnis von Zinsaufwendungen zu den ordentlichen Aufwendungen und Finanzaufwendungen (Zinslastquote) günstig aus. Der Zeitreihenvergleich zeigt einen leicht sinkenden Trend. Auch die schwankenden Erstattungszinsen wirken sich verzerrend auf die Kennzahl aus, während die Entwicklung der Bankzinsen keine Auffälligkeit zeigt.

Insgesamt stellt die Höhe der Zinslastquote derzeit keine relevante Größe als Risikoindikator dar.

### **Außerordentliches Ergebnis:**

Das außerordentliche Ergebnis lag mit einem Fehlbetrag von 3.294 Tsd. € um 6.294 Tsd. € unter dem Ergebnis 2015. Dabei gingen sowohl die außerordentlichen Erträge (-7.196 Tsd. €), als auch die außerordentlichen Aufwendungen (-902 Tsd. €) zurück.

Die Verschlechterung der **außerordentlichen Erträge** resultiert zum Großteil aus dem Rückgang der „periodenfremden Erträge“ um 3.673 Tsd. € sowie dem Rückgang der „sonstigen außerordentlichen Erträge Grundstücksumlegung & Tausch“ (Baulandumlegung) um 3.332 Tsd. €. Ein größerer Anstieg ist bei den „sonstigen außerordentlichen Erträgen“ um 634 Tsd. € zu vermelden.

Der Rückgang bei den **außerordentlichen Aufwendungen** ergibt sich aus niedrigeren „außerplanmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen“ (-2.541 Tsd. €) sowie „Verlusten aus dem Abgang von Vermögensgegenständen“ (-1.401 Tsd. €). Gleichzeitig stiegen die „Abschreibungen auf Finanzanlagen“ um 3.407 Tsd. €.

Bei den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen wirken sich vor allem die Buchgewinne und Verluste aus Anlagenabgängen (z.B. Grundstücksgeschäfte), sowie die Korrekturen der Wertansätze der Eigenbetriebe nach der Eigenkapitalspiegelbildmethode aus. Daher weist diese Position naturgemäß stärkere Schwankungen auf.



## Jahresabschluss 2016

### 2.5.2 Die Ergebnislage der LHW im Plan-Ist Vergleich

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	2016			2015		
	akt. Plan <sup>23</sup>	Ist	Differenz	akt. Plan	Ist	Differenz
10 ordentliche Erträge	-1.084.961	-1.216.985	132.024	-1.005.998	-1.071.676	65.677
19 ordentlicher Aufwand	1.092.395	1.171.244	-78.849	1.041.497	1.078.838	-37.341
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>7.434</b>	<b>-45.742</b>	<b>53.176</b>	<b>35.499</b>	<b>7.162</b>	<b>28.337</b>
21 Finanzerträge	-30.598	-29.797	-801	-47.926	-41.871	-6.055
22 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	19.417	16.790	2.627	21.971	19.163	2.808
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>-11.181</b>	<b>-13.007</b>	<b>1.826</b>	<b>-25.955</b>	<b>-22.708</b>	<b>-3.247</b>
<b>24 ordentliches Ergebnis</b>	<b>-3.747</b>	<b>-58.749</b>	<b>55.001</b>	<b>9.544</b>	<b>-15.546</b>	<b>25.090</b>
25 außerordentliche Erträge	-31	-8.026	7.995	-46	-15.222	15.176
26 außerordentliche Aufwendungen	9	11.321	-11.312	6	12.222	-12.216
<b>27 außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-23</b>	<b>3.294</b>	<b>-3.317</b>	<b>-40</b>	<b>-3.000</b>	<b>2.960</b>
<b>28 Jahresergebnis</b>	<b>-3.770</b>	<b>-55.454</b>	<b>51.684</b>	<b>9.504</b>	<b>-18.545</b>	<b>28.050</b>

Das Haushaltsjahr 2016 schloss mit einem Überschuss von 55.454 Tsd. € ab.

Gegenüber dem fortgeschriebenen Haushaltsplan von 2016, der einen Überschuss in Höhe von -3.770 Tsd. € vorsah, ergab sich eine Verbesserung in Höhe von 51.684 Tsd. €.

Die positive Abweichung des Jahresergebnisses gegenüber dem Wert des Haushaltsplanes (ohne übertragene Budgetreste, 32.991 Tsd. €) basiert insbesondere auf Mehrerträgen aus der Gewerbesteuer und einer höheren Schlüsselzuweisung, sowie höheren Erträgen aus Transferleistungen (zu einem großen Teil Erstattungen für Asylsuchende).

Sowohl die ordentlichen Erträge (+132.024 Tsd. €), als auch die ordentlichen Aufwendungen (+78.849 Tsd. €) weisen Überschreitungen gegenüber dem Planwert auf.

Der Personalaufwand inklusive Versorgung überschritt den Planansatz um 7.461 Tsd. €.

Im Bereich Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist eine Steigerung um 20.098 Tsd. € zu verzeichnen.

Die Abschreibungen weisen eine positive Abweichung in Höhe von 2.853 Tsd. € aus, hauptsächlich verursacht durch geringere Abschreibungen auf Forderungen (-4.391 Tsd. €). Dabei blieben die Abschreibungen Sachanlagen 2.323 Tsd. € über, die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände 786 Tsd. € unter den Planwerten.

Bei der Position „Zuweisungen, Zuschüsse, besondere Finanzaufwendungen“ ist eine Unterschreitung gegenüber dem Plan in Höhe von 8.053 Tsd. € feststellbar. Auf einigen Kostenarten sind Steigerungen, z. B. aufgrund des Ausbaus der Kinderbetreuung, erkennbar. Andere weisen positive Abweichungen aus, auch weil die Beschäftigungsförderungsmaßnahmen zwar aus Vereinfachungsgründen auf einer Kostenart geplant, die Ist-Buchungen aber auf andere Sachkonten kontiert werden.

<sup>23</sup> Zum aktualisierten Planwert zählen der Ansatz, über- und außerplanmäßige Zusetzungen abzüglich Sperrern.

## Jahresabschluss 2016

---

Die Transferaufwendungen weichen um 36.979 Tsd. € vom Plan ab. Dabei erstrecken sich die Abweichungen über eine Vielzahl von Positionen, insbesondere solche, die Leistungen an Asylbewerber und unbegleitete minderjährige Asylsuchende betreffen.

Das gegenüber der Planung positivere Finanzergebnis in Höhe von 1.826 Tsd. € ergibt sich hauptsächlich aus geringeren Bankzinsen (-3.999 Tsd. €).

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen werden aufgrund ihres Charakters nicht geplant. Weitere Ausführungen zum außerordentlichen Ergebnis sind dem Kapitel Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre zu entnehmen.

### 2.6 Erläuterung der Plan-Ist-Abweichungen in den Dezernaten einschließlich bedeutsamer Investitionen und Aufgabenschwerpunkte

Das folgende Kapitel widmet sich den Plan-Ist-Abweichungen bezogen auf die Teilergebnishaushalte der Dezernate im Haushaltsjahr. Hierbei ist zu beachten, dass die Planzahlen die fortgeschriebenen Haushaltsansätze betreffen (Datenstand: August 2017).

Im Jahr 2016 wurden keine wesentlichen organisatorischen Änderungen durchgeführt.

Die Tabellen für die wichtigen Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen wurden aus dem Investitionscontrolling der LHW generiert<sup>24</sup> und auf den Stand nach Buchungsende aktualisiert.

Gemäß Ziff. 3 zu § 38 der Hinweise zur Gemeindehaushaltsverordnung<sup>25</sup> sind die Auflösungen der Sonderposten, deren Zuschusszweck ausschließlich dazu bestimmt war, die Auszahlungen zu decken, die von der Gemeinde selbst zu tragen sind, dem Produktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ zuzuordnen. Die Auflösung der Sonderposten erfolgte auf die entsprechenden Kostenstellen im Fachbereich. Zum Jahresabschluss wurden die Beträge mit Ausweis in der gleichen Berichtszeile in den Bereich allgemeine Finanzwirtschaft umgebucht.

---

<sup>24</sup> Die Auswahl der Maßnahmen erfolgte durch Benennung seitens Dezernate, basierend auf den Daten des Investitionscontrollings, im Rahmen der Beiträge der Dezernate zum Rechenschaftsbericht.

<sup>25</sup> Im Folgenden GemHVO.

## Jahresabschluss 2016

---

### 2.6.1 Dezernat I

Hauptamt (10), Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik (12), Revisionsamt (14), Amt der Stadtverordnetenversammlung (16), Feuerwehr (37), Sportamt (52)

#### Umorganisationen im Jahr 2016

Im Jahr 2016 wurde der Bereich Identität von Amt 12 „Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik“ an das Dezernatsbüro übertragen. In dem Zusammenhang wurde eine zusätzliche Stabsstelle eingerichtet. Sie hat die Aufgabe, die Themen „Identität“ und „bürgerschaftliches Engagement“ sowie die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Prozessen der Stadt Wiesbaden zu verbinden und aktiv in die Bürgerschaft Wiesbadens und in die Verwaltung hineinzutragen.

#### Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder in 2016

Zu den Handlungsfeldern des Dezernates zählen:

- der Betrieb von Bürgerhäusern
- die Sicherstellung von Dienstleistungen in den Ortsverwaltungen
- die Durchführung von protokollarisch wichtigen Veranstaltungen der Landeshauptstadt Wiesbaden
- die Sportförderung in Form von Bezuschussung von sportlichen Veranstaltungen sowie Gewährung von Zuschüssen für vereinseigene Sportanlagen
- der Betrieb von Sporthallen und Sportanlagen
- die Gewährleistung eines funktionierenden Feuerwehrwesens
- die Durchführung von Bürgerbeteiligungsprozessen auf Basis der Leitlinien für Bürgerbeteiligung

#### Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2016?

Die Hauptzielbereiche lagen in der kontinuierlichen Verbesserung der Bausubstanz im Bereich der Bürgerhäuser und Sportanlagen, dem Aufbau der Stabsstelle für Identität, Engagement und Bürgerbeteiligung sowie in der Aufstellung von Leitlinien für die Bürgerbeteiligung.

Die Sportförderung konnte auf hohem Niveau beibehalten werden. Einige wichtige große Instandhaltungsprojekte im Bereich Sport (Neubau 3-Felder-Sporthalle Hermann-Ehlers-Schule in Erbenheim und Generalsanierung Taunushalle Nordenstadt) und Bürgerhäuser (BGH Medenbach und Haus der Vereine Dotzheim) konnten geplant und vorbereitet werden. Die neu entwickelte Stabsstelle ist mittlerweile vollständig integriert und voll handlungsfähig. Die Leitlinien für die Bürgerbeteiligung wurden im Juli 2016 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet.

## Jahresabschluss 2016

### Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2016

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2015	Fortgeschriebener Plan 2016	Ergebnis 2016
10 Summe der ordentlichen Erträge	-9.702	-5.464	-15.874
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	73.286	64.940	77.574
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>63.584</b>	<b>59.477</b>	<b>61.699</b>
21 Finanzerträge	-10	0	0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	0	2
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>-8</b>	<b>0</b>	<b>2</b>
<b>24 Ordentliches Ergebnis</b>	<b>63.577</b>	<b>59.477</b>	<b>61.701</b>
25 Außerordentliche Erträge	-1.006	-14	-42
26 Außerordentliche Aufwendungen	446	2	594
<b>27 Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-560</b>	<b>-13</b>	<b>552</b>
<b>28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>63.017</b>	<b>59.464</b>	<b>62.253</b>
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-12.078	-12.289	-10.421
<b>32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>50.939</b>	<b>47.175</b>	<b>51.832</b>

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 05.05.2017)

### Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Im Jahr 2016 konnten Mehrerträge in Höhe von 6.172 Tsd. € erwirtschaftet werden. Sie wurden im Wesentlichen durch die nicht geplante Kostenerstattung des Landes für den Betrieb der Notunterkünfte für Flüchtlinge erzielt (+ 9.789 Tsd. €). Positiv wirkten sich zudem die unerwarteten Mehrerträge im Bereich des Rettungsdienstes aus.

### Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Der Mehrertrag durch die Kostenerstattung des Landes für Flüchtlingsunterkünfte wurde bereits überwiegend 2016 verausgabt, was auch den ordentlichen Aufwand außerplanmäßig ansteigen ließ. Der ordentliche Aufwand fiel um 4.288 Tsd. € höher aus als der Vorjahreswert. Zudem sind die Personal- und Versorgungsaufwendungen um insgesamt 1.022 Tsd. € gestiegen, wobei der Löwenanteil bei den nicht beeinflussbaren Versorgungsaufwendungen liegt. Die Instandhaltungskosten sind um 967 Tsd. € Euro gegenüber dem Plan gestiegen.

### Abweichungen beim außerordentlichen Ergebnis

Durch den Abriss des alten Bürgerhauses Medenbach sind außerordentliche Aufwendungen (Abschreibungen) in Höhe von 481 Tsd. € Euro entstanden.

### Analyse Jahresergebnis/ Fazit

Insgesamt liegt das Ordentliche Ergebnis nur um 3,74 % über dem fortgeschriebenen Plan 2016 und ist damit für das gesamte Dezernat ein zufriedenstellendes Ergebnis.

## Wichtige Investitionsmaßnahmen des Dezernats I (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme	Ausgaben bis 2015	Istausgaben 2016	Noch verfügbar / Rest 2016
I.02985	10 Bürgerhaus Medenbach Neubau	5.051	468	1.412	3.171
Der Neubau des Bürgerhauses wird im Herbst 2017 fertiggestellt.					
I.03547	10 Haus der Vereine Dotzheim Neubau	5.205	1.513	2.102	1.590
Der Neubau des Bürgerhauses wurde im April 2017 fertiggestellt und eingeweiht.					

## Jahresabschluss 2016

### 2.6.2 Dezernat II

Rechtsamt (30), Umweltamt (36), Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge (50) und Amt für Soziale Arbeit (51)

#### Handlungsfelder

##### Rechtsamt

Das Rechtsamt ist die interne Rechtsabteilung der Landeshauptstadt Wiesbaden und erbringt Serviceleistungen für die städtischen Gremien, Dezernate, Fachämter und Eigenbetriebe in allen Rechtsfragen.

##### Umweltamt

Bedeutende Handlungsfelder des Umweltamtes sind der Klimaschutz und der Hochwasserschutz.

Im Jahr 2016 wurde das Klimaschutzkonzept fertiggestellt und mit der Umsetzung unter Bürgerbeteiligung begonnen. Das Genehmigungsverfahren für den geplanten Windpark auf der Hohen Wurzel wurde begleitet.

Der 2. Bauabschnitt des Projektes „Hochwasserschutz in Sonnenberg“ konnte abgeschlossen werden. Eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe erarbeitete ein Konzept zum Hochwasserschutz an Rambach und Goldsteinbach. Mit den Entsorgungsbetrieben der Landeshauptstadt Wiesbaden<sup>26</sup> und der Feuerwehr wurden wichtige Vereinbarungen über vorbeugende Hochwasserschutzmaßnahmen sowie im Bedarfsfall Notfallmaßnahmen geschlossen.

##### Amt für Soziale Arbeit

###### *Ausbau Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige:*

Das strategische Ziel, den gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr zu erfüllen und eine Platzangebotsquote von 48 % der anspruchsberechtigten Kinder zu erreichen, wurde weiter verfolgt. So konnten im Jahr 2016 über 100 neue Plätze geschaffen werden. Durch steigende Kinderzahlen erhöht sich jedoch die zum Erreichen der Versorgungsquote von 48 % nötige Platzzahl.

Im Elementarbereich wurde zum Stichtag, dank des Platzausbaus um über 200 Plätze, eine Platzangebotsquote von 85,7 % der anspruchsberechtigten Kinder erreicht. Sie soll in den nächsten Jahren auf 90 % angehoben werden. Damit kann der starken Nachfrage entsprochen und der passgenaue Übergang aus den Kinderkrippen in den Elementarbereich ermöglicht werden.

###### *Leistungen zur Grundsicherung und Integration für Arbeitsuchende - SGB II*

Das SGB II hat zwei wesentliche gesetzliche Aufgaben:

1) Erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und ihren Angehörigen durch die Grundsicherungsleistungen zu „...ermöglichen, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht“ (SGB II § 1 Abs. 1).

<sup>26</sup> im Folgenden ELW

## Jahresabschluss 2016

---

2) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte durch gezielte Dienst- und Sachleistungen bei der Aufnahme, Ausweitung oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit zu unterstützen.

Das kommunale Jobcenter im Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge hat zum Stichtag 2016

- 20.954 erwerbsfähige Leistungsberechtigte
- 30.815 Leistungsberechtigte - darunter
- 9.861 Sozialgeldbeziehende
- in 15.113 Bedarfsgemeinschaften

gefördert.

Im Jahr 2016 konnten 5.233 Personen in eine sozialversicherungspflichtige Arbeit, berufliche Ausbildung oder in die Selbständigkeit integriert werden. Die Integrationsquote liegt damit zum Stichtag bei 24,3 % und damit über dem Zielwert der Zielvereinbarung mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration.

Für die Zukunft werden zwei gegenläufige Entwicklungen erwartet. Einerseits wird die Zahl der Langzeitbezieher von Leistungen weiterhin leicht zurückgehen, andererseits wird mit etwa 5.000 Geflüchteten und ihren Angehörigen (Familienzusammenführung; Nachzug) gerechnet, die neu in den Leistungsbezug eintreten.

### *Flüchtlinge und Asylsuchende*

Ende 2016 bezogen 2.841 geflüchtete Personen Leistungen nach dem Asylbewerber-Leistungs-Gesetz (AsylbLG). Von diesen befanden sich noch 2.593 in einer der kommunalen Gemeinschaftsunterkünfte. Es ist damit zu rechnen, dass sie mittelfristig Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII beziehen werden.

Sollte sich der derzeitige Trend geringer Neuzuweisungen fortsetzen, werden bis Ende 2017 ca. 1.900 weitere Personen Leistungen nach dem AsylbLG beziehen, die mit der Anerkennung des Asyl- bzw. Flüchtlingsanspruchs in das Leistungssystem des SGB II übergehen. Angesichts der schwierigen Lage auf dem Markt bezahlbarer Wohnungen in Wiesbaden, ist davon auszugehen, dass auch Ende 2018 rund 2.500 Menschen weiterhin in den Gemeinschaftsunterkünften der Stadt Wiesbaden leben werden.

### *Wohnbauförderung und Stadterneuerung*

Im Jahr 2016 wurden verstärkt Projekte für die Wohnbauförderung akquiriert. Mit den zusätzlichen Mitteln aus dem Programmteil „Wohnraum“ des Kommunal-Investitions-Programms (KIP) konnte die Steigerung der Anzahl geförderter Projekte erreicht werden.

Weitere Projekte aus dem Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt" sollen an den Start gebracht werden. In 2016 wurde dazu bereits Planungsarbeit geleistet.

# Jahresabschluss 2016

## Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2016

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2015	Fortgeschriebener Plan 2016	Ergebnis 2016
10 Summe der ordentlichen Erträge	-259.880	-240.913	-291.725
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	557.993	563.578	613.685
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>298.113</b>	<b>322.665</b>	<b>321.960</b>
21 Finanzerträge	-7	-6	-6
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	367	0	25
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>360</b>	<b>-6</b>	<b>19</b>
<b>24 Ordentliches Ergebnis</b>	<b>298.473</b>	<b>322.659</b>	<b>321.979</b>
25 Außerordentliche Erträge	-3.019	0	-1.142
26 Außerordentliche Aufwendungen	1.003	0	269
<b>27 Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-2.016</b>	<b>0</b>	<b>-873</b>
<b>28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>296.458</b>	<b>322.659</b>	<b>321.106</b>
31 Ergebnis aus internen Leistungen	23.936	21.524	28.020
<b>32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>320.394</b>	<b>344.183</b>	<b>349.126</b>

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 09.05.2017)

### Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Der ordentliche Ertrag ist gegenüber dem fortgeschriebenen Plan um insgesamt 50.812 Tsd. € gestiegen. Das wurde im Wesentlichen durch Mehreinnahmen (aus Zuschüssen/Zuweisungen und Gebühren) in den Bereichen „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“, „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ und „Asyl“ erreicht.

Auch im Aufgabenkreis unbegleitete minderjährige Kinder und Jugendliche konnten Mehrerträge verzeichnet werden, da die Abrechnung der Vorjahre im Jahr 2016 vorgenommen wurde.

Diese Ertragssteigerungen dienten vollständig der Finanzierung der gestiegenen Aufwendungen.

Einfluss auf den ordentlichen Ertrag hatten auch die Abschlusserstattung für das SEG-Projekt „Sanierung Bergkirche“ (einmalige Zahlung) und die teilweise Auflösung einer sonstigen Verbindlichkeit aus der Landesförderung der Kindertagesbetreuung.

### Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Die Abweichung von insgesamt 50.107 Tsd. € entstand überwiegend durch die Bereiche "Grundsicherung und Flüchtlinge" sowie „Soziale Arbeit“. Der Mehraufwand wird durch die Ertragssteigerungen gedeckt.

Darüber hinaus stiegen in 2016 die Personalkosten durch eine Tariferhöhung und die Umstellung des Tarifs im Bereich des Erziehungsdienstes.

### Abweichungen im Ergebnis vor Leistungsverrechnung

Der Plan wurde um -1.553 Tsd. € unterschritten.



**Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats II (Tsd. €)**

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme	Ausgaben bis 2015	Istausgaben 2016	Noch verfügbar / Rest 2016
<b>I.02627</b>	36 Kessel-/Wellritzbach Abtrennung Umsetzung	5.620	3.411	869	1.340
Bauabschnitt 1 (Spülleitung Kesselbach) wurde in 2014 gebaut; Bauabschnitt 2 (Spülleitung Wellritzbach) ist auf 2017 verschoben. Weitere offene Bauabschnitte werden anschließend fortlaufend geplant bis 2020.					
<b>I.03214</b>	36 WRRL Wellritztal Landschaftspark	1.320	22	26	1.272
Genehmigungsverfahren nach Wasserhaushaltsgesetz (WHO) sowie Antragsverfahren nach Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) bis 08/2017.					
<b>I.03746</b>	51 AWA Sophienstraße -Aufzug	300	0	1	299
Maßnahme verzögert sich, da die alte Wohnanlage nun komplett barrierefrei erschlossen werden soll. SV ist in Vorbereitung.					
<b>I.04358</b>	51 KT Hessenring Grundsanierung und Erweiterung	2.889	0	16	2.873
Der Baubeginn ist für August 2017 geplant. Die Maßnahme wird mit 423.658 € aus dem KIP-Programm und 300.000 € aus dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2015-2018“ gefördert.					

## Jahresabschluss 2016

### 2.6.3 Dezernat III

Personal- und Organisationsamt (11), EB<sup>27</sup> Personalräte, Amt für Wirtschaft und Liegenschaften (80)

#### Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder in 2016

Das Dezernat für Wirtschaft und Personal unterstützt und steuert die Ämter und den Eigenbetrieb TriWiCon bei ihrer Aufgabenerfüllung. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten erfüllen die Fachbereiche die Tagesgeschäfte optimal und wenn möglich, schaffen sie Freiraum für Projekte und zusätzliche Aufgaben.

Das Personal- und Organisationsamt setzte die Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung sowie die Weiterführung des Integrierten Gesundheitsmanagements um.

Neben der gesetzlichen Aufgabenerfüllung nach dem Hessischen Personalvertretungsgesetz fanden für die Personalräte in 2016 Personalratswahlen statt. Die Personalratsgremien wurden neu zusammengesetzt.

Das Amt für Wirtschaft und Liegenschaften bearbeitet das städtische Grundvermögen, vom Grundstücksverkehr über die Flächen- und Projektentwicklung (insb. Wohnbauflächenentwicklung) bis zur Vermietung, Verpachtung und Rechte an Grundstücken sowie die Vergabe und Verwaltung von Erbbaurechten an städtischen Flächen. Zu den weiteren Aufgaben zählen das kommunale Beschaffungs- und Vergabewesen und die Aufgaben um die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung.

#### Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2016?

Das Personal- und Organisationsamt setzt die Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung um und ist im Gesundheitsmanagement aktiv. Der Corporate Health Award ist die führende Qualitätsinitiative für Gesundheits-Management im deutschsprachigen Raum. Eine unabhängige Expertenjury erkannte der LHW den ersten Preis des Corporate Health Award 2016 in der Kategorie Öffentliche Verwaltung zu.

Die Personalräte definierten zu ihren Zielen die Sicherstellung der gesetzlichen Aufgabenerfüllung sowie die zeitnahe Besetzung der Freistellungen nach der Personalratswahl sowie die Schulung der neuen Personalratsmitglieder.

Die Ziele im Bereich Liegenschaften haben folgende Schwerpunkte:

- die Realisierung laufender Projekte, wie z. B. die Begleitung des Neubaus des „Parkhaus Coulinstraße“,
- die Vermarktung von Gewerbeflächen im Zusammenhang mit Unternehmensan- und -umsiedlungen sowie
- die Wohnbauflächenentwicklung (Flächenbevorratung/-beschaffung zur Verfügbarkeit in konkreten Gebieten, Umsetzung/Schaffung von Planungsrecht und Realisierung der Erschließung insbesondere in Verbindung mit der Stadtentwicklungsgesellschaft<sup>28</sup>).

Daneben standen in 2016 der Abschluss der Sanierung des Turms auf dem Schläferskopf und die Konzeption der öffentlichen Begehbarkeit an.

<sup>27</sup> Einzelbudget (Budgets, die zwar von einem verwaltenden Amt geführt werden, aber außerhalb dessen Budgetverantwortung liegen).

<sup>28</sup> Im Folgenden SEG.

## Jahresabschluss 2016

---

In der Hauptabteilung Wirtschaft und Beschäftigung wurden die Bereiche Wirtschaftsförderung und Beschäftigungsförderung zusammengeführt.

Im Bereich der Vergabe und Beschaffung lagen die Ziele für das Jahr 2016 im Wesentlichen auf der Umsetzung der am 01.04.2016 in Kraft getretenen Neufassung des IV. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge. Ein wesentlicher Inhalt der Vergaberechtsreform 2016 war unter anderem die zwingende Einführung der elektronischen Vergabe.

Die Wirtschaftsförderung als zentrale Anlaufstelle bei der Stadtverwaltung für Unternehmen pflegt enge Kontakte zur Wiesbadener Wirtschaft (sog. Bestandspflege), begleitet die Neu- oder Umsiedlung von Unternehmen innerhalb des Stadtgebietes und organisiert Netzwerkveranstaltungen.

Zu den Hauptaufgaben der Beschäftigungsförderung zählen die Initiierung und Durchführung von Projekten zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt. Daneben erhalten Jugendliche Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf.

Für Existenzgründer und Start-ups gibt es durch das Amt für Wirtschaft und Liegenschaften veranlasste und (teil-)finanzierte Angebote zur Beratung und Netzwerkarbeit.

### **Inwieweit wurden diese Ziele erreicht?**

Die Fachbereiche erledigten die Tagesgeschäfte in der bekannt hohen Qualität für die Gremien und Bürger der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Im Bereich der Liegenschaften wurde die Sanierung des Turms auf dem Schläferskopf planmäßig und innerhalb des Kostenrahmens abgeschlossen. Zur Ermöglichung der öffentlichen Begehrbarkeit wurde mit der Gaststättenbetreiberin eine Vereinbarung geschlossen.

Der Neubau des Parkhauses Coulinstraße befindet sich im Bau.

Die zum 01.04.2016 in Kraft getretene Neufassung des IV. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge konnte umgesetzt werden.

Die Referenzeinkaufsorganisation hat in Zusammenarbeit mit IT/M zum 01.03.2016 die Internet-Beschaffungsplattform Mercateo an das städtische Warenwirtschaftssystem angeschlossen.

In der Hauptabteilung Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung wurden verschiedene Netzwerk-Veranstaltungen für Unternehmen durchgeführt, u.a. zum Beispiel die Veranstaltungsreihe Wiesbadener Wirtschaftsdialog. Diverse Beschäftigungsprojekte (Maßnahmen zur Eingliederung Langzeitarbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt) konnten verlängert werden. Im Geschäftsfeld „Übergang Schule - Beruf“ ist einer der wesentlichen Arbeitsschwerpunkte das JobNavi, eine Beratungsstelle für Jugendliche auf der Suche nach Praktikum und Ausbildung bzw. beruflicher Orientierung.

## Jahresabschluss 2016

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2015	Fortgeschriebener Plan 2016	Ergebnis 2016
10 Summe der ordentlichen Erträge	-13.720	-13.205	-14.261
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	35.552	34.494	37.612
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>21.832</b>	<b>21.289</b>	<b>23.351</b>
21 Finanzerträge	-31	-5	-10
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11	6	70
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>-20</b>	<b>1</b>	<b>60</b>
<b>24 Ordentliches Ergebnis</b>	<b>21.812</b>	<b>21.290</b>	<b>23.410</b>
25 Außerordentliche Erträge	-7.382	0	-5.410
26 Außerordentliche Aufwendungen	3.466	0	351
<b>27 Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-3.916</b>	<b>0</b>	<b>-5.059</b>
<b>28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>17.896</b>	<b>21.290</b>	<b>18.352</b>
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-15.159	-14.972	-16.565
<b>32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>2.737</b>	<b>6.318</b>	<b>1.787</b>

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 09.05.2017)

### Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Mehrerträge ergaben sich beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften durch Steigerungen bei den Verpachtungen (720 Tsd. €), der Auflösung der Rückstellung „Nebenkostenabrechnung Luisenforum (Karstadt)“ (198 Tsd. €) sowie durch Erstattungen in Form von Eingliederungszuschüssen bei Beschäftigungsförderungsprojekten.

### Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Gegenüber dem fortgeschriebenen Planwert kann eine Überschreitung in Höhe von 3.118 Tsd. € festgestellt werden.

Unter Berücksichtigung der in diesem Betrag nicht enthaltenen Übertragungen von Haushaltsresten, ergibt sich jedoch ein ausgeglichenes Bild.

### Abweichungen beim Finanzergebnis

Aufgrund von Steuernachzahlungen mussten vom Amt für Wirtschaft und Liegenschaften Nachzahlungszinsen entrichtet werden.

### Abweichungen beim außerordentlichen Ergebnis

Durch die Veräußerung von Flächen bzw. Grundstücken konnten Erträge in Höhe von 4.960 Tsd. € erzielt werden. Dies führte unter anderem zu einem Überschuss im Außerordentlichen Ergebnis in Höhe von insgesamt 5.059 Tsd. €.

### Analyse Jahresergebnis/ Fazit

Eine Steigerung der Erträge konnte durch die Auflösung von Rückstellungen sowie durch Erstattungen in Form von Eingliederungszuschüssen bei Beschäftigungsförderungsprojekten erzielt werden.

Bei dem Betrieb gewerblicher Art<sup>29</sup> „Parkplätze“ ist die Betriebsprüfung noch nicht abgeschlossen. Um evtl. Steuernachzahlungen weitgehend aufzufangen, wurden Rückstellungen in Höhe von ca. 1.613 Tsd. € gebildet die den Aufwand in 2016 erhöhten.

<sup>29</sup> Im Folgenden BgA

## Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats III (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme	Ausgaben bis 2015	Istausgaben 2016	Noch verfügbar / Rest 2016
I.04253	80 Generalsanierung Schläferskopf	716	514	202	0
Umbau und Modernisierung der Datenverteilerschränke im 2. Und 3. OG in der Hasengartenstraße 21 durch WIVERTIS					

## Chancen und Risiken

Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften ist die Betriebsprüfung für den BgA „Parkplätze“ noch nicht abgeschlossen. Die Höhe der steuerlichen Nachzahlungen steht erst mit dem Ergebnis der Betriebsprüfung fest. Derzeit kann die Höhe der steuerlichen Nachzahlung nur geschätzt werden.

## Jahresabschluss 2016

### 2.6.4 Dezernat IV

Stadtplanungsamt (61), Bauaufsichtsamt (63), Hochbauamt (64), Tiefbau- und Vermessungsamt (66)

#### Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder

Neben den klassischen Tätigkeiten im Hoch- und Tiefbau mit direktem Einfluss auf das Vermögen der LHW, erstrecken sich die Handlungsfelder vielfach auf Planungen und Rahmenseetzungen im Bauplanungs- und Bauordnungsbereich, die generell das Leben in der Gemeinde in vielfältiger Weise gestalten und beeinflussen.

#### Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2016

Hierzu gehörten im Geschäftsjahr:

- die Entwicklung von Wohnbauland,
- die Erstellung des WISEK (Wiesbadener integriertes Stadtentwicklungskonzept mit Flächennutzungs- und Verkehrsentwicklungsplan),
- die Durchführung von Bauleit- und Baugenehmigungsverfahren für große und bedeutende Vorhaben,
- die Gewährleistung wohnortnaher Versorgung in den Stadtteilen,
- die Implementierung der sozialen Bodenordnung,
- die Aufrechterhaltung der Mobilität und Gewährleistung der Verkehrssicherheit,
- Neubau, Sanierung, Bauunterhaltung, Wartung und Reinigung der städtischen Gebäude,
- die Entlastung des innerstädtischen Verkehrs,
- der Radverkehrsplan und das Radverkehrsforum,
- die Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehr,
- die Schaffung von Baurecht für den Neubau der Rhein-Main-Hallen,
- der Erwerb der Grundstücke und die Schaffung von Baurecht für den 4-spurigen Ausbau der Boelckestraße,
- die Einführung eines IT-Verfahrens für den Gebäudebetrieb (Auftragsvergabe/ CAFM<sup>30</sup>),
- der Ausbau eines effizienten Energiemanagements und die Umsetzung erster Maßnahmen, hier die Umrüstung aller städtischen Liegenschaften auf LED (LED-City)
- die Fortführung des Entwicklungs- und Handlungskonzepts für den Stadtumbau Mainz-Kastel/Kostheim,
- die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Gewährung der Verkehrssicherheit,
- die Einführung eines Straßeninformationssystems (STRIS),
- die Durchführung des Baus der zentralen Straßenmeisterei des Tiefbau- und Vermessungsamts.
- Personalentwicklung, Neuorganisation und Optimierung amtsinterner Strukturen innerhalb des Dezernates IV

<sup>30</sup> Computer Aided Facility Management.

## Jahresabschluss 2016

### Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2016

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2015	Fortgeschriebener Plan 2016	Ergebnis 2016
10 Summe der ordentlichen Erträge	-14.594	-13.796	-16.165
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	67.148	65.893	68.383
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>52.554</b>	<b>52.096</b>	<b>52.218</b>
21 Finanzerträge	0	0	0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	0
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>24 Ordentliches Ergebnis</b>	<b>52.555</b>	<b>52.096</b>	<b>52.218</b>
25 Außerordentliche Erträge	-496	-17	-1.002
26 Außerordentliche Aufwendungen	1.359	0	810
<b>27 Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>863</b>	<b>-17</b>	<b>-192</b>
<b>28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>53.418</b>	<b>52.080</b>	<b>52.026</b>
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-1.117	-314	-597
<b>32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>52.301</b>	<b>51.766</b>	<b>51.429</b>

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 09.05.2017)

#### Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Die Summe der ordentlichen Erträge liegt mit 2.369 Tsd. € über dem fortgeschriebenen Plan.

Die Abweichung ergibt sich unter anderem aus den folgenden Sachverhalten:

- ca. 1.900 Tsd. € Mehrerträge konnten aus Baugenehmigungsverfahren erwirtschaftet werden, hier speziell durch Gebühren für den Bereich Sonderbauten
- ca. 400 Tsd. € Mehrerträge konnten für den Bereich Sondernutzungen, Parkgebühren und Vermessungsleistungen eingenommen werden.

#### Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Der ordentliche Aufwand liegt mit 2.490 Tsd. € über dem fortgeschriebenen Plan. Unter Berücksichtigung der in diesem Betrag nicht enthaltenen Übertragungen von Haushaltsresten, ergibt sich jedoch ein ausgeglichenes Bild.

#### Analyse Jahresergebnis /Fazit

Mit Hilfe erwirtschafteter Mehrerträgen aus Baugenehmigungsgebühren konnte das Ergebnis des Dezernates verbessert werden.

## Jahresabschluss 2016

### Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats IV (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme <sup>31</sup>	Ausgaben bis 2015	Istausgaben 2016	Noch verfügbar / Rest 2016
<b>I.00619</b>	Straßenmeisterei der LHW Investition	2.822	25	17	2.620
Errichtung einer zentralen Straßenmeisterei der Landeshauptstadt Wiesbaden auf dem Grundstück Berliner Str. 112. Vorplanungen laufen. Antrag Baugenehmigung ist gestellt.					
<b>I.01488</b>	KP Äppelallee-Friedrich-Bergius-Straße Investition	1.100	803	2	295
Umbau des Knotenpunktes Äppelallee/Friedrich-Bergius-Straße gemäß einer Verkehrsuntersuchung zur Strukturplanung Gewerbe Biebrich Schierstein. Baubeginn war im April 2015. Baulicher Abschluss Ende 2015, Schlussrechnung noch offen (Klärung Nachtrag).					
<b>I.01521</b>	Söhnleinstraße Investition	1.627	1.534	93	0
Zur Sicherung des Wassergewinnungsgebietes Schierstein/Niederwalluf baut das Land Hessen (Abschnitt 1) die Söhnleinstraße (K 638 und K 648) auf einer Länge von insgesamt 1.660 m um. In diesem Zusammenhang wird auch der "INTRA-Knoten" (Einmündung K 638 / K 648) zu einem Kreisverkehrsplatz umgestaltet und ein Geh- und Radweg zwischen Niederwalluf und Schierstein angelegt. Die vom Land Hessen durchzuführende Baumaßnahme endet unmittelbar an der Ortsdurchfahrtsgrenze. Zur Fortführung einer durchgehenden Radwegeverbindung von Walluf bis Schierstein wird deshalb ein kombinierter Geh- und Radweg von der Ortsdurchfahrtsgrenze bis zur Kleinaustraße ausgebaut (Abschnitt 2). Der 1. BA wurde im September 2014 abgeschlossen, der 2. BA im Dezember 2015. Die Abrechnung mit dem Zuwendungsgeber steht noch aus.					
<b>I.01845</b>	Glarusstraße WI Investition	8.158	5.807	482	1.869
Die Stadt Wiesbaden beabsichtigt zur innerstädtischen Verkehrsentslastung des Stadtteils Biebrich, die vorhandene Glarusstraße, die derzeit auf der Höhe der Straße "Am Rheinbahnhof" endet, bis zur Breslauer Straße fortzuführen. Mit dem Bau der Glarusstraße entsteht eine wirkungsvolle Entlastung der Hauptverkehrsstraßen Straße der Republik, Rathausstraße und Stettiner Straße in Biebrich. Weiterhin erhalten die Gewerbegebiete in Biebrich-Ost bzw. Amöneburg eine direkte Anbindung über den Amöneburger Kreisel an die A 671. Als Trennung zwischen der gewerblichen Nutzung und dem Wohnen entsteht ein breiter Grünzug auf den Flächen von InfraServ, der auch öffentlich nutzbar sein soll. Sowohl die Verfügbarkeit der Flächen von InfraServ, als auch die Herstellung des Grünzuges durch InfraServ sind gewährleistet. Diese Trennung wird wesentlich auch durch die Glarusstraße definiert. Die Umsetzung erfolgt in drei Bauabschnitten im Zusammenhang mit der Förderung durch das Land Hessen. Alle drei Bauabschnitte sind baulich abgeschlossen, der letzte im April 2016. Schlussrechnung und Abrechnung mit dem Zuwendungsgeber stehen noch aus.					
<b>I.01902</b>	Goerdeler Straße – Bestand Investition	1.016	23	194	799
Umgestaltung der bestehenden Goerdeler Straße zwischen Graf-von-Galen-Straße und Anne-Frank-Straße in Wiesbaden-Klarenthal. Der erste Abschnitt - Kreisel und Bushaltestelle am Knotenpunkt Anne-Frank-Straße - wurde im April 2016 fertig gestellt. Baubeginn für den zweiten Abschnitt - Kreisel am Knotenpunkt Otto-Wels-Straße und mehrere Fußgängerüberwege zur Verbesserung der Fußgängersicherheit zwischen Otto-Wels-Straße und Graf-von-Galen-Straße - ist geplant für Sommer 2017.					
<b>I.02296</b>	Helenenstraße Investition	917	7	555	355
Grundinstandsetzung der Helenenstraße im Ortsbezirk Wiesbaden Westend/Bleichstraße. Die Ausführung erfolgt zusammen mit Kanalarbeiten der Entsorgungsbetriebe der LHW <sup>32</sup> . Baubeginn war im April 2016. Die Maßnahme wurde im Juni 2017 baulich abgeschlossen und wird jetzt abgerechnet					

<sup>31</sup> = Ausgaben bis 2014 + Istausgaben 2015 + Noch verfügbar / Rest 2015 + Haushaltsansatz 2016 (gem. Satzung).



## Jahresabschluss 2016

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme <sup>33</sup>	Ausgaben bis 2015	Istausgaben 2016	Noch verfügbar / Rest 2016
<b>I.03760</b>	Straßenbeleuchtung, Energiesparlampen Investition	2.987	2.077	96	814
<p>Die LH Wiesbaden betreibt insgesamt etwa 25.250 Leuchten im gesamten Stadtgebiet, davon sind noch 6.740 HQL-Leuchten (Quecksilberdampfleuchten). Der Austausch durch Natriumdampf – und LED-Leuchten (in Anwohnerstraßen) bedeutet eine Energieeinsparung von ca. 1.100.000 kWh, was einer monetären Einsparung von etwa 170.000 € pro Jahr entspricht. Die Emissionseinsparung beträgt ca. 720.000 kg/CO2 pro Jahr. Damit handelt es sich um eine hoch rentierliche Maßnahme, die den steigenden Energiekosten wirksam gegensteuert. Die Beauftragung erfolgt Zug um Zug entsprechend der Förderzusagen des ESWE Innovations- und Klimaschutzfonds. Ausstehend sind in Wiesbaden noch LOS 11 und AKK.</p>					
<b>I.03977</b>	Susannastraße Investition	1.635	3	25	1.607
<p>Verkehrsgerechter und tragfähiger Ausbau der L 3039 (Susannastraße) in Wiesbaden-Igstadt zwischen dem Ortseingang aus Richtung Bierstadt und der Einmündung Hinterbergstraße. Die Maßnahme wird vom Land Hessen gefördert. Baurecht wurde geschaffen, der Förderbescheid liegt vor. Baubeginn war im März 2017, Bauende ist geplant für Dezember 2017</p>					
<b>I.04392</b>	Neugestaltung Platz RMCC/Museum Investition	2.945	0	43	2.902
<p>Mit dem Neubau des RheinMain CongressCenters und der Sanierung der Kolonnaden und der Treppenanlage des Landesmuseums soll der Abschnitt der Friedrich-Ebert-Allee zukünftig aufgewertet werden. Hierzu wurde aufbauend auf den Ergebnissen eines städtebaulichen Wettbewerbs eine Ausführungsplanung gefertigt. Dabei sollen die Flächen für den motorisierten Verkehr deutlich reduziert werden, bei gleichzeitiger Schaffung von Flächen für den Radverkehr sowie einer Ausweitung von Flächen für Fußgänger. Ziel der Planung ist es, den inneren Stadteingang als Übergang in die historische Stadt aufzuwerten und gleichzeitig dem RheinMain CongressCenter und dem Landesmuseum einen attraktiven Vorbereich zu geben. Baubeginn war am 08.02.2017, voraussichtliches Bauende ist November 2017.</p>					
<b>I.04650</b>	Äppelallee Radverkehrsanlagen Investition	1.430	0	0	1.430
<p>Es ist vorgesehen, Radverkehrsanlagen in der Äppelallee einzurichten. Die Maßnahme in der Äppelallee stellt gemäß Radverkehrskonzept einen Lückenschluss mit großer Verbindungsbedeutung für den Radverkehr dar. Ziel ist es, den Radverkehr im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden zu fördern. Im Zuge der Maßnahme wird die Äppelallee auch für die Nutzer des ÖPNV und für Fußgänger sowie für Personen mit eingeschränkter Mobilität optimiert. Es bleibt gleichzeitig die Leistungsfähigkeit des Kraftfahrzeugverkehrs erhalten. Geplanter Baubeginn: Spätsommer 2017, voraussichtliches Bauende 2018. Die Maßnahme wurde im Dezember 2016 von den Gremien beschlossen; der Förderantrag wurde in 2016 gestellt.</p>					
<b>I.04652</b>	Friedrich-Ebert-Allee Radverkehrsanlagen Investition	200	0	0	200
<p>In Ergänzung zu der Umgestaltung der Fläche zwischen dem RMCC und dem Museum sollen die Radverkehrsanlagen entlang der Friedrich-Ebert-Allee und der Lessingstraße fortgeführt werden. Es sind Schutzstreifen geplant. Ziel ist es, den Radverkehr im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden zu fördern. Der Baubeginn erfolgt nach Fertigstellung der Umbaumaßnahme Vorplatz RMCC. Die Sitzungsvorlage wurde 2016 erstellt und in den Geschäftsgang gegeben.</p>					

<sup>33</sup> = Ausgaben bis 2015 + Istausgaben 2016 + Noch verfügbar / Rest 2016 + Haushaltsansatz 2016 (gem. Satzung).

## Jahresabschluss 2016

### 2.6.5 Dezernat V

Das Dezernat V umfasst das Amt für Zuwanderung und Integration (33), das Schulamt (40) und das Kulturamt (41).

#### Handlungsfelder / Ziele

Die wichtigsten Handlungsfelder des Dezernates gliedern sich wie folgt:

- Fortsetzung des „Wiesbadener Weges“ im Bereich der Integration,
- Bewältigung der erhöhten Fallzahlen aus der Aufnahme von Flüchtlingen,
- Sicherstellung eines geordneten Schulbetriebes, d. h. ausreichende Energiekosten, ausreichende Mittel für Instandhaltung und Sicherheit der Schulen und ausreichende Personalausstattung in den Schulen und der Kernverwaltung,
- Ausbau der Schulkinderbetreuung,
- Sanierung der Schulgebäude,
- Bereitstellung von ausreichendem Schulraum für die vorhandenen und die zukünftigen Bedarfe (neue Siedlungsgebiete, Zuzüge, Flüchtlinge etc.),
- Sicherstellung des kulturellen Angebotes und der kulturellen Vielfalt in Wiesbaden,
- Start in den Kulturentwicklungsplan
- Start des Stadtmuseums am Markt „SAM“
- Weiterentwicklung der Inklusion.

#### Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2016

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2015	Fortgeschriebener Plan 2016	Ergebnis 2016
10 Summe der ordentlichen Erträge	-17.052	-10.606	-12.748
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	104.795	101.168	109.090
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>87.743</b>	<b>90.562</b>	<b>96.342</b>
21 Finanzerträge	0	0	0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6	0	0
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>6</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>24 Ordentliches Ergebnis</b>	<b>87.748</b>	<b>90.562</b>	<b>96.342</b>
25 Außerordentliche Erträge	-1.678	0	-2
26 Außerordentliche Aufwendungen	175	0	1.758
<b>27 Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-1.503</b>	<b>0</b>	<b>1.756</b>
<b>28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>86.246</b>	<b>90.562</b>	<b>98.098</b>
31 Ergebnis aus internen Leistungen	6.941	5.209	6.374
<b>32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>93.187</b>	<b>95.770</b>	<b>104.472</b>

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 09.05.2017)

#### Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Die positive Entwicklung im Bereich der ordentlichen Erträge (+ 2.142 Tsd. €) resultiert hauptsächlich aus höheren Zuweisungen des Landes

## Jahresabschluss 2016

### Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Neben den Abweichungen, die sich aus den Verlustvorträgen des Jahresabschlusses 2015 ergeben, sind die Aufwendungen in folgenden Bereichen des Schulamtes höher ausgefallen:

- die Personal- und Versorgungsaufwendungen sind um 703 Tsd. € angestiegen
- um 6.427 Tsd. € sind die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gestiegen, hierunter fallen unter anderem die Mieten für Container und Schulgebäude, aber auch Instandhaltungsaufwendungen.

### Abweichungen beim außerordentlichen Ergebnis

Im Haushaltsjahr 2016 konnten im Vergleich zum Haushaltsjahr 2015 keine außerordentlichen Erträge durch Grundstücksverkäufe erzielt werden.

Alte Schulgebäude wurden abgerissen und durch Neubauten ersetzt, wodurch außerordentliche Abschreibungen des Anlagevermögens nötig wurden.

### Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats V (in Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme <sup>34</sup>	Ausgaben bis 2015	Istausgaben 2016	Noch verfügbar / Rest 2016
I.03440	Fliedner-Schule Ausbau Vollgymnasium	17.613	925	4.162	12.526
<i>geplante Fertigstellung 2018.</i>					
I.00252	Albert-Schweitzer-Schule	15.804	354	435	15.015
<i>geplante Fertigstellung Ende 2019</i>					
I.04226	Brückenschule Sanierung	4.945	4.006	164	775
<i>geplante Fertigstellung des Bauabschnittes 2017</i>					
I.04357	Neue Innenstadtgrundschule	6.450	0	211	6.239
<i>Geplante Fertigstellung 2019</i>					

<sup>34</sup> = Ausgaben bis 2014 + Istausgaben 2015 + Noch verfügbar / Rest 2015 + Haushaltsansatz 2016 (gem. Satzung).

## Jahresabschluss 2016

### 2.6.6 Dezernat VI

Kämmerei (20), Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz (39), Gesundheitsamt (53)

#### Handlungsfelder

Die **Kämmerei** ist Dienstleister für Entscheider in Gremien, Ämtern und Beteiligungen bei der Erfüllung der Aufgaben im kommunalen Unternehmensverbund „LH Wiesbaden“. Zu den Schwerpunkten der Kämmerei zählen die Aufstellung des städtischen Haushalts, sowie des Jahres- und Gesamtabschlusses. Darüber hinaus fallen das zentrale Finanzcontrolling und das Beteiligungsmanagement in die Zuständigkeit der Kämmerei. Daneben sind das IT-Management und der Betrieb des SAP-Kompetenzzentrums als Fachabteilung für Informationsmanagement und IT-Service (SAP) mit den Projekten E-Akte und WinKoSi/PIWi angegliedert.

Neben Lebensmittelüberwachung und Verbraucherschutz, Tierseuchen- und Fleischhygiene gehört auch der Tierschutz in den Zuständigkeitsbereich des **Amtes für Veterinärwesen und Verbraucherschutz**.

Das **Gesundheitsamt** nimmt die Aufgaben nach dem hessischen Gesetz über den Gesundheitsdienst wahr. Das beinhaltet die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, die Prävention und Gesundheitsförderung – insbesondere im schulärztlichen Bereich –, die hygienische Überwachung von Einrichtungen und die Überwachung der Hausanschlüsse und Aufbereitungsanlagen für Warmwasser nach der Trinkwasserverordnung. Zu den Pflichten gehörte ebenfalls das Durchführen öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen, wie u. a. die „Hessischen Gesundheitstage“, die „Patiententage Wiesbaden“ und die Reihe „Verständliche Medizin“ im Rathaus.

#### Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2016? Inwieweit wurden diese Ziele erreicht?

Oberstes Ziel der Kämmerei ist, für das Einhalten des Haushaltsplans zu sorgen. Dieses Ziel wurde vollständig erreicht. Das Haushaltsjahr 2016 schloss mit einem Überschuss ab.

#### Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2016

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2015	Fortgeschriebener Plan 2016	Ergebnis 2016
10 Summe der ordentlichen Erträge	-18.575	-17.735	-18.345
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	29.072	28.579	27.822
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>10.497</b>	<b>10.844</b>	<b>9.476</b>
21 Finanzerträge	-3.941	-3.651	-3.558
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	0	0
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>-3.939</b>	<b>-3.651</b>	<b>-3.558</b>
<b>24 Ordentliches Ergebnis</b>	<b>6.558</b>	<b>7.193</b>	<b>5.919</b>
25 Außerordentliche Erträge	-39	0	-350
26 Außerordentliche Aufwendungen	3.712	0	7.507
<b>27 Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>3.673</b>	<b>0</b>	<b>7.156</b>
<b>28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>10.231</b>	<b>7.193</b>	<b>13.075</b>
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-1.477	-25	-4.901
<b>32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>8.754</b>	<b>7.168</b>	<b>8.174</b>

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 09.05.2017)

#### Ordentliches Ergebnis

Nennenswerte Abweichungen sind nicht festzustellen.

## Jahresabschluss 2016

### Finanzergebnis

Die Abweichung beim Finanzergebnis lässt sich auf die Finanzerträge in Bezug auf Beteiligungen und Nachlässe zurückführen.

### Außerordentliches Ergebnis

Die Abweichung des außerordentlichen Ergebnisses ist begründet durch die phasengleiche Abwertung bzw. Aufwertung der Eigenbetriebe Mattiaqua und TriWiCon im Rahmen der Anwendung der Eigenkapitalspiegelbildmethode.

### Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats VI (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme <sup>35</sup>	Ausgaben bis 2015	Istausgaben 2016	Noch verfügbar / Rest 2016 <sup>36</sup>
I.03333	20 IT-M Produktivgang eAkten	3.810	2.687	473	650
Diese Restmittel sind insbesondere notwendig, um die beschlossenen Maßnahmen auf Basis der getroffenen Beschlüsse der politischen Gremien zum Ausbau der eAkten fortzusetzen bzw. umzusetzen, sowie bestehende vertragliche Verpflichtungen erfüllen zu können.					
I.03935	20 PIWi investive Beschaffungen	750	2	26	434
WinKoSi/PIWi werden derzeit u. a. auf ein aktuelles technisches Niveau gehoben. Die Restmittel sind insbesondere notwendig, um die beschlossenen Maßnahmen auf Basis der getroffenen Beschlüsse der politischen Gremien zum Ausbau des Ratsinformationssystems umzusetzen, sowie bestehende vertragliche Verpflichtungen erfüllen zu können.					

### Ausblick auf das Haushaltsjahr 2017

Es wird angestrebt einen ausgeglichenen und genehmigungsfähigen Haushaltsplanentwurf für 2018/19 zu erstellen.

<sup>35</sup> Die Darstellung der Gesamtmaßnahme bezieht sich auf die lt. Budget verfügbaren Mittel, evtl. weitergehende Beschlussfassungen bleiben hier unberücksichtigt.

= Ausgaben bis 2014 + Istausgaben 2015 + Noch verfügbar / Rest 2015 + Haushaltsansatz 2016 (gem. Satzung).

<sup>36</sup> Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Restmittel 2014. Ansätze im den Folgejahren sind nicht berücksichtigt.

## Jahresabschluss 2016

### 2.6.7 Dezernat VII

Kassen- und Steueramt (21), Ordnungsamt (31), Bürgeramt (34), Grünflächenamt (67)

#### Umorganisationen im Jahr 2016

Mit der Organisationsverfügung vom 9. Mai 2016 wurden folgende Änderungen vorgenommen:

##### *Im Bereich des Kassen- und Steueramtes:*

- Im Sachgebiet Steuerveranlagung wurde eine dritte Arbeitsgruppe (Zweitwohnungssteuer) geschaffen;
- Innerhalb der Steuerabteilung wurden zwei neue Sachgebiete eingerichtet (Gewerbesteuermitwirkung und Interne Steuerberatung/Spenden);
- Bezeichnungen von Organisationseinheiten wurden aktualisiert;
- Die Stabsabteilung Service und Forderungsmanagement wurde in eine reguläre Abteilung umgewandelt und dabei in zwei Sachgebiete unterteilt;
- Innerhalb der Abteilung Zentrale Finanzbuchhaltung wurden Planstellen und Mitarbeiter/innen neu zugeordnet.

##### *Im Bereich des Ordnungsamtes:*

- Fusionierung der zentralen Dienste des Ordnungsamtes und des Bürgeramtes;
- Zusammenlegung der Abteilungen Öffentliche Sicherheit/ Ordnung und Stadtpolizei;
- Herauslösen des Bereichs der Verkehrsüberwachung aus der Stadtpolizei als eigene Abteilung im Ordnungsamt;
- Ende 2016 wurde damit begonnen, aus den Abteilungen Straßenverkehrsbehörde und Verkehrsüberwachung ein Amt zu bilden.

##### *34 Bürgeramt*

- Die zentralen Dienste des Ordnungsamtes und des Bürgeramtes wurden zusammen gelegt;
- Verlagerung der Ordnungsbehörde f. d. Leichenwesen in eine andere Abteilung des Ordnungsamtes;
- Fahrerlaubnis- und Zulassungsbehörde wurde an das Ordnungsamt abgegeben.

##### *67 Grünflächenamt*

- Die Endphase des Projektes "Optimierung Grünflächenmanagement" wurde durchgeführt und schloss mit einer Organisationsverfügung zum 24. März 2017 und der Neugründung der Friedhofsabteilung 6704 ab.

#### Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder in 2016

##### *Kassen- und Steueramt*

Zu den wichtigsten Vorhaben des Jahresarbeitsprogramms mit Bezug auf den Jahresabschluss zählten:

- die Begleitung der Betriebsprüfung der LHW,
- die Einführung der Zweitwohnungssteuer,
- die Umsetzung der Steuererhöhungen bei der Gewerbesteuer, der Grundsteuer und der Hundesteuer, die sich aus dem Beschluss der Haushaltssatzung 2016/2017 ergeben,
- vorbereitende Arbeiten zur Einstellung auf das neue Umsatzsteuerrecht in Bezug auf die Besteuerung der Stadt (Information der Fachbereiche, Sachverhaltsabfragen),
- die Inventur des Infrastrukturvermögens.

## Jahresabschluss 2016

### Ordnungsamt

- Es konnte eine Anschlussdienstvereinbarung für das Schichtmodell 365/24 geschlossen werden.
- Die Leitstelle des Ordnungsamtes konnte ebenfalls im 365/24 Schichtmodell besetzt werden.
- Für den Umzug der Stadtpolizei in ein Innenstadttrevier fand sich mit der Mauritiusgalerie ein geeignetes Objekt.

### Bürgeramt

- Es erfolgten weitere Umsetzungsschritte zum E-Government in den Bereichen: digitale Behördenkommunikation, Postversand, elektronische Sammelakte, erleichterte Nach Erfassung, „Fax2Mail2Fax“, Versenden digitaler Register-Information statt Dokumentenversand; online-Bezahlungsfunktion im Bürgerservice-Portal.

### Grünflächenamt

- In der Abteilung Grünflächen und Friedhofswesen lag der Handlungsschwerpunkt in 2016 unter anderem auf der Neugestaltung des Viktoriaplatzes, der Vorbereitung des zweiten Bauabschnitts des Kulturparks und der Sanierung der Toranlage im Eingangsbereich des Südfriedhofs.
- Das Grünflächeninformationssystem (GRIS) wurde eingeführt.

### Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2016

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2015	Fortgeschriebener Plan 2016	Ergebnis 2016
10 Summe der ordentlichen Erträge	-24.540	-24.706	-25.954
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	64.633	64.781	66.883
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>40.093</b>	<b>40.074</b>	<b>40.928</b>
21 Finanzerträge	-2.450	-3.143	-1.875
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	3
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>-2.449</b>	<b>-3.143</b>	<b>-1.872</b>
<b>24 Ordentliches Ergebnis</b>	<b>37.644</b>	<b>36.932</b>	<b>39.057</b>
25 Außerordentliche Erträge	-1.583	-1	-78
26 Außerordentliche Aufwendungen	1.654	7	32
<b>27 Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>71</b>	<b>7</b>	<b>-46</b>
<b>28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>37.715</b>	<b>36.938</b>	<b>39.010</b>
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-2.021	-368	-2.875
<b>32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>35.694</b>	<b>36.570</b>	<b>36.135</b>

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 09.05.2017)

### Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Im Bereich der ordentlichen Erträge konnten Mehrerträge in Höhe von 1.248 Tsd. € erwirtschaftet werden. Diese resultieren aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten des Bürgeramtes (Zulassungsstelle) in Höhe von 1.210 Tsd. €. Teile der Mehrerträge korrelieren mit entsprechenden Mehraufwendungen durch Zuwächse im Großkundengeschäft. Um 260 Tsd. € fielen Kostenerstattungen (insbesondere des Landes Hessen) an das Ordnungsamt aus. 190 Tsd. € konnte das Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten an Mehrerlösen gegenüber dem Plan durch den Holzverkauf erzielen. 630 Tsd. € weniger Erträge konnten beim Kassen- und Steueramt durch Auflösung von Wertberichtigungen/Niederschlagungen erwirtschaftet werden. Diese Werte schwanken bedingt durch die in einzelnen Jahren unterschiedlich hohen Abschreibungen und Niederschlagungen auf Forderungen stark.

## Jahresabschluss 2016

---

### **Abweichungen beim ordentlichen Aufwand**

Der Ordentliche Aufwand wurde um 2.102 Tsd. € gegenüber dem fortgeschriebenen Plan überschritten. Hierunter fallen u. a. 865 Tsd. € Mehraufwendungen für die Inanspruchnahme von Diensten im Zusammenhang mit dem Großkundengeschäft in der Zulassungsstelle, 670 Tsd. € Mehraufwendungen für Personal, 227 Tsd. € höhere Abschreibungen und Niederschlagungen auf Forderungen im Bereich des Kassen- und Steueramtes und 121 Tsd. € zusätzlich für die Mehrausstattung WIVERTIS<sup>37</sup>.

### **Abweichungen beim Finanzergebnis**

Im Finanzergebnis wurden 1.271 Tsd. € geringere Erträge aufgrund geringerer Säumniszuschläge und Aussetzungszinsen Gewerbesteuer beim Kassen- und Steueramt verzeichnet. Betrachtet man die Abweichung der Säumniszuschläge gegenüber dem Ergebnis des Vorjahres, ist eine Steigerung um 200 Tsd. € festzustellen.

### **Abweichungen beim außerordentlichen Ergebnis**

Der Überschuss im außerordentlichen Ergebnis (+53 Tsd. €) hat seinen Grund hauptsächlich in Erträgen aus der Veräußerung von beweglichen Sachen des Anlagevermögens (+73 Tsd. €).

Insgesamt ist ein Überschreiten der fortgeschriebenen Planwerte um 2.072 Tsd. € im Ergebnis vor direkter Leistungsverrechnung festzustellen.

---

<sup>37</sup> Aufwand für zusätzliche IT-Ausstattung die, aufgrund fachbereichsbezogener Anforderungen, außerhalb des Standards des Dienstleistungsvertrages mit dem städtischen IT-Dienstleister WIVERTIS zu verrechnen ist.



**Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats VII (Tsd. €)**

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme <sup>38</sup>	Ausgaben bis 2015	Istausgaben 2016	Noch verfügbar / Rest 2016
I.00525	67 Friedhöfe Instandhaltung	2.114	1.462	268	384
I.03264	67 Neukonzeption Kulturpark	1.892	1.161	262	469
I.03731	67 Beschaffung Datenbanksystem	256	0	233	23
I.04217	67 KSP-Progr. AKK Victoriaplatz Kostheim	260	8	185	67
I.02953	67 Sanierung Wasserleitung/Wege Nordfriedhof	942	634	176	133
I.00249	67 KFZ Beschaffungen Grünflächen	1.887	1.343	175	369
I.03683	67 Fasanerie EK Fuchs-Dachs-Anlage	590	343	142	105
I.03472	67 G Quartiersplatz Platz der deutschen Einheit	1.500	1.359	141	0
I.00517	67 KSP WI Instandhaltung	531	291	124	115
I.00375	67 Beschaffung für Friedhöfe	2.203	1.790	128	285

<sup>38</sup> = Ausgaben bis 2014 + Istausgaben 2015 + Noch verfügbar / Rest 2015 + Haushaltsansatz 2016 (gem. Satzung).

## Jahresabschluss 2016

### 2.6.8 Allgemeine Finanzwirtschaft

Die im Bereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ausgewiesenen Mittel werden außerhalb der Dezernatsbudgets zentral durch die Kämmerei als fiktives Dezernat bewirtschaftet. In diesem Bereich werden hauptsächlich die allgemeinen Deckungsmittel wie Steuern und Zuweisungen sowie Zinserträge und -aufwendungen für die gesamte LHW verwaltet.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2015	Fortgeschriebener Plan 2016	Ergebnis 2016
10 Summe der ordentlichen Erträge	-712.638	-758.536	-820.947
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	146.360	168.964	170.196
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>-566.277</b>	<b>-589.572</b>	<b>-650.751</b>
21 Finanzerträge	-35.433	-23.794	-24.349
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18.773	19.411	16.690
<b>23 Finanzergebnis</b>	<b>-16.660</b>	<b>-4.383</b>	<b>-7.658</b>
<b>24 Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-582.937</b>	<b>-593.955</b>	<b>-658.410</b>
25 Außerordentliche Erträge	-19	0	0
26 Außerordentliche Aufwendungen	406	0	0
<b>27 Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>387</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>-582.550</b>	<b>-593.955</b>	<b>-658.410</b>
31 Ergebnis aus internen Leistungen	0		0
<b>32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung</b>	<b>-582.550</b>	<b>-593.955</b>	<b>-658.410</b>

Fortgeschriebener Plan = üpl/ apl/ Sperre (Stand 09.05.2017)

Insgesamt wurde der fortgeschriebene Planwert im ordentlichen Ergebnis um 64.455 Tsd. € überschritten.

Höhere ordentliche Erträge (+ 62.411 Tsd. €) begründen sich mehrheitlich durch gestiegene Steuererträge (+ 35.121 Tsd. €, davon + 45.088 Tsd. € bei der Gewerbesteuer) sowie höheren Schlüsselzuweisungen (+ 3.666 Tsd. €) und sonstige ordentliche Erträge (+ 22.594 Tsd. €, davon Auflösung von Rückstellungen + 1.269 Tsd. €, Auflösung von Wertberichtigungen 14.259 Tsd. € und Auflösung von Niederschlagungen 7.992 Tsd. €).

Geringere ordentliche Aufwendungen (- 1.232 Tsd. €) sorgten ebenfalls für eine geringe Verbesserung des Teilergebnisses gegenüber dem fortgeschriebenen Plan. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung sank gegenüber dem Planwert um 3.494 Tsd. €. Die Abschreibungen auf Forderungen lagen unter dem Plan-Wert (- 5.363 Tsd. €) und liegen um 9.237 Tsd. € unter dem Vorjahreswert (Ist). Eine höhere Gewerbesteuerumlage (+8.736 Tsd. €) führte bei den Steueraufwendungen und Aufwendungen aus gesetzlichen Umlagen zu einer Überschreitung in Höhe von 7.618 Tsd. €.

## Jahresabschluss 2016

### 2.7 Entwicklung der Finanzlage

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Ansatz des Haushaltsjahres 2016	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016
	in Tsd. €		
Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	25.549	37.126	118.968
Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-37.179	-26.346	-26.702
Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-11.750	12.054	-13.702
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf d. Haushaltsjahres	-18.380	22.834	85.864
Zahlungsmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	142.190	21.010	123.810
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	123.810	43.844	209.674

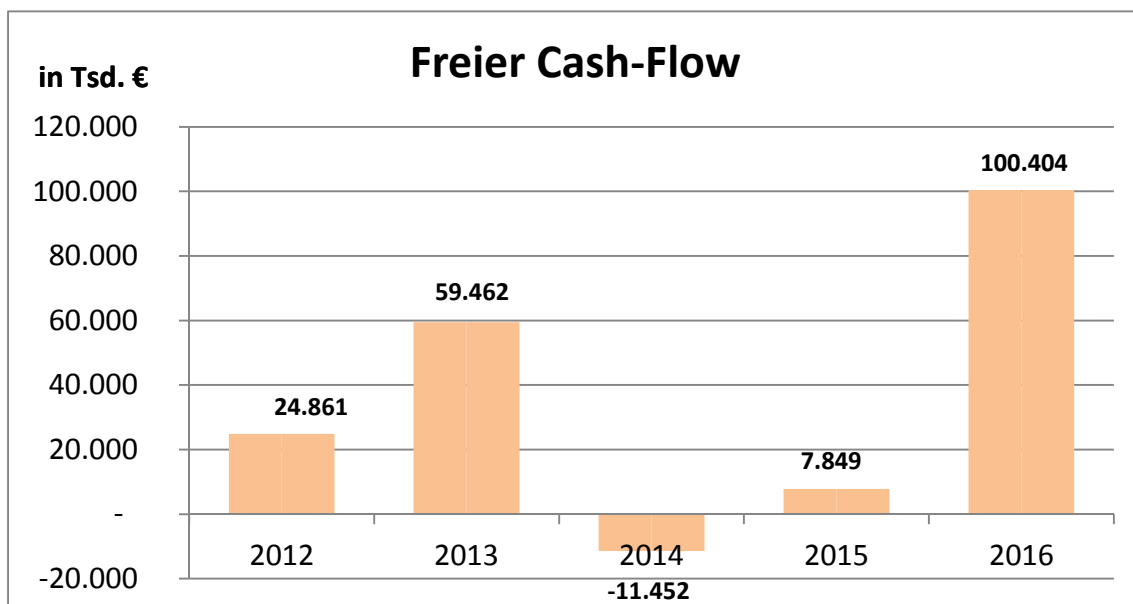
Ausführungen hierzu sind dem Kapitel 3.4 „Erläuterungen zur Finanzrechnung“ zu entnehmen.

Die Finanzierungsfähigkeit und -tätigkeit, in der Abhängigkeit von Steuern und Zuweisungen, werden durch die folgenden Kennzahlen anschaulich:

## Jahresabschluss 2016

### Selbstfinanzierungsgrad / Freier Cash-Flow<sup>39</sup>

Die Kennzahl zeigt die Finanzierungskraft aus dem Zahlungsmittelfluss aus allgemeiner Verwaltungstätigkeit, die nach Abzug der ordentlichen Tilgung, bereinigt um die Tilgung aus Umschuldungen und die Tilgung der Landesanteile des Sonderkonjunkturprogramms zur Innenfinanzierung zur Verfügung steht.

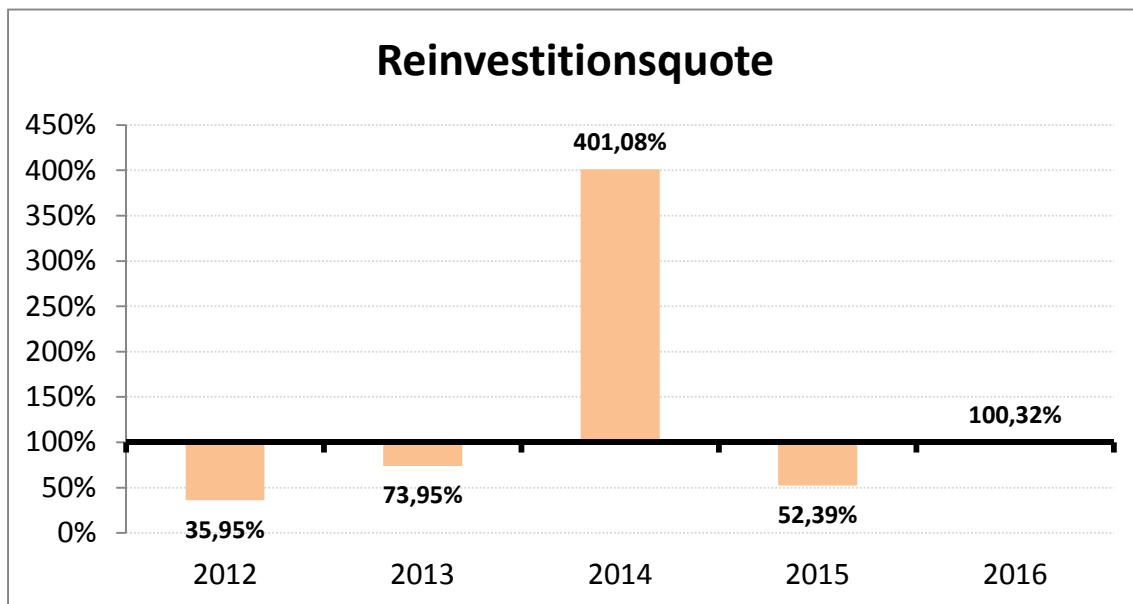


Aufgrund des Zahlungsmittelbestandes konnten auch in Jahren mit negativer Kennzahl Investitionen aus der Liquidität getätigt werden. Durch die hohen Steuererträge entstanden in den Jahren 2012 und 2013 positive Werte. Im Haushaltsjahr 2014 setzte der Trend aus. Dagegen konnte in den Haushalten 2015 und 2016 eine Verbesserung erzielt werden. Die LHW verfügt zum Stichtag 31.12.2016 über einen Liquiditätsbestand von 209.674 Tsd. €. Bis auf wenige aufgenommene Landesdarlehen in Höhe von 4.712 Tsd. € erfolgte die Finanzierung der Investitionen aus dem Liquiditätsbestand.

<sup>39</sup> Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit - ordentliche Tilgung (=Tilgung-Tilgung aus Umschuldung) + Korrektur für die Tilgung der Landesanteile des Sonderkonjunkturprogramms.

# Jahresabschluss 2016

## Reinvestitionsquote



Eine Reinvestitionsquote unter 100 % bedeutet, dass die Nettoinvestitionen auf Sachanlagen unter den entsprechenden Abschreibungen liegen. Verfestigt sich hierin ein Trend, ist ein schleichender Vermögensverzehr die Folge. Im Jahr 2016 liegt der Wert bei 100,32 % der Abschreibungen auf Sachanlagen. Über die vergangenen fünf Jahre betrachtet, liegt der Mittelwert bei 133 %. Dies ist jedoch einem Sondereffekt geschuldet. Im Jahr 2014 wurde die kombinierte Sporthalle mit Geschäftshaus am Platz der Deutschen Einheit in Betrieb genommen (ca. 50.000 Tsd. €). Tendenziell, d.h. ohne die Beachtung der Sondereffekte, liegen die Investitionen in Sachanlagen unter dem Wert der Abschreibungen.

Die Kennzahl ist beeinflusst durch größere Anlagenzugänge und -abgänge. Die nachfolgende Tabelle zeigt die größeren Abgänge. Weitere Aussagen hierzu, sind dem Kapitel 3.1.2 Sachanlagevermögen zu entnehmen.

Jahr	Beträge in Tsd. €	Vorgang (Abgänge)
2012	2.536	Grundstücke Berta-Kramer-Ring, Murnaustraße, Kastel, Hasengartenstraße 8-10
2013	3.752	Walkmühle
	808	Grundstück Mainzer Straße 97
	702	Teilfläche Adalbert Stifter Schule
2014	722	Grundstück Dotzheim an HSK-Pflege
	739	Grundstück der Integrativen KT der IFB <sup>40</sup> Welfenstraße 5b
	457	Flächen zum Bau einer Moschee
	224	Flächen zum Bau einer privaten KT
	634	verschiedene Baugrundstücke
2015	323	Grundstück Welfenstraße 5
	1.343	Teilfläche der Comeniuschule
	854	Grundstück Schwalbacher Str. 10 Umbau/Neubau Geschäftshaus
2016	2.607	Flurstücke Hainerberg/Verkauf des Straßennetzes in der US-Siedlung Hainerberg
	1.090	Grundstück Biebrich an ELW für Erweiterung Deponie
2016	805	Grundstück Adolfsberg für Neuentwicklung Kureck
	5.076	Abriss von Schulgebäuden und Bürgerhaus Medenbach

<sup>40</sup> Inklusion durch Förderung und Betreuung e.V.

## Jahresabschluss 2016

### 2.8 Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Entwicklung der Schulden (einschließlich Schuldenstatistik):

in Tsd. €	2013	2014	2015	2016
<b>Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen<sup>41</sup> gem. Schuldenstatistik</b>	<b>347.788*</b>	<b>386.315</b>	<b>373.047</b>	<b>357.464</b>
<b>Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen gem. Vermögensrechnung</b>	<b>347.193</b>	<b>386.046</b>	<b>378.117</b>	<b>370.187</b>
davon Sonderkonjunkturprogramm	51.043	49.101	47.159	45.218
davon Tagesgeld	0	0	5.000	12.300
<b>Schuldendienst gesamt</b>	<b>30.595</b>	<b>49.588</b>	<b>47.820</b>	<b>66.859</b>
davon Zinsen <sup>42</sup>	13.388	13.585	13.676	11.932
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm</i>	<i>1.971</i>	<i>1.899</i>	<i>1.826</i>	<i>1.754</i>
<i>davon Zinsen Tagesgeld</i>	<i>2</i>	<i>12</i>	<i>22</i>	<i>10</i>
davon Tilgung	17.207	36.003	30.354	51.221
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm</i>	<i>1.942</i>	<i>1.942</i>	<i>1.942</i>	<i>1.942</i>

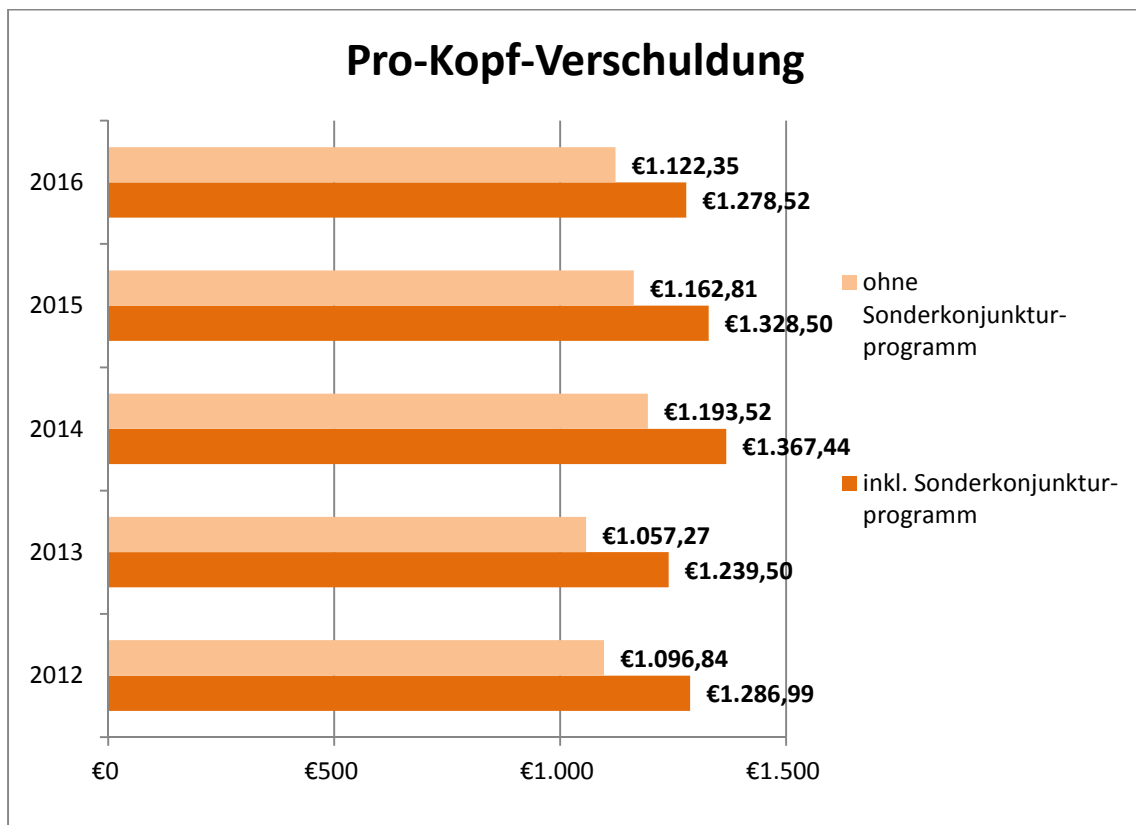
Die Schulden (im Sinne der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen) des Jahres 2016 enthalten auch den Bestand an Schulden für das Sonderkonjunkturprogramm. Gemäß Hessischer Vorgaben sind diese Schulden trotz fremder Tilgungsanteile (Landesprogramm 83,33 %, Bundesprogramm 87,5 %) vollständig bei den Kommunen zu bilanzieren. Im Ergebnis führt dies zu einer Verschlankung der Schuldenstatistiken bei Land und Bund zu Lasten der kommunalen Schuldenstatistik. Als Gegenposition findet sich der Tilgungsanteil des Landes in entsprechender Höhe im Forderungsbestand.

Insgesamt verringerte sich die Summe der Kreditverbindlichkeiten im Vergleich zu 2015 um 7.930 Tsd. €.

Die Kassenkredite in Höhe von 12.300 Tsd. € wurden im Rahmen des Cashpoolings für die Entsorgungsbetriebe, die Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden und mattiaqua aufgenommen. Sie sind nicht dem Kernhaushalt zuzurechnen.

<sup>41</sup> Die Darstellung enthält gegenüber dem an das Land Hessen gemeldeten Schuldenstand jeweils die Verbindlichkeiten aus Anspar- und Sonderbeiträgen für Landesdarlehen des Investitionsfonds B und Tagesgeld (falls aufgenommen), allerdings ab 2013 keine Landesanteile Altlasten.

<sup>42</sup> Die genannten Zinswerte sind der jeweiligen Ergebnisrechnung (d. h. inklusive Abgrenzung) entnommen.



Die Kennzahl drückt die Schulden durch Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen je Einwohner aus. Durch die Aufnahme eines Kredites in Höhe von 50.000 Tsd. € für das Projekt „Platz der deutschen Einheit“ (Sporthalle und Gewerbekomplex) stieg die Kennzahl im Jahr 2014 wieder an. In den Jahren 2015 und 2016 konnte die Verschuldung aufgrund von Tilgungen wieder leicht zurückgeführt werden.

## Jahresabschluss 2016

---

### 2.9 Chancen

#### 1. Demographische Entwicklung

Die LHW zählt nach neueren Analysen<sup>43</sup> zu den Wanderungsgewinnern bis 2035. Da die Bevölkerungszahl zu den Verteilungsfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs zählt, garantiert dies die stetige Teilhabe an den Mitteln zur Kommunalfinanzierung. Während andere Kommunen vor der Frage des Rückbaus von Wohngebäuden und Infrastruktur stehen, zeigt die Prognose für die LHW die Chance auf, eine stetige, wirtschaftlich positive Entwicklung als leistungsstarke Kommune zu nehmen.

#### 2. Neubau des RheinMain CongressCenters

Durch den Neubau des RheinMain CongressCenters (geplante Inbetriebnahme: April 2018) erhält die LHW wieder einen konkurrenzfähigen Messebau an der alten Stelle. Einerseits bieten sich bei guter Auslastung Chancen für die Entwicklung der Gewerbesteuer durch die Umsätze, welche die Messebesucher in Wiesbaden tätigen. Andererseits kann eine positive Geschäftsentwicklung zu einer ebenfalls guten Ergebnisentwicklung und damit zu geringeren Betriebskostenzuschüssen führen.

#### 3. Niedriges Zinsniveau

Das weiterhin niedrige Zinsniveau bewirkt eine beträchtliche Haushaltsentlastung. Die Liquiditätswirkung trägt mit dazu bei, dass die LHW lediglich zum Ausgleich kurzfristiger Liquiditätsschwankungen Tagesgeld/Kassenkredite aufnimmt. Die LHW überwacht stets die Zinsentwicklung und sichert das Zinsniveau z. B. über Forward-Kredite.

#### 4. Liquiditätsüberschüsse

Die erreichten Liquiditätsüberschüsse in Verbindung mit dem genannten niedrigen Zinsniveau bieten die Chance zur Erneuerung des, zumindest teilweise in die Jahre gekommenen Infrastrukturvermögens und die Investition in Zukunftsthemen.

#### 5. Investitionen in Wohnungsbau

Durch die Anziehungskraft des Rhein-Main-Gebietes als Ballungsraum und der hohen Attraktivität Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsort besteht ein hoher Bedarf an Wohnraum. Die LHW und ihre Wohnungsbaugesellschaften arbeiten derzeit an einem ambitionierten Wohnungsbauprogramm (1200 neue Wohnungen pro Jahr, davon 400 gefördert)<sup>44</sup>, damit Wohnen in Wiesbaden auch in Zukunft für breite Bevölkerungsschichten attraktiv und bezahlbar bleibt und sichern somit die Zukunftsfähigkeit Wiesbadens in diesem Sektor. Die LHW unterstützt ihre Wohnungsbauunternehmen hierbei mit zinsgünstigen Darlehen und Zuschüssen.

---

<sup>43</sup> Wiesbadener Stadtanalysen, Vorausberechnung der Wiesbadener Bevölkerung und Haushalte, Wiesbaden, Juni 2017.

<sup>44</sup> Beschluss Nr. 142 der Stadtverordnetenversammlung vom 30.03.2017



# Jahresabschluss 2016

## 2.10 Risiken

Aus der kommunalen Aufgabenwahrnehmung der Stadt erwachsen naturgemäß eine Reihe von Risiken. Als Risikobereiche sind insbesondere zu nennen:

### 1. Steuerentwicklung

Die ordentlichen Erträge belaufen sich im Jahr 2016 auf 1.216.985 Tsd. €. Auf die Position „Steuern und ähnliche Erträge“ entfallen 592.334 Tsd. €. Darin enthalten sind 432.982 Tsd. € aus den Steuerarten Gewerbesteuer und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (483.463 Tsd. €, bereinigt um die Gewerbesteuerumlage in Höhe von 50.481 Tsd. €). Demnach ist das Ertragsaufkommen der LHW wesentlich von der Entwicklung dieser beiden Steuerarten abhängig. Das Risiko der Stadt besteht insbesondere darin, dass diese beiden Steuerarten stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf, bzw. dem Erfolg einzelner großer Unternehmen bestimmt werden.

### 2. Bundes- und Landesgesetzgebung

Finanzielle Risiken können durch die Verlagerung von Aufgaben von Bund und Ländern an die Kommunen erwachsen, aber auch durch Leistungsgesetze, deren Finanzierung zu großen Teilen den Kommunen obliegt. Als Beispiel ist der Ausbau der Kinderbetreuung zu nennen, der grob überschlägig geschätzt, ab der Endausbaustufe Steigerungen in der Ergebnisbelastung von 114.040 Tsd. € /p. a. (Stand der Hochrechnung 07/2017) auf 136.500 Tsd. € /p. a. mit sich bringt. Diese zusätzlichen Belastungen sind durch Steuern, Gebühren oder Einsparungen an anderer Stelle zu erwirtschaften.

Weitere Risiken erwachsen auch aus den Jahressteuergesetzen, die regelmäßig Auswirkungen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer haben.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch die neue Gesetzgebung zur Umsatzsteuer aus § 2b Umsatzsteuergesetz<sup>45</sup>, welche die Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand erheblich ausweitet. Die Auswirkungen auf die LHW sind derzeit noch nicht absehbar.

Die LHW wirkt diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

### 3. Anstieg der Fallzahlen im Bereich Flüchtlinge und Asyl

Die Zahl der betreuten Flüchtlinge und Asylbewerber stieg in 2015 deutlich an. Hierdurch entstehen Risiken für den Haushalt in den Bereichen Zuwanderung und Integration, sowie Grundsicherung und Flüchtlinge durch steigende Kosten für das Personal und die Leistungen an Hilfeempfänger. Während die Pauschale des LAG die Kosten der Erstaufnahme weitgehend deckt, kann nunmehr von einem stärkeren Übergang der Asylbewerber in das SGB II, aufgrund weiterer Anerkennungen, ausgegangen werden. Die Erstattungsquote des SGB II liegt bei ca. 84 %. Die restlichen Mittel (z.B. Teile der Verwaltung, Anteil an den Unterkunftskosten) sind aus dem Haushalt der LHW zu tragen. Hinzu kommen zusätzlich die Familienangehörigen, die als Familiennachzug berechtigt sind, SGB II Leistungen zu beziehen. Auch in diesem Fall wirkt die LHW den Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

<sup>45</sup> Im Folgenden UStG

## Jahresabschluss 2016

---

### 4. Demographische Entwicklung

Die demographische Entwicklung birgt auch Risiken in sich. So geht die neueste Bevölkerungsprognose<sup>46</sup> von einem Anstieg (ca. 56 Tsd. im Jahr 2016, ca. 68 Tsd. im Jahr 2035) der Personen im Rentenalter um 20,9 % bis 2035 aus. Personen im Rentenalter verfügen in der Regel über ein geringeres Einkommen als Erwerbspersonen. Damit sinkt die Einkommensteuer. Zudem steigt das Risiko zusätzlicher Sozialtransfers.

### 5. Günstige Zinsentwicklung / Liquiditätsüberschüsse

Beide Faktoren bieten auch das Risiko, den zusätzlich gewonnenen Spielraum für konsumtive Zwecke zu nutzen. Hiermit gehen in der Regel dauerhafte Steigerungen von Ausgaben einher (z. B. im Falle des Ausbaus von Kinderbetreuungsplätzen ohne die entsprechende ganzheitliche Refinanzierung). Sie führen tendenziell bei sinkenden Einnahmen (insbesondere Steuern) zu einer strukturellen Überschuldung, da einmal eingeführte Leistungen nur schwer abgebaut werden können.

### 6. Beteiligungen

Im Rahmen des Beteiligungscontrollings überwacht das Beteiligungsmanagement die unternehmerische Planung der Gesellschaften. Darüber hinaus stellt das Beteiligungsmanagement sicher, dass die vorgegebenen Kontrollmechanismen beachtet werden. Es koordiniert den Informationsaustausch mit den Unternehmen und ggf. den Fachdezernaten. Das Beteiligungscontrolling dient insbesondere dazu, Budgetabweichungen frühzeitig, u. a. mittels der Quartalsberichterstattung wesentlicher städtischer Gesellschaften, festzustellen und an den Magistrat sowie an die Gremien zu berichten. Im Bedarfsfall werden gleichzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen bei den Geschäftsführungen und Betriebsleitungen eingefordert. Steuerrelevante Informationen über Einzelgesellschaften und Unternehmensbereiche werden von dem Beteiligungsmanagement als Teil des Finanzdezernats generiert. Ziel der Systematisierung ist es, zeitnah zuverlässige Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Risiken der einzelnen Gesellschaften, der Unternehmensbereiche sowie letztendlich des städtischen Beteiligungsportfolios treffen zu können.

Das Beteiligungsmanagement prüft ferner die Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz<sup>47</sup> (nach dem Institut der Wirtschaftsprüfer<sup>48</sup> PS 720). Zu beachten ist dort vor allem der Fragenkreis 4 „Risikofrüherkennungssystem“. Dort sind bereits im Jahr 2015 bei keiner Mehrheitsgesellschaft der LHW Beanstandungen zu diesem Fragenkreis festgestellt worden und auch bei allen vorliegenden Jahresabschlüssen des Jahres 2016 der Mehrheitsgesellschaften der LHW findet der Fragenkreis 4 angemessene Beachtung. Die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften haben in ihren Gesellschaften Maßnahmen ergriffen und Frühwarnsignale definiert, mit denen bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Das Prüfungsfeld im Rahmen der Jahresabschlussprüfung der städtischen Gesellschaften wurde um das EU-Beihilfenrecht erweitert. Die IDW Richtlinie beinhaltet auch das in Kraft getretene Legislativpaket der EU-Kommission (Almunia-Paket). Das Paket verschärft die Definition der Daseinsvorsorge und beeinflusst den neuen Prüfungsstandard des Abschlussprüfers. Dieser beinhaltet die Überprüfung beihilfenrechtlicher Sachverhalte nach Artikel 107

---

<sup>46</sup> Wiesbadener Stadtanalysen, Vorausberechnung der Wiesbadener Bevölkerung und Haushalte, Wiesbaden, Juni 2017

<sup>47</sup> Im Folgenden HGrG.

<sup>48</sup> Im Folgenden IDW.

## Jahresabschluss 2016

des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union<sup>49</sup> insb. zugunsten öffentlicher Unternehmen (IDW EPS 700). Das Beteiligungsmanagement hat sich des Sachverhalts angenommen und ein Projekt zur Verifizierung des Beihilfetatbestandes in den städtischen Beteiligungen initiiert.

Für Kapitalgesellschaften, deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 50 % im Besitz der LHW befindet, hält die LHW Ausfallbürgschaften in Höhe von 588.687 Tsd. €. Dem Risiko des Eintritts wird ebenfalls im Rahmen der oben genannten Maßnahmen des Beteiligungsmanagements entgegengewirkt.

### Feierabendheim Simeonhaus GmbH

Die LHW hat die bisher von der Wiesbaden Stiftung gehaltenen Geschäftsanteile (5,1 %) am Feierabendheim Simeonhaus im Sommer 2016 erworben. Die LHW hält somit 100 % an der Feierabendheim Simeonhaus GmbH.

### Altenhilfe Wiesbaden GmbH<sup>50</sup>

Zur nachhaltigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit hat die Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 01. Oktober 2015 beschlossen, eine tragfähige Perspektive für die Altenpflege in städtischer Trägerschaft unter dem Dach der AHW GmbH zu entwickeln. Auf Basis der aktuellen Ausgangslage sind durch die AHW als Arbeitsgrundlage die vorhandenen und absehbaren Herausforderungen an die kommunalen Altenpflegeeinrichtungen in Wiesbaden zu erarbeiten.

Der Magistrat (Dez. VI/AHW) wurde beauftragt, mittels einer Machbarkeitsstudie die Sanierungsfähigkeit des Moritz-Lang-Hauses (auch in der Variante „bei laufendem Betrieb“) untersuchen zu lassen.

Im Kontext der seitens der Gesellschafterin LHW zum 01.10.2015 beauftragten Machbarkeitsstudie als Alternative zu einem Ersatzneubau wird die dann verbesserte Bausubstanz eine Restnutzungsdauer von 30 Jahren erreichen können. Eine Wertberichtigung der bisherigen Bausubstanz müsste jedoch erfolgen.

Die Gesellschaft hat im Jahresabschluss 2015 eine Wertkorrektur, berechnet auf eine Gesamtnutzungsdauer von 50 Jahren, vorgenommen. Die in diesem Zusammenhang außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 1.591 Tsd. € führte zu einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -1.567 Tsd. €. Für die Finanzanlage wurde unter Anwendung der fortgeführten Eigenkapitalspiegelmethode eine Wertberichtigung in Höhe von 1.221 Tsd. € im Gesamtjahresabschluss 2016 durchgeführt.

### mattiaqua<sup>51</sup>

Der Eigenbetrieb mattiaqua weist einen Fehlbetrag aus, der nicht durch einen Betriebskostenzuschuss ausgeglichen wurde. Aus diesem Grund besteht ein weiterer Korrekturbedarf in Höhe des den Betriebskostenzuschuss übersteigenden Jahresverlustes. Dieser Betrag mindert die Finanzanlagen.

Im Jahresabschluss 2016 wird - unter Anwendung der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode - eine phasengleiche Abwertung i. H. v. 2.392 Tsd. € der Finanzanlage vorgenommen. Zudem musste eine nachträgliche Abwertung in Höhe von 135 Tsd. € vorgenommen

<sup>49</sup> Im Folgenden AEUV.

<sup>50</sup> Im Folgenden AHW

<sup>51</sup> Eigenbetrieb für Quellen, Bäder, Freizeit

## Jahresabschluss 2016

werden, da der tatsächliche Verlust im Jahr 2015 höher war, als die vorgenommene Abwertung, die auf Basis der Hochrechnung erfolgte.

### TriWiCon

Da bei der TriWiCon Verluste eingetreten sind, die nicht durch Betriebskostenzuschüsse ausgeglichen wurden, besteht ein weiterer Korrekturbedarf im Sinne einer Wertminderung der Finanzanlagen.

Es wird im Jahresabschluss 2016 unter Anwendung der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode eine phasengleiche Abwertung i. H. v. 3.755 Tsd. € der Finanzanlage vorgenommen. Die Abwertung stellt außerordentlichen Aufwand dar. Eine nachträgliche Zuschreibung in Höhe von 350 Tsd. € wurde vorgenommen, da der tatsächliche Verlust in 2015 geringer war als die vorgenommene Abwertung, die auf Basis der Hochrechnung erfolgte.

Sollte es nicht gelingen, das Rhein-Main CongressCenter dauerhaft kostendeckend zu betreiben, sind zusätzliche Betriebskostenzuschüsse die Folge, die dem Kernhaushalt Flexibilität nehmen.

### EGW<sup>52</sup> (vormals HSK Rhein-Main GmbH)

Der Schwerpunkt der Gesellschaft liegt in der Profilierung und Stärkung der LHW als Gesundheitsstadt durch Maßnahmen und Projekte sowie der Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Darüber hinaus prüft die EGW, gemäß einem Gremienbeschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden, wie unter Berücksichtigung von steuerlichen und gesellschaftsrechtlichen Aspekten eine Verzahnung der EGW mit der HSK (Dr. Horst-Schmidt-Kliniken) Pflegegesellschaft und Wiesbadener Seniorenzentren sichergestellt werden kann. Die EGW soll dadurch die strategische Steuerung der Gesellschaften in diesem Bereich bündeln und konzentrieren.

### ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

Die Risiken in diesem Sektor wirken sich mittelbar über die Gewinnabführungen der WVV Wiesbaden Holding GmbH aus. So können steigende Energie- und Personalkosten nicht voll über den Fahrpreis erwirtschaftet werden. Die anhaltende Personalfuktuation und eine zeitweise hohe Krankenquote sind ursächlich für einen zusätzlichen Personalbedarf im Fahrdienst. Der umfassende Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagements sowie die erhebliche Förderung bei der Ausbildung neuer Arbeitskräfte sollen dem zusätzlichen Personalbedarf entgegenwirken.

Durch die ganzheitliche Direktvergabe im Jahr 2016 an ESWE Verkehr, ist das Kerngeschäft der Gesellschaft gesichert. Darüber hinaus wird in den folgenden Jahren der emissionsfreie Ausbau des ÖPNV anvisiert und die Grundsteine bzw. Planung für die Einführung der City Bahn in Wiesbaden gelegt. Zurzeit prüft ESWE Verkehr viele Möglichkeiten zur Ausgestaltung des emissionsfreien Nahverkehrs in Wiesbaden.

Die geplante City-Bahn birgt im Betrieb ein Kostendeckungsrisiko, das zumindest zu geringeren Abführungen der WVV-Wiesbaden-Holding GmbH an den Kernhaushalt führen kann. Die Mittel fehlen dann im Kernhaushalt und sind anderweitig zu erwirtschaften oder einzusparen.

### WVV Wiesbaden Holding GmbH

Die WVV umfasst den Bereich Verkehr, Versorgung und Immobilien. Risiken im Bereich Verkehr sind bereits im vorhergehenden Absatz beschrieben. Die ESWE Versorgungs-AG trägt

<sup>52</sup> Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden

## Jahresabschluss 2016

mit ihrem Ergebnis wesentlich zur Quersubventionierung des Verkehrs bei. Im Jahr 2016 weist die Holding ein höheres Ergebnis gegenüber der Planung aus - die Ergebnisse von ESWE Versorgung und ESWE Verkehr fielen deutlich besser aus als erwartet.

Aus der Wirtschaftsplanung der WVV wird ersichtlich, dass künftig sinkende Gewinne der Versorgung, steigenden Verlusten des Verkehrs gegenüber stehen, u. a. aufgrund von diversen Großprojekten. Die Ausschüttungsfähigkeit an die LHW aus dem Periodenergebnis wird in den Folgejahren verringert. Im Immobiliensektor sind vor allem die projektorientierten Gesellschaften SEG<sup>53</sup> und WiBau GmbH mit Risiken behaftet, während die GWW<sup>54</sup> durch den Nachfrageüberhang auf dem Wohnungsmarkt ein solides Ergebnis erwirtschaftet und damit über eine stabile Ertragskraft verfügt.

### Hinweis

Anhaltspunkte für einen über den geschilderten hinausgehenden Abwertungsbedarf von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie des Sondervermögens und der Zweckverbände ergaben sich bis zum Bilanzerstellungszeitpunkt nicht.

## 7. Investition und Instandhaltung

Die LHW verfügt über ein umfangreiches Gebäude- und Infrastrukturvermögen. Hieraus ergeben sich ständig Investitions- und Instandhaltungsrisiken. Soweit diese vorhersehbar sind, werden sie im Rahmen der Haushaltsplanung erfasst und entsprechende Maßnahmen geplant. Die Durchführung der Maßnahmen und die technische Entwicklung der Anlagen unterliegen der dauernden Überwachung durch die Bauämter.

## 8. Allgemeine Organisationsrisiken

Aufgrund der Aufgaben und der Leistungsstruktur der LHW existieren eine Reihe von allgemeinen Organisationsrisiken. Als solche sind beispielsweise zu nennen: Korruption, Veruntreuung, Entscheidung zugunsten unwirtschaftlicher Handlungsalternativen, Vermögens- oder Personenschäden aufgrund fahrlässiger Handlungen, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Vertragsgestaltung, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Leistungserbringung Dritter. Zur Reduzierung dieser Risiken hat die LHW eine Reihe von Maßnahmen ergriffen und das Verwaltungshandeln durch interne Vorschriften geregelt. Hierzu gehören:

- die Schaffung der Stelle eines Korruptionsbeauftragten,
- der Erlass städtischer Vergaberichtlinien,
- der Erlass von Dienstanweisungen,
- die permanente Kontrolle von beauftragten Unternehmen,
- die Vertragskontrolle durch das Rechtsamt.

## 9. Liquiditätsrisiko

Der Finanzmittelbestand am Ende des Jahres betrug 209.674 Tsd. €, ausgehend von 212.925 Tsd. € im Jahr 2008. Mehrere Jahre mit sinkenden Gewerbesteuererträgen verbunden mit gleichbleibenden oder steigenden Ausgaben würden zu einem Liquiditätsrisiko führen, wenn die hinreichende Aufnahme von Liquiditätskrediten, etwa durch eine verhaltene Vergabebereitschaft der kommunalfinanzierenden Banken, erschwert wäre. Solche Tendenzen sind für die LHW derzeit nicht erkennbar

<sup>53</sup> Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden

<sup>54</sup> Wiesbadener Wohnbaugesellschaft

## Jahresabschluss 2016

---

### 10. Zinsrisiken

Aus der Finanzierungstätigkeit einer Kommune heraus erwachsen Zinsrisiken. Zur Reduzierung dieses Risikos hat die Stadtverordnetenversammlung der LHW mit Beschluss Nr. 0071 vom 12.02.2004 die Einführung eines Zinsrisikomanagements beschlossen. Die Kämmerei berichtet den Körperschaften hierüber regelmäßig halbjährlich.

### 11. Betriebsprüfungen

Die LHW wird regelmäßig Betriebsprüfungen durch das Finanzamt Wiesbaden unterzogen. Hierbei bestehen Risiken, wenn die Prüfung das Erfordernis von Steuernachzahlungen ergibt. Soweit bezifferbar, wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

## Jahresabschluss 2016

### 2.11 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2016 sowie Ausblick

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2016 haben sich nicht ergeben.

#### Haushalt

Die Haushaltssatzung 2016/2017 wurde am 17.12.2015 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Von der Aufsichtsbehörde wurde sie am 23.05.2016 mit Hinweisen zur Haushaltsführung genehmigt. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 geht, unter der Berücksichtigung der bekannten Risiken, von einem Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von 10.275 Tsd. € aus.

Die geplante Auszahlungen für Investitionen (immaterielle und Sachanlagen, sowie Finanzanlagen) belaufen sich auf 64.851 Tsd. €. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 31.429 Tsd. € und der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 200.000 Tsd. €<sup>55</sup> festgesetzt.

Die nachfolgende Übersicht stellt die wesentlichen Plangrößen des Haushalts 2017 mit den Plan- und Ist-Zahlen des Haushaltsjahres 2016 gegenüber.

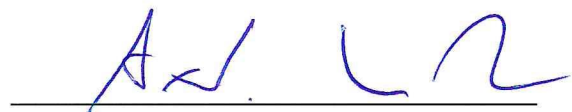
Position / Bezeichnung in Tsd. €	HH Ansatz 2017	Ist 2016	Plan akt. <sup>56</sup> 2016	HH Ansatz 2016
10 ordentliche Erträge	-1.079.247	-1.216.985	-1.084.961	-1.078.873
19 ordentlicher Aufwand	1.118.129	1.171.244	1.092.395	1.098.687
<b>20 Verwaltungsergebnis</b>	<b>20.882</b>	<b>-45.742</b>	<b>7.434</b>	<b>19.814</b>
21 Finanzerträge	-31.311	-29.797	-30.598	-30.598
22 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	20.704	16.790	19.417	19.417
23 Finanzergebnis	-10.607	-13.007	-11.181	-11.181
<b>24 ordentliches Ergebnis</b>	<b>10.275</b>	<b>-58.749</b>	<b>-3.747</b>	<b>8.633</b>
25 außerordentliche Erträge	0	-8.026	-31	0
26 außerordentliche Aufwendungen	0	11.321	9	0
27 außerordentliches Ergebnis	0	3.294	-23	0
<b>28 Jahresergebnis</b>	<b>10.275</b>	<b>-55.454</b>	<b>-3.770</b>	<b>8.633</b>

Das weiterhin günstige wirtschaftliche Umfeld zeigt sich in einer Sollstellung der Gewerbesteuer in Höhe von 315.938 Tsd. € (Datenstand: 07/2017).

Die vorläufige Festsetzung der Schlüsselzuweisungen (24. Januar 2017) für das Jahr 2017 beträgt 194.098 Tsd. €.

Im Endergebnis 2017 prognostiziert die Hochrechnung des Haushaltsmanagementsystems (Datenstand: 30.06.2017) einen Überschuss in Höhe von 26.188 Tsd. €.

Wiesbaden, den 01. März 2018



Imholz

Stadtkämmerer

<sup>55</sup> Das Ministerium des Inneren und für Sport hat mit Genehmigungserlass vom 23. Mai 2016 einen Höchstbetrag der Kassenkredite von 200.000 Tsd. € jährlich genehmigt.

<sup>56</sup> Fortgeschriebener Ansatz ohne übertragene Ermächtigungen (früher: Haushaltsreste/Vorträge).

# Jahresabschluss 2016

## 2.12 Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen

Vermögenslage	Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen}^{57}}{\text{Abschreibungen auf Sachanlagen}} \times 100$
	Pro- Kopf-Verschuldung	$\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen}}{\text{Einwohnerzahl}^{58}}$
Finanzlage	Freier Cash-Flow	Zahlungsmittelsaldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit ./ Auszahlungen a. d. ordentl. Tilgung v. Krediten und Anleihen
Ertrags- und Aufwandslage	Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{(\text{Ordentliche Erträge} + \text{Finanzerträge}) \times 100}{(\text{Ordentliche Aufwendungen} + \text{Finanzaufwendungen})}$
	Steuerquote	$\frac{\text{Erträge aus Steuern} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
	Zuwendungsquote	$\frac{\text{Ertr. a. Zuweisungen und Zusch. f. lfd. Zwecke} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
	Personalaufwandsquote	$\frac{\text{Personalaufwendungen (inkl. Versorgung)} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
	Zinslastquote	$\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

<sup>57</sup> = Zugänge zu AK/HK des Haushaltsjahres (-) (Abgänge zu AK/HK des Haushaltsjahres (+/-) Umbuchungen zu AK/HK des Haushaltsjahres (-) Abschreibungen auf Anlagenabgänge und Umbuchungen).

<sup>58</sup> Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit dem Gesamtabchluss finden ab dem Jahresabschluss 2014 die jeweils veröffentlichten Daten des Amtes für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik Verwendung. Dies gilt auch für die Vergangenheitswerte ab dem Jahr 2010.



## 3 Anhang/Erläuterungen zum Jahresabschluss

Im Anhang zum Jahresabschluss 2016 werden gemäß Ziffer 4 des § 112 HGO die wesentlichen Positionen erläutert mit Übersichten über das Anlagevermögen, die Forderungen und Verbindlichkeiten.

Die Teilergebnisrechnungen der Dezernate werden für die Teilhaushalte Wiesbaden und die Stadtteile Amöneburg, Kastel und Kostheim<sup>59</sup> zusammen erstellt und befinden sich im Tabellenteil ab Kapitel 4.7.

Investitionen und Instandhaltung werden im Kapitel 3.5 erläutert.

Da die Werte in Tsd. € ausgewiesen sind, kann es gegenüber den exakten Werten der jeweiligen Rechnungen zu Rundungsdifferenzen kommen.

### 3.1 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung

Das Anlagevermögen als wertmäßig bedeutsamste Position in der Vermögensrechnung verringerte sich 2016 um 13.453 Tsd. € auf nunmehr 2.328.254 Tsd. €. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 86,3 %.

Seit 2014 werden geringwertige Wirtschaftsgüter<sup>60</sup> (Anschaffungskosten bis 410,00 € netto) nicht mehr im Anlagevermögen ausgewiesen, sondern direkt über Aufwandskonten abgebildet.

#### 3.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände (in Tsd. €)	Stand 31.12.2016	Stand 31.12.2015	Differenz
Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	3.192	3.348	-156
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	71.924	74.273	-2.349
<b>Gesamt</b>	<b>75.115</b>	<b>77.620</b>	<b>-2.505</b>

Die Zugänge setzen sich zusammen aus der Gewährung von Investitionszuschüssen an Dritte (rd. 3.645 Tsd. €) und der Beschaffung von Software / Lizenzen (rd. 846 Tsd. €).

Bei den geleisteten Investitionszuschüssen an Dritte sind unter anderem Investitionszuschüsse an die Katholische Kirchengemeinde Wiesbaden für den Ersatz- und Erweiterungsbau der Kindertagesstätte St. Kilian (rd. 1.733 Tsd. €) und an das Hessische Staatstheater für die Erneuerung der Tonregie (rd. 609 Tsd. €) gezahlt worden.

Bereits abgeschriebene Investitionszuschüsse werden aus dem Anlagevermögen ausgebucht. In 2016 wurden daher die im Jahr 2006 gewährten und zwischenzeitlich abgeschriebenen Investitionszuschüsse ausgebucht, daraus resultieren Anlagenabgänge in Höhe von rd. 5.370 Tsd. € sowie die damit zusammenhängenden Wertberichtigungen.

<sup>59</sup> Im Folgenden AKK.  
<sup>60</sup> Im Folgenden GWG.

## Jahresabschluss 2016

Eine weitere Festlegung bestand darin, auch bereits abgeschriebene Software aus dem Anlagevermögen auszubuchen. In 2016 resultierten daraus Anlagenabgänge in Höhe von rd. 689 Tsd. €.

### 3.1.2 Sachanlagevermögen

Grundstücke (in Tsd. €)	Stand 31.12.2016	Stand 31.12.2015	Differenz
Unbebaute Grundstücke	160.784	156.495	4.288
Bebaute Grundstücke	312.082	314.898	-2.816
<b>Gesamt</b>	<b>472.866</b>	<b>471.394</b>	<b>1.472</b>

Bei den Grundstücken sind öffentliche Grünflächen und Waldflächen nicht enthalten, sie werden unter dem Infrastrukturvermögen ausgewiesen.

2016 hat die LHW unbebaute Grundstücke für die allgemeine Vorratswirtschaft angekauft. Bei den unbebauten Grundstücken erhöht sich der Anlagenbestand beispielsweise durch zwei Grundstücke im Abraham-Lincoln-Park für rd. 2.030 Tsd. € sowie Grundstücke im Hainweg in Nordenstadt für rd. 1.599 Tsd. €.

Verkauft wurde z.B. ein Grundstück für die Erweiterung der Deponie (rd. 1.090 Tsd. €), sowie ein Grundstück am Adolfsberg (rd. 805 Tsd. €) für die Neuentwicklung des Kurecks.

Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken (in Tsd. €)	Stand 31.12.2016	Stand 31.12.2015	Differenz
Schulbauten	295.474	296.499	-1.024
Gebäude der Kinder-, Jugend - und Freizeiteinrichtungen	38.148	39.249	-1.101
Bauten der Alten- u. Betreuungseinrichtungen	3.425	3.514	-90
Bauten der Sporteinrichtungen	16.074	16.654	-580
Kulturgebäude	20.207	21.090	-883
Gebäude des Brand- u. Katastrophenschutzes	10.573	10.786	-213
Friedhofsgebäude	912	891	20
sonstige Betriebsgebäude	5.396	5.657	-260
Gebäude der Verwaltung	13.485	13.779	-294
Wohn- und Mischgebäude	71.197	72.452	-1.255
Andere Bauten	2.994	1.808	1.185
Bauten auf fremden Grundstücken	2.099	2.117	-18
Außenanlagen	12.144	12.691	-547
<b>Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken</b>	<b>492.128</b>	<b>497.188</b>	<b>-5.060</b>

Im Bereich der Schulen wurden unter anderem die Erweiterung und der Umbau der Friedrich-Ludwig-Jahn-Schule (rd. 1.551 Tsd. €) sowie der Anbau der Mehrzweckhalle an der Blücherschule (rd. 4.890 Tsd. €) abgeschlossen.

## Jahresabschluss 2016

Bei den „anderen Bauten“ wurde die Generalsanierung des Kaiser-Wilhelm-Turms (rd. 743 Tsd. €) und der Neubau des Fuchs-Dachs-Geheges in der Fasanerie (rd. 607 Tsd. €) fertiggestellt.

Die Werte setzen sich zusammen aus den Zugängen und den Umbuchungen zu Restbuchwerten.

In einigen Bereichen ergibt sich eine Reduzierung der Buchwerte durch die Abschreibungen des Haushaltsjahres, z.B. bei den Gebäuden der Kinder-, Jugend- und Freizeiteinrichtungen und bei den Wohn- und Mischgebäuden, denen keine oder geringere Investitionen gegenüberstehen.

Der Buchwert der Schulen hat sich u.a. auch durch den Abriss von Schulgebäuden verringert. Abgerissen wurden z.B. einige Gebäude der August-Hermann-Francke-Schule (rd. 1.348 Tsd. €), die Turnhalle der Blücherschule (rd. 792 Tsd. € Anschaffungs- und Herstellkosten<sup>61</sup>), ein Gebäude der Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule (rd. 1.283 Tsd. €), sowie ein Gebäude der Johannes-Maaß-Schule (rd. 708 Tsd. €).

Die Veränderung bei den Kulturgebäuden resultiert u.a. aus dem Abriss des Bürgerhauses in Wiesbaden-Medenbach (rd. 945 Tsd. € AHK).

Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen (in Tsd. €)	Stand 31.12.2016	Stand 31.12.2015	Differenz
Straßen	171.705	179.593	-7.888
Wege, Plätze	23.018	23.343	-325
Ingenieurbauten	61.680	61.637	43
Verkehrslenkungsanlagen	12.500	12.493	7
Denkmäler	3.465	3.508	-42
Öffentliche Grünflächen	45.337	43.389	1.948
Friedhofsanlagen	16.010	15.960	50
Gewässerbauten	7.247	3.000	4.247
Wald	48.043	47.758	285
<b>Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen</b>	<b>389.005</b>	<b>390.680</b>	<b>-1.676</b>

<sup>61</sup> Im Folgenden AHK.

## Jahresabschluss 2016

Beispiele von Investitionsmaßnahmen, die in 2016 im Infrastrukturvermögen erfasst wurden (Werte der AHK gerundet auf Tsd. €), die Werte setzen sich zusammen aus den Zugängen und den Umbuchungen zu Restbuchwerten.

Quartiersplatz (Grünfläche) Platz der Deutschen Einheit	1.500 Tsd. €
Quartiersplatz Naturnahes Gerinne/Wasserlauf	319 Tsd. €
Spülleitung Kesselbach	4.040 Tsd. €
Sonnenberg Neugestaltung Hofgartenplatz und angrenzende Straßen	2.966 Tsd. €
Neubau Glarusstraße 3. Bauabschnitt	1.412 Tsd. €
Neubau von Brücken, Stützwänden, Treppen etc.	1.459 Tsd. €
Verschiedene Fahrbahndeckenerneuerungen	1.050 Tsd. €
Straßenbeleuchtung	471 Tsd. €
Neue Lichtsignalanlagen (LSA)	421 Tsd. €

In einigen Bereichen ergibt sich eine Reduzierung der Buchwerte durch die Abschreibungen des Haushaltsjahres, denen keine oder geringere Investitionen gegenüberstehen.

Weiteres Anlagevermögen (in Tsd. €)	Stand 31.12.2016	Stand 31.12.2015	Differenz
Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	147	147	0
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	71.983	70.950	1.034
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	57.345	52.997	4.348

Die Bilanzposition **Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung** ist mit 147 Tsd. € wertmäßig unbedeutend.

Das Anlagevermögen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung hat sich in 2016 erhöht. Die Werte der AHK, gerundet auf Tsd. €, setzen sich zusammen aus den Zugängen und den Umbuchungen zu Restbuchwerten.

Beispiele in welchen Bereichen sich das Anlagevermögen erhöht hat, sind im Folgenden dargestellt:

Mobiliar/Einbauten	1.461 Tsd. €
Fahrzeugbeschaffungen	1.585 Tsd. €
Büro- und Medientechnik	507 Tsd. €
Kücheneinrichtungen	435 Tsd. €
Melde- und Warnanlagen	515 Tsd. €
Werkzeuge, Arbeits- und Reinigungsgeräte und Pumpen	275 Tsd. €
Werkstatteinrichtungen	258 Tsd. €
Naturwissenschaftliche Fachraumausstattung der Schulen	425 Tsd. €

## Jahresabschluss 2016

Beispiele für Abgangsbuchungen 2016 (Wert der AHK) sind:

Fahrzeugverkäufe	1.088 Tsd. €
Ausbuchen der abgeschriebenen Vermögensgegenstände <sup>62</sup> im GWG-Bereich 2016	65 Tsd. €
Ausbuchen der abgeschriebenen Sammelanlagen*	3.594 Tsd. €

\* Bereits abgeschriebene Sammelanlagen werden aus dem Anlagevermögen ausgebucht. In 2016 wurde u. a. der zur Eröffnungsbilanz erfasste „Sammelwert für das bewegliche Alt- Anlagevermögen“ in Höhe von rd. 3.594 Tsd. € ausgebucht.

Die **Anlagen im Bau** sind mit rd. 57.345 Tsd. € ausgewiesen.

Wesentlicher Bestandteil der Anlagen im Bau sind die Umlegungsverfahren Petersweg-Ost und Oberer Wingertsweg mit zusammen rund 31.745 Tsd. €.

Beispiele für noch nicht abgeschlossene Baumaßnahmen:

Neubau und Umbau der Theodor-Fliedner-Schule	5.093 Tsd. €
Neubau Rudolf-Dietz-Schule	958 Tsd. €
Neubau Albert-Schweitzer-Schule	783 Tsd. €
Neubau Carl-von-Ossietzky-Schule	701 Tsd. €
Erweiterung Peter-Rosegger-Schule	965 Tsd. €
Erweiterung Diesterwegschule	1.498 Tsd. €
Neubau Bürgerhaus Medenbach	2.094 Tsd. €
Neubau Haus der Vereine Dotzheim	3.864 Tsd. €
Neukonzeption Kulturpark Schlachthof	1.421 Tsd. €
Neugestaltung Rheinufer Biebrich	874 Tsd. €
Grundsanierung Helenenstraße	554 Tsd. €

<sup>62</sup> Im Folgenden VG.

## Jahresabschluss 2016

### 3.1.3 Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen

(in Tsd. €)	Stand 31.12.2016	Stand 31.12.2015	Differenz
Anteile an verbundenen Unternehmen und Sondervermögen	440.122	447.275	-7.153
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	65.413	66.649	-1.236
Beteiligungen und Zweckverbände	179	184	-5
Ausleihungen an Unternehmen m. Beteiligungsverhältnis	16.775	17.009	-234
Sonst. Ausleihungen	73.535	75.975*	-2.439
Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640	173.640	0
<b>Gesamt</b>	<b>780.731</b>	<b>780.731</b>	<b>-6.085</b>

\* Im Jahresabschlussbericht 2015 wurden an dieser Stelle 76.381 Tsd. € ausgewiesen. Im Anlagenspiegel 2016 war der Betrag aufgrund einer nachträglichen Korrektur der Eröffnungsbilanz um 406 Tsd. € niedriger.

#### Erläuterungen zu veränderten Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

##### Anteile an verbundenen Unternehmen und Sondervermögen

Dem Gliederungspunkt „Risiken“ sind weitere Einzelheiten zu den verbundenen Unternehmen **mattiaqua + TriWiCon** zu entnehmen.

Weitere Informationen zu **Sonstigen Ausleihungen** entnehmen Sie dem Punkt „Weiteres Finanzanlagevermögen“.

# Jahresabschluss 2016

Der Anteilsbesitz der LHW stellt sich zum 31.12.2016 wie folgt dar:

	Buchwert in EUR 31.12.2016	Beteiligung in%	Buchwert in EUR 31.12.2015
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b>			
<b>Sondervermögen</b>			
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden	100.000		100.000
TriWicon(ehemals Kurbetriebe Landeshauptstadt Wiesbaden, (Eigenbetrieb)	5.323.654		8.728.641
Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden, (Eigenbetrieb)	122.608.358		122.608.358
Mattiaqua	3.216.354		5.743.397
Stiftungskapital (Grundkapital)	1.883.961		1.883.961
<b>Summe Sondervermögen</b>	<b>133.132.327</b>		<b>139.064.357</b>
<b>sonstige Anteile an verbundenen Unternehmen</b>			
WV Wiesbaden Holding GmbH	285.353.126	100	285.353.126
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden (vormals HSK Rhein-Main GmbH, Wiesbaden)	2.000.002	100	2.000.002
Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH, Wiesbaden (abw.Wirtschaftsjahr 01.08.-31.07.)	9.245.471	100	9.245.471
Altenhilfe Wiesbaden GmbH, Wiesbaden	2.354.000	100	3.575.456
Feierabendheim Siemeonhaus GmbH, Wiesbaden	1	100	1
WIM Liegenschaftsfond GmbH & Co.KG	5.467.136	100	5.467.136
Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH	25.000	100	25.000
GeWeGe Gemeinnützige Wohnungs-ges. der Stadt Wiesbaden m.b.H., Wiesbaden	1.775.368	5,1	1.774.984
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, Wiesbaden	195.186	5,13	195.186
SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH, Wiesbaden	556.057	5,1	556.057
Exina GmbH	18.000	67,00	18.000
<b>Summe sonstige verbundene Unternehmen</b>	<b>306.989.347</b>		<b>308.210.419</b>
<b>Summe Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	<b>440.121.674</b>		<b>447.274.776</b>
<b>Beteiligungen</b>			
<b>sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen</b>			
NASPA	173.640.000	31	173.640.000
<b>Summe sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen</b>	<b>173.640.000</b>		<b>173.640.000</b>
<b>Zweckverbände</b>			
Kommunales Gebietsrechenzentrum Wiesbaden	1		1
Abwasserverband Flörsheim	1	38,5	1
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	1		1
Naturpark Rhein-Taunus	1		1
Hessischer Verwaltungsschulverband	1		1
<b>Summe Zweckverbände</b>	<b>5</b>		<b>5</b>
<b>sonstige Beteiligungen</b>			
Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	15.000	12,5	15.000
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main	61.072	4,00	61.072
WIVERTIS Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH, Wiesbaden	0	49,9	0
ivm GmbH, Frankfurt am Main	7.471	3,1	7.471
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus	80.431	3,7	80.431
ZVN Finanz GmbH, Wiesbaden	1.356	4,6	6.150
Regionalpark Ballungsraum RheinMain gGmbH	12.500	7,14	12.500
MSW Mein Solar Wiesbaden GmbH & Co.KG	1.000	0,3	1.000
<b>Summe sonstige Beteiligungen</b>	<b>178.830</b>		<b>183.624</b>
<b>Summe Beteiligungen</b>	<b>178.830</b>		<b>183.624</b>
<b>Sonstige Ausleihungen</b>			
<b>davon Genossenschaftsanteile</b>			
Wiesbadener Volksbank e.G.	1.636		1.636
Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft	320		320
<b>Summe Genossenschaftsanteile</b>	<b>1.956</b>		<b>1.956</b>

## Jahresabschluss 2016

### Hinweis:

Anhaltspunkte für einen über den geschilderten hinausgehenden Abwertungsbedarf von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie des Sondervermögens und der Zweckverbände ergaben sich bis zum Bilanzstellungszeitpunkt nicht.

### Weiteres Finanzanlagevermögen

Bei den **Sondervermögen** handelt es sich neben den beiden Eigenbetrieben um das Stiftungsgrundkapital einer Immobilienstiftung (431 Tsd. €), sowie von neun Bargeldstiftungen (1.453 Tsd. €).

Zu den **sonstigen Ausleihungen** gehört ein Schuldscheindarlehen in Höhe von 35.700 Tsd. € bei der DZ-Bank (Anlage aus den Erlösen des Teilverkaufs der Stadtwerke Wiesbaden AG aus dem Jahre 2001). Die Laufzeit der Anlage beträgt 20 Jahre (sofern keine Kündigung erfolgt) und wird zu 6,02 % p. a. verzinst. Die Zinsen werden jährlich ausgezahlt.

Die Ausleihungen (an verbundene Unternehmen 65.413 Tsd. €, an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis 16.775 Tsd. € und an Sonstige 37.835 Tsd. €, - abzüglich der 35.700 Tsd. € Schuldscheindarlehen) beinhalten im Wesentlichen soziale Wohnungsbaudarlehen. Es handelt sich um niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung.

Die größten Ausleihungen im Überblick:

Ausleihungen (in Tsd. €)	Stand 30.12.2016	Stand 31.12.2015	Differenz
GWW	40.807	41.300	- 493
GeWeGe <sup>63</sup>	18.712	19.023	- 311
Nass. Heimstätte	16.775	17.009	- 234
Private/ Vereine	13.954	14.145	- 191
GWH <sup>64</sup>	13.421	14.887	- 1.466
Geno50	5.600	5.675	- 75
SEG	4.597	4.667	- 70
GSWerk	4.485	4.541	- 56
mattiaqua	1.329	1.680	- 351

<sup>63</sup> GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH.

<sup>64</sup> GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen.



## Jahresabschluss 2016

### 3.1.4 Umlaufvermögen

#### Vorräte

Da die LHW kein wesentliches Vorratsvermögen in Lagern hält, gelten die Vorräte als verbraucht und werden nicht angesetzt.

#### Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen / -zuschüssen und Investitionsbeiträgen

Gemäß der Förderrichtlinien zur Umsetzung des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms sowie des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Bundes wird hier eine Forderung gegenüber dem Land Hessen i. H. v. 35.625 Tsd. € ausgewiesen. In gleicher Höhe wird bei den Kreditverbindlichkeiten gegenüber dem Kreditmarkt ein entsprechender Gegenposten passiviert. Diese Form der Darstellung wurde ausschließlich auf Grund der oben erwähnten Förderrichtlinie vorgenommen.

Die Forderungen aus sonstigen Zuweisungen und Zuschüssen stiegen um 6.804 Tsd. € auf 7.994 Tsd. €. Im Gegensatz zu 2015 ist zum 31.12.2016 die Forderung für die Bundesbeteiligung IV/2016 an den SGB II- und SGB XII-Aufwendungen i. H. v. 6.678 Tsd. € offen.

Die Forderungen für die Gemeindeanteile Einkommensteuer und Umsatzsteuer wurden zu Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben umgegliedert.

#### Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

Die Forderungen aus Gewerbesteuer reduzieren sich in 2016 von 85.422 Tsd. € auf 66.763 Tsd. €.

Die Wertberichtigungen für diese Bilanzpositionen, die zum großen Teil Gewerbesteuerforderungen betreffen, sind ebenfalls zurückgegangen und zwar von 62.702 Tsd. € auf 43.724 Tsd. €.

Die Hauptursache für den etwa gleich hohen Rückgang bei beiden Positionen ist eine hohe Einzelwertberichtigung eines Gewerbesteuerschuldners (11.736 Tsd. €), die im Jahresabschluss 2015 berücksichtigt wurde. Im Laufe des Jahres 2016 wurde die zu hohe Veranlagung über die Steuer-schnittstelle korrigiert und dementsprechend auch die Wertberichtigung zurückgenommen.

Darüber hinaus waren, wie jedes Jahr, mehrere hohe Einzelwertberichtigungen notwendig. In der Gesamtsumme liegen sie allerdings deutlich unter den Einzelwertberichtigungen des Jahres 2015.

Die Forderungen für die Gemeindeanteile Einkommensteuer und Umsatzsteuer betragen zum 31.12.2016 (Bilanzstichtag) 2.455 Tsd. €.

Umgliederungen von kreditorischen Debitoren wurden in Höhe von 1.078 Tsd. € vorgenommen.

## Jahresabschluss 2016

(in Tsd. €)	Stand 31.12.2016	Stand 31.12.2015	Differenz
Gewerbsteuer	66.763	85.422	-18.659
Verwaltungs- und Benutzungsgebühren	2.610	3.073	-463
Forderung aus Beiträgen	120	0	120
Grundsteuer	780	858	-78
Spielapparatesteuern u.a.	195	170	25
Konzessionsabgabe	702	665	37
Zweitwohnungsteuer	83	0	83
Hundesteuer	279	199	80
Gemeindeanteil a. d. Einkommenssteuer	2.455	8.610	-6.155
Gemeindeanteil a. d. Umsatzsteuer	0	107	-107
Sonstige Abgaben	367	281	86
Umgliederungen kreditorischer Debitoren	1.078	600	478
Wertberichtigungen	-43.724	-62.702	18.978
<b>Gesamt</b>	<b>31.708</b>	<b>37.283</b>	<b>-5.575</b>

### Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhen sich um 1.488 Tsd. € auf 2.320 Tsd. € im Vergleich zu 2015. Der Hauptgrund für diese Abweichung ist eine noch nicht beglichene Forderung i. H. v. 1.164 Tsd. € für einen Grundstücksverkauf.

Korrekturen für fehlerhafte Abstimmkonten zu der Bilanzposition „sonstige Vermögensgegenstände“ wurden wie folgt vorgenommen:

- 2.179 Tsd. € Forderungen und 1.397 Tsd. € Wertberichtigungen wurden zu den sonstigen Vermögensgegenständen umgegliedert.

Die Umgliederungen für kreditorische Debitoren wurden in Höhe von 375 Tsd. € vorgenommen.

Insgesamt betragen die Wertberichtigungen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zum Bilanzstichtag 678 Tsd. €.

### Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen

Die gesamten Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen reduzieren sich im Vergleich zum Vorjahr um 10.777 Tsd. € auf 29.338 Tsd. €.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen reduzieren sich um 46 Tsd. € auf 433 Tsd. € gegenüber 2015.

Die **Forderungen aus Betriebsmittelkredit** an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen reduzieren sich durch die Rückzahlung eines Kassenkredits von den Entsorgungsbetrieben um 13.436 Tsd. € auf 5.434 Tsd. €. Die Differenz ergibt sich aus der Tilgung des ELW-Kredites von 13.506 Tsd. € sowie der Neuvergabe eines Kredites an die HSK Pflege von 70 Tsd. €.

Die offenen Zinsforderungen aus diesen Krediten betragen zum 31.12.2016 222 Tsd. €.

## Jahresabschluss 2016

Im Detail setzen sich die Forderungen aus Betriebsmittelkrediten wie folgt zusammen:

Schuldner	Tilgungsforderung in Tsd. €	Zinsforderung in Tsd. €
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH (früher HSK Rhein-Main GmbH)	2.700	11
AHW Altenhilfe Wiesbaden GmbH	1.350	205
HSK Pflege	1.384	6
<b>Gesamt</b>	<b>5.434</b>	<b>222</b>

Die sonstigen Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Sondervermögen reduzierten sich um 12.391 Tsd. € auf 5.435 Tsd. €. (Sachkonto 243000). Der Hauptgrund hierfür ist, dass die Gewinnausschüttung der WVV für 2014/2015 in zwei gleich großen Teilraten erfolgte, von denen eine zum 31.12.2015 noch nicht beglichen wurde. In 2016 erfolgte die Zahlung der Gewinnausschüttung noch vor dem Bilanzstichtag.

Im Rahmen des **Cashpool-Projekts** bestehen zum 31.12.2016 gegenüber den Wasserversorgungsbetrieben der LHW Forderungen i. H. v. 2.100 Tsd. €, mattiaqua 700 Tsd. € und den Entsorgungsbetrieben der LHW 14.800 Tsd. €. Gegenüber 2015 erhöhen sich die Forderungen aus dem Cashpool-Projekt somit um 15.200 Tsd. €.

Die Umgliederungen für kreditorische Debitoren betragen 48 Tsd. €.

Weiterhin enthält diese Position **sonstige Forderungen** i. H. v. 4.167 Tsd. € an städtische Eigenbetriebe und verbundene Unternehmen, die im Rahmen der **Abwicklung der Personalkosten** entstanden sind:

Name	Forderung in Tsd. €
Entsorgungsbetriebe der LHW	3.256
mattiaqua	408
TriWiCon	352
WIVERTIS GmbH	189
Rhein-Main-Hallen GmbH	134
WVW Wiesbaden Holding GmbH	87
Wiesbaden Marketing GmbH	66
Kurhaus Wiesbaden GmbH	39
Wasserversorgungsbetriebe der LHW	25
WITCOM GmbH	12
GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH	6
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH	5
Altenhilfe Wiesbaden GmbH	4
<b>Gesamt</b>	<b>4.167</b>

## Jahresabschluss 2016

---

### Sonstige Vermögensgegenstände

Die wesentlichen Posten der sonstigen Vermögensgegenstände bilden die Nebenforderungen (4.355 Tsd. €), Forderungen an das Finanzamt für Umsatzsteuererstattungen der Eigenbetriebe (3.155 Tsd. €), Forderungen für Darlehen, die nach dem BSHG<sup>65</sup>, SGB II und SGB XII vergeben wurden (2.452 Tsd. €) und andere sonstige Vermögensgegenstände (14.774 Tsd. €.)

Den Forderungen an das Finanzamt für die Umsatzsteuererstattung der Eigenbetriebe stehen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen in gleicher Höhe gegenüber.

Bei den anderen sonstigen Vermögensgegenständen ist ein Anstieg von 8.953 Tsd. € zu verzeichnen. Der Anstieg ist vor allem durch offene Forderungen aus der Abrechnung der Kostenerstattungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bedingt. Das zuständige Hessische Ministerium für Soziales und Integration ist mit der Bearbeitung der Kostenerstattungsanträge im Rückstand.

Die Forderungen aus antizipativer Abgrenzung reduzieren sich um 61 Tsd. € im Vergleich zum Vorjahr auf 419 Tsd. €.

Der Stand der Wertberichtigungen für die sonstigen Vermögensgegenstände beträgt zum Stichtag 31.12.2016 8.032 Tsd. €.

Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurden i. H. v. 2.075 Tsd. € vorgenommen.

### Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel enthalten die Guthaben auf städtischen Girokonten i. H. v. 1.790 Tsd. € und Festgelder i. H. v. 203.700 Tsd. € bei diversen Banken und Sparkassen. Weiterhin enthalten sind Bestände von Treuhandkonten i. H. v. 3.629 Tsd. € von der SEG, 513 Tsd. € vom Treuhandkonto „Platz der deutschen Einheit“ und 37 Tsd. € von EGW GmbH (früher HSK-Rhein-Main GmbH) sowie der Bestand der städtischen Handvorschüsse i. H. v. 6 Tsd. €.

### 3.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen (4.676 Tsd. €) sowie im Dezember 2016 gezahlte Transferaufwendungen (19.412 Tsd. €) und Beamtenbezüge (4.753 Tsd. €) für den Januar des Folgejahres.

Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden i. H. v. 565 Tsd. € gebildet.

---

<sup>65</sup> Bundessozialhilfegesetz.

## Jahresabschluss 2016

### 3.1.6 Eigenkapital

Die Nettoposition entspricht dem nicht angreifbaren „Eigenkapitalstock“ i. H. v. 1.259.090 Tsd. €. Die Nettoposition blieb unverändert.

#### Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses

Zum 01.01.2016 wurde der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2015 (15.546 Tsd. €) in die Rücklage aus ordentlichem Ergebnis überführt, sodass sich der Bestand der Rücklage auf 81.273 Tsd. € erhöht hat. Ebenfalls wurde der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses 2015 (3.000 Tsd. €) der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt, sodass sich der Bestand der Rücklage des außerordentlichen Ergebnisses auf 11.674 Tsd. € erhöht hat.

#### Sonderrücklagen

Bei dem **Stiftungskapital** handelt es sich um das auf der Aktivseite unter Sondervermögen (zum Finanzanlagevermögen gehörend) in gleicher Höhe ausgewiesene Stiftungsgrundkapital.

### 3.1.7 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge

Als eigenkapitalähnliche Position weist die LHW 268.899 Tsd. € als Sonderposten aus. Diese gliedern sich wie folgt auf:

Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge (in Tsd. €)	Stand 31.12.2016	Stand 31.12.2015	Differenz
Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	-230.959	-236.083	5.124
Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	-8.819	-8.798	-21
Investitionsbeiträge (Straßen, Wege, Plätze)	-29.122	-31.469	2.347
<b>Gesamt</b>	<b>-268.899</b>	<b>-276.351</b>	<b>7.452</b>

nachrichtlich SoPo Gebührenausgleichsrücklage	0	-140	140
<b>Gesamt</b>	<b>-268.899</b>	<b>-276.491</b>	<b>7.592</b>

## Jahresabschluss 2016

### 3.1.8 Rückstellungen

#### Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die LHW verzinst die Pensionsrückstellungen derzeit mit einem Zinssatz in Höhe von 4,5 %. Unter Anwendung des zehnjährigen Durchschnittszinses nach § 253 Abs. 2 Handelsgesetzbuch<sup>66</sup> (zum Stichtag 31.12.2016 in Höhe von 4,01 %) ergeben sich stille Lasten in Höhe von ca. 28.026 Tsd. €. Real sind diese stillen Lasten höher, da sich auch diese Verzinsung derzeit am Markt mündelsicher kaum erreichen lässt.

Unter den Rückstellungen für **Pensionen** werden Verpflichtungen der LHW für Versorgungsansprüche von Beamtinnen/Beamten und ihren Hinterbliebenen ausgewiesen. Insgesamt bestehen zum 31.12.2016 Pensionsverpflichtungen i. H. v. 439.642 Tsd. € gegenüber 1.914 Berechtigten. Hierbei handelt es sich um 1.124 Anwärter/-innen (201.563 Tsd. €) und 790 Pensionsbezieher/-innen (238.078 Tsd. €), d. h. Pensionärinnen, Pensionäre, Witwen/Witwer und Waisen.

Gemäß der Hessischen Beihilfenverordnung wird aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen/ Beamten und deren beihilfeberechtigten Angehörigen **Beihilfe** als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt. Zum 31.12.2016 bestehen Beihilfeverpflichtungen i. H. v. insgesamt 61.088 Tsd. € gegenüber 1.914 Beihilfeberechtigten. Hierbei handelt es sich um 1.124 Anwärter/-innen (26.382 Tsd. €) und 790 Pensionsbezieher/-innen (34.706 Tsd. €).

Die **Rückstellung für Altersteilzeit** beträgt insgesamt 468 Tsd. € und wurde für 12 Altersteilzeitfälle, für die bereits eine Altersteilzeitvereinbarung abgeschlossen wurde, gebildet. Dies bedeutet eine Zuführung zur Rückstellung in 2016 in Höhe von 205 Tsd. €. Die Altersteilzeitverpflichtungen bestehen zum 31.12.2016 ausschließlich gegenüber Tarifbeschäftigten.

**Bei der Position der Rückstellung für Steuern und Finanzausgleich wurden in 2016 mehrere neue Rückstellungen** für drohende Verpflichtungen aus Steuerschuldverhältnissen **gebildet**:

- 1.613 Tsd. € für Körperschafts- und Kapitalertragsteuer des BgA Parkplätze für die Veranlagungszeiträume 2006 - 2014.
- 19 Tsd. € für Körperschaftssteuer und Zinsen des BgA Künstlerviertel für die Veranlagungszeiträume 2009 - 2011.
- 2.513 Tsd. € für Körperschafts-, Kapitalertrag- und Umsatzsteuer des BgA Spielbank für die Veranlagungszeiträume 2010 - 2016.

Die **Rückstellung für die Versteuerung des geldwerten Vorteils der Mitarbeiter durch den Besuch von Maßnahmen im Rahmen des IGM**<sup>67</sup> verringerte sich gegenüber 2015 um 100 Tsd. € auf 306 Tsd. €.

Diese Verringerung ist das Ergebnis aus einer Inanspruchnahme i. H. v. 186 Tsd. € für den Zeitraum von 07/2012 - 06/2014 sowie die Bildung einer neuen Rückstellung i. H. v. 86 Tsd. € für das Jahr 2016.

Bei den **Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten** handelt es sich i. d. R. um Altlastenentsorgungsverpflichtungen, die den ermittelten Wert des Grund und Bodens übersteigen.

Im Jahr 2016 wurden die folgenden Veränderungen bei dieser Position vorgenommen:

<sup>66</sup> Im Folgenden HGB

<sup>67</sup> Integriertes Gesundheitsmanagement.

## Jahresabschluss 2016

- Die im Jahr 2014 gebildete Rückstellung i. H. v. 183 Tsd. € für die Rückzahlung eines überzahlten Zuschusses für die Sanierung des Gaswerks Bahnhofstraße wurde in 2016 in voller Höhe in Anspruch genommen.
- Die Rückstellung für die Beseitigung des Arsenschadens Rheinwiesen wurde um 1.200 Tsd. € erhöht.
- Für die Sanierung des Sedra-Geländes wurde aufgrund einer voraussichtlich zu erwartenden Sanierungsanordnung des Regierungspräsidiums Darmstadt eine Rückstellung i. H. v. 10.000 Tsd. € gebildet.

Gemäß der Hessischen GemHVO ist für im Haushaltsjahr unterlassene Instandhaltungen, die im Folgejahr nachgeholt werden sollen, eine **Instandhaltungsrückstellung** zu bilden. Das Verfahren zur Ermittlung der Höhe der zu bildenden Instandhaltungsrückstellung wurde zum Jahresabschluss 2014 geändert. Auf Basis der Rückstellungshöhe des Jahres 2012 wird ein Quotient von 3,5 % der Instandhaltungsaufwendungen festgelegt. Damit ergibt sich eine Rückstellungshöhe zum 31.12.2016 von 1.190 Tsd. €.

Die Instandhaltungsrückstellung aus 2015 wurde zweckentsprechend i. H. v. 1.198 Tsd. € verwendet.

### Sonstige Rückstellungen

Aus der **Rückstellung für die nicht ausgezahlten Leistungsentgelte nach dem TVöD** wurden 2.059 Tsd. € in Anspruch genommen, 27 Tsd. € aufgelöst sowie 2.190 Tsd. € neu gebildet. Dies ergibt eine Gesamthöhe der Rückstellung zum 31.12.2016 von 2.190 Tsd. €.

Die Rückstellung für das Lebensarbeitszeitkonto hat sich um 638 Tsd. € auf 5.518 Tsd. € erhöht.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen für andere Aufwendungen** wurde allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Der Gesamtbetrag dieser Rückstellungen verringerte sich von 2.194 Tsd. € auf 1.836 Tsd. €.

### Die Veränderungen im Einzelnen:

- Die Rückstellung zur **Deckung des negativen Eigenkapitals des Kommunalen Gebietsrechnungszentrums (KGRZ)** bleibt mit 1.196 Tsd. € unverändert.
- In 2016 wurde eine Rückstellung zur Absicherung einer **Rückforderung von Sanierungsförderungsdarlehen** in Höhe von 428 Tsd. € gebildet.
- Die Rückstellung **Rückbau Bauernbrücke** bleibt mit 47 Tsd. € unverändert.
- Durch vorzeitigen Abruf von Mitteln bei der WI-Bank für die Programme **Soziale Stadt Biebrich und Westend** werden der Stadtverwaltung Zinsen berechnet. Über diesen Betrag wurde eine Rückstellung gebildet. Hier musste die Rückstellung in 2016 um 11 Tsd. € erhöht werden. Gleichzeitig konnten 331 Tsd. € der Rückstellung aufgelöst werden, da ein Teil der Zinsforderungen der WiBank nicht zum tragen kommt. Aktuell beträgt die Höhe der Rückstellung 113 Tsd. €.
- Die Rückstellung für **Offene Nebenkostenforderungen Luisenforum** in Höhe von 198 Tsd. € konnte in 2016 komplett aufgelöst werden.
- Für **offene Nebenkostenabrechnungen** im Bereich der **Verwaltungsgebäude** wurde die Rückstellung in 2016 um 30 Tsd. € erhöht. Gleichzeitig wurden 15 Tsd. € der vorhandenen Rückstellung ertragswirksam aufgelöst und 153 Tsd. € verbraucht. Aktuell beträgt die Rückstellung 52 Tsd. €.

## Jahresabschluss 2016

- Das Land Hessen stellte 240 Tsd. € aus Mitteln des KFA<sup>68</sup> der Stadt Wiesbaden für die Durchführung der Hessischen **Theatertage** 2015 zur Verfügung. Nicht benötigte Mittel wurden in 2016 an das Land zurückgezahlt. Die vorhandene Rückstellung in Höhe von 44 Tsd. € wurde in Anspruch genommen und 1 Tsd. € ertragswirksam aufgelöst.
- Strittige Rechnungen der Firma **T-Systems** im Bereich eAkte wurden in 2016 beglichen. Die Inanspruchnahme der Rückstellung betrug 85 Tsd. €. Der Restbetrag wurde ertragswirksam aufgelöst.

Andere Rückstellungen im Sinne des § 39 Abs. 2 GemHVO wurden in Ausübung des Wahlrechts nicht gebildet.

### 3.1.9 Verbindlichkeiten

#### Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2016

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten sind im Verbindlichkeitspiegel dargestellt (Kapitel 4.3).

Die Verbindlichkeiten verringern sich um 2.866 Tsd. € auf 454.505 Tsd. €. Im Folgenden werden nun die wesentlichen Veränderungen bei den einzelnen Bilanzpositionen erläutert.

#### Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen haben sich insgesamt um 15.231 Tsd. € auf 357.887 Tsd. € verringert.

Die Veränderungen im Einzelnen:

- Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionskredite gegenüber Kreditinstituten haben sich um 12.078 Tsd. € auf 279.786 Tsd. € verringert.
- Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionskredite gegenüber öffentlichen Kreditgebern haben sich um 1.223 Tsd. € auf 31.622 Tsd. € verringert.
- In der Jahresschuldenstatistik werden die durch das Land zu tilgenden Anteile der „Altlasten-Darlehen“ mit aufgenommen. Dadurch sind die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dort um 784 Tsd. € höher.
- Die Verbindlichkeiten aus dem Sonderkonjunkturprogramm (Eigen- und Landesanteil) sind wie auch im Jahr 2015 um 411 Tsd. € (Eigenanteil) und 1.531 Tsd. € (Landesanteil) auf nunmehr 9.592 Tsd. € (Eigenanteil) und 35.626 Tsd. € (Landesanteil) gesunken. Die Höhe des Landesanteils entspricht der Höhe der Forderung gegenüber dem Land Hessen, die bei der Bilanzposition „Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/ -zuschüssen und Investitionsbeiträgen“ gegenüber dem Land Hessen ausgewiesen wird.
- Im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms wurde ein erster Kredit aufgenommen, der mit 11 Tsd. € (Eigenanteil) und 42 Tsd. € (Landesanteil) ausgewiesen wird.

#### Verbindlichkeiten aus Krediten für Liquiditätssicherung

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Liquiditätssicherung betragen zum Bilanzstichtag 12.300 Tsd. € und haben sich damit gegenüber 2015 um 7.300 Tsd. € erhöht.

#### Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen und Transferleistungen

Die Transferverbindlichkeiten gegenüber Bund, Land, Gemeindeverbänden und sonstigen Dritten sowie Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen haben sich um 5.849 Tsd. € reduziert.

<sup>68</sup> Kommunalen Finanzausgleich.



## Jahresabschluss 2016

---

Der Rückgang resultiert zum größten Teil daher, dass in 2016 im Gegensatz zu 2015 keine offene Zuschussverbindlichkeit gegenüber der Evangelischen Regionalverwaltung Wiesbaden-Rheingau besteht (5.262 Tsd. € in 2015).

### **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich um 2.117 Tsd. € verringert und betragen nun 7.596 Tsd. €.

Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurden im Jahr 2015 i. H. v. 1.506 Tsd. € vorgenommen.

### **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen**

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 31.580 Tsd. €.

Es ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

- Die Verbindlichkeiten gegenüber den Stiftungen, die als Grundkapital ausgewiesen werden, bleiben bei 881 Tsd. € unverändert. Das verwendbare Stiftungskapital hat sich gegenüber 2015 um 37 Tsd. € auf 4.323 Tsd. € verringert.
- Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen betragen insgesamt 6.761 Tsd. € und haben somit um 1.317 Tsd. € zugenommen.
- Die sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen nahmen um 16.233 Tsd. € auf 19.567 Tsd. € zu. Dies ist vor allem durch eine Termingeldanlage für die TriWiCon i. H. v. 15.000 Tsd. € bedingt. In gleicher Höhe wird der Betrag auf der Aktivseite bei den flüssigen Mitteln ausgewiesen.

## Jahresabschluss 2016

### Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten haben sich um 5.497 Tsd. € auf nunmehr 38.685 Tsd. € verringert.

Den größten Anteil an den sonstigen Verbindlichkeiten nehmen zweckgebundene Einnahmen, die noch nicht dem Zweck entsprechend verwendet wurden, ein.

(in Tsd. €)	Stand 31.12.2016	Stand 31.12.2015	Differenz
Garagenfonds	10.077	10.743	-666
Offensive für Kinderbetreuung	9.265	7.622	1643
LHW Anteil Sanierungsförderung	0	2.410	-2.410
Biotopausgleich	1.024	996	28
Nachlässe	1.670	1.442	228
Schönheitsreparaturen Altenwohnanlagen	170	161	9
Grundwasserüberwachungsprogramm	177	197	-20
Spenden	193	184	9
Ökokonto	123	122	1
Fehlbelegungsabgabe, kommunaler Anteil	1	13	-12
Ablösesumme Stellflächen	2.301	2.301	0
Zuweisungen Soziale Stadt	996	1.157	-161
Zuweisungen Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	0	21	-21
<b>Gesamt</b>	<b>25.997</b>	<b>27.778</b>	<b>-1.781</b>

Weitere wesentliche Positionen der sonstigen Verbindlichkeiten:

- 2.082 Tsd. € aus der antizipativen Abgrenzung für noch nicht ausgezahlte Darlehenszinsen
- 3.342 Tsd. € Transferverbindlichkeiten für den Dezember 2016, die über das Vorverfahren Prosoz erst im Januar 2016 zur Auszahlung kommen,
- 800 Tsd. € für einen Mietkostenzuschuss im Rahmen der Ansiedlung eines weiteren Standorts der European Business School in Wiesbaden.

Für nicht ausgeglichene Verrechnungskonten erfolgt der Ausgleich im Folgejahr.

## Jahresabschluss 2016

---

### 3.1.10 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Dieser Posten enthält u. a. Einnahmen für Grabnutzungsrechte i. H. v. 35.354 Tsd. €, die ertragsmäßig zukünftige Jahre betreffen. Die LHW ist Trägerin von Friedhöfen in verschiedenen Ortsteilen und mit unterschiedlichen Leistungsangeboten. Die Leistungsangebote umfassen i. d. R. alle gängigen Friedhofsleistungen inkl. Einäscherung sowie Sonderformen von Grabnutzungsrechten. Entsprechend der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung erhebt die LHW Gebühren für den Erwerb eines Grabnutzungsrechtes über einen bestimmten Zeitraum, ggf. einschließlich der Pflege, sowie Gebühren für Nutzung der Trauerhalle und die Beisetzung. Die für Grabnutzungsrechte eingenommenen Gebühren werden über den Nutzungszeitraum zeitanteilig aufgelöst.

Ebenfalls enthalten sind mehrjährige Abgrenzungsposten für die Einnahmen aus der Legatgrabpflege (883 Tsd. €) sowie aus der Grundwasserabgabe (124 Tsd. €). Die sonstigen Abgrenzungsposten wurden in Höhe von 13 Tsd. € gebildet. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten für DB Bahn AG beträgt zum Bilanzstichtag 2 Tsd. €.

## Jahresabschluss 2016

### 3.2 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

#### 3.2.1 Allgemeine Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

Die Teilergebnisrechnungen spiegeln immer die in dem Haushaltsjahr jeweils gültige Organisationsstruktur ab. Bei Verschiebungen von Ämtern oder Ämterbereichen von einem Dezernat in ein anderes ändern sich dadurch automatisch auch die Werte des Vorjahres, so dass diese Spalte in den Teilergebnisrechnungen von den Teilergebnisrechnungen des Vorjahres abweichen kann.

Organisatorische Änderungen mit Auswirkungen auf die Teilergebnisse ergaben sich im Jahr 2016 nicht.

Die Sonderposten aus Investitionszuschüssen werden nicht mehr, wie in den Jahren bis 2012, in die Kostenstellen der Fachbereiche aufgelöst, sondern gemäß Ziff. 3 der Hinweise zu § 38 GemHVO in das Teilergebnis „Allgemeine Finanzwirtschaft“ gebucht. Da die Planung noch auf der Ebene der Fachdezernate erfolgte, ergeben sich dementsprechende Plan-Ist-Abweichungen.

Eine Analyse des Ergebnisses und der Plan-Ist- sowie Ist-Ist-Abweichungen sind im Rechenschaftsbericht (Kap. 2) zu finden.

#### 3.2.2 Restmittel und Überleitungen

Die Plan-Ist-Abweichungen der budgetwirksamen Bestandteile bilden gemäß den geltenden Budgetrichtlinien auf Dezernatsebene die maximale Überleitungssumme.

Die Überleitungen erfolgen weiterhin, um einen wirtschaftlichen Umgang der Ämter mit ihrem Budget zu gewährleisten. Dezernate, die ihr Budget überschritten haben, erhalten je nach Sachlage einen negativen Budgetvortrag im nächsten Jahr.

Aus dem Jahr 2015 wurden 32.991 Tsd. € in das Jahr 2016 übergeleitet. Die möglichen Überleitungen nach 2017 betragen 39.911 Tsd. €, tatsächlich nach 2017 übergeleitet wurden 31.753 Tsd. €. Die restlichen 8.158 Tsd. € wurden für Ausgaben im Haushalt 2018/2019 bereitgestellt.

#### 3.2.3 Ergebnisverwendung

Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2016 in Höhe von 58.749 Tsd. € wird mit dem Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses 2016 in Höhe von 3.294 Tsd. € verrechnet. Der restliche Überschuss 2016 in Höhe von 55.454 Tsd. € wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Damit erhöht sich die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses auf 136.727 Tsd. € die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses bleibt unverändert auf 11.674 Tsd. €. Insgesamt beträgt der Stand der Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses somit noch 148.401 Tsd. € nach der Buchung der Ergebnisverwendung.

## Jahresabschluss 2016

### 3.3 Erläuterungen zur Finanzrechnung

#### 3.3.1 Einleitung

Die Finanzrechnung wurde im Zahlungsmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit mit der indirekten Methode, das heißt, sie wurde aus den Zahlen der Vermögensrechnung und der Ergebnisrechnung ermittelt. Im Übrigen erfolgte die Aufstellung nach der direkten Methode. Sie liefert Informationen über die Zahlungsströme des betrachteten Geschäftsjahres sowie über die Veränderungen des Zahlungsmittelbestandes. Hierbei wird zwischen Zahlungsmittelzu- und abflüssen aus laufender Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit unterschieden.

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016	Differenz
	in Tsd. €		
Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	25.549	118.968	93.419
Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-37.179	-26.702	10.477
Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-11.750	-13.702	-1.952
Überschuss oder Bedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	5.000	7.300	2.300
Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbetrag d. Haushaltsjahres	-18.380	85.864	104.244
Zahlungsmittelbestand am Beginn des Haushaltsjahres	142.190	123.810	-18.380
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	123.810	209.674	85.864

#### 3.3.2 Erläuterungen der erheblichen Unterschiede

Die Erklärungen zur Mehrzahl der Abweichungen erfolgten bereits in den Kapiteln zur Vermögensrechnung, Ergebnisrechnung und im Rechenschaftsbericht, so dass an dieser Stelle nur kurz darauf verwiesen wird.

##### Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit

Der Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit erhöht sich im Vergleich mit 2015 um 93.419 Tsd. € auf 118.968 Tsd. € und übersteigt damit das Jahresergebnis aus der Gesamtergebnisrechnung 2016 deutlich. Dies ist unter anderem darin begründet, dass sich in 2016 die Rückstellungen deutlich erhöht haben und zwar um 32.419 Tsd. €. Ein weiterer wesentlicher Grund ist das deutlich bessere Jahresergebnis (+36.909 Tsd. €).

##### Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit

Der Zahlungsmittelabfluss aus Investitionstätigkeit reduzierte sich gegenüber 2015 um 10.477 Tsd. € auf 26.702 Tsd. €.

## Jahresabschluss 2016

---

### **Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit**

Rechnet man aus der Kreditaufnahme und -tilgung von Investitionskrediten die Umschuldungen i. H. v. 30.872 Tsd. € heraus, ergibt sich folgendes Bild:

Die Kreditaufnahme bewegt sich mit 4.765 Tsd. € auf einem vergleichbar niedrigen Niveau wie in 2015 (5.950 Tsd. €). Die Tilgung erhöhte sich auf 18.425 Tsd. € (2015: 17.700 Tsd. €).

Der negative Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit i. H. v. 13.702 Tsd. € ergibt sich somit daraus, dass die Auszahlungen aus Tilgungen die Einzahlungen aus Aufnahmen übersteigen. Dies bedeutet auch, dass ein Teil der Investitionstätigkeit innenfinanziert wurde.

### **Überschuss oder Bedarf an aus haushaltsunwirksamen Vorgängen**

Der in 2015 aufgenommene Kassenkredit wurde im Laufe des Jahres 2016 zurückgezahlt. Zum Jahresende 2016 wurde Tagesgeld (=Kassenkredit) aufgenommen i. H. v. 12.300 Tsd. € (nicht im Kernhaushalt, sondern im Rahmen des Cashpoolings für ELW, Wasserentsorgungsbetriebe Wiesbaden (WLW) und mattiaqua).

Der Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres 2016 hat sich somit gegenüber 2015 um 85.864 Tsd. € erhöht und liegt nun bei 209.674 Tsd. €.

## Jahresabschluss 2016

### 3.4 Übersicht über die Investitionen und Instandhaltungen inkl. Überleitungen

Die Werte in diesem Kapitel basieren auf dem Datenstand Anfang August 2017.

Investitionen (in Tsd. €)	Ausgaben	Ansatz	Budget- veränderung	Ausgaben	Restbudget bzw. Überleitung <sup>69</sup>
	Ist 2015	2016	2016	Ist 2016	
Dez. I	7.804	7.339	15.538	5.546	17.331
Dez. II	21.017	11.565	46.653	8.587	49.631
Dez. III <sup>70</sup>	17.854	200	650	288	562
Dez. IV	9.556	7.143	17.990	7.076	18.057
Dez. V / Schule	12.751	15.284	37.576	12.860	40.000
Dez. V / Kultur	1.054	617	10.503	1.395	9.725
Dez. VI	796	500	891	538	853
Dez. VII	3.379	800	3.489	2.228	2.061
<b>Summe</b>	<b>74.211</b>	<b>43.448</b>	<b>133.290</b>	<b>38.518</b>	<b>138.220</b>

Instandhaltung (in Tsd. €)	Ausgaben	Ansatz	Budget- veränderung	Ausgaben	Restbudget bzw. Überleitung <sup>71</sup>
	Ist 2015	2016	2016	Ist 2016	
Dez. I	5.786	4.251	9.217	5.773	7.695
Dez. II	8.131	4.017	8.246	4.667	7.596
Dez. III	477	600	1.312	521	1.391
Dez. IV	9.689	11.563	5.446	11.449	5.559
Dez. V / Schule	7.648	5.417	6.887	8.409	3.896
Dez. V / Kultur	674	783	758	634	907
Dez. VI	149	89	446	34	501
Dez. VII	2.041	1.000	1.980	1.390	1.589
<b>Summe</b>	<b>34.595</b>	<b>27.720</b>	<b>34.292</b>	<b>32.877</b>	<b>29.134</b>

<b>Gesamt</b>	<b>108.806</b>	<b>71.168</b>	<b>167.582</b>	<b>71.395</b>	<b>167.354</b>
---------------	----------------	---------------	----------------	---------------	----------------

(Stand 08/2017)

<sup>69</sup> Die Höhe der tatsächlichen Überleitungen kann durch evtl. Einsparungen abweichen.

<sup>70</sup> Darstellung Dezernat III ohne Grundstücksfonds.

<sup>71</sup> Die Höhe der tatsächlichen Überleitungen kann durch evtl. Einsparungen abweichen.

## Jahresabschluss 2016

### Allgemeine Erläuterungen zur Tabelle (Stand 08/2017):

- Das Instandhaltungsbudget umfasst neben den Instandhaltungen von Bauwerken im eigentlichen Sinne auch Mittel für weitere nichtaktivierungsfähige Vorhaben, wie z. B. Zuschüsse zu Instandhaltungen Dritter.
- Die Spalte Budgetveränderungen enthält die Summe aller Budgetveränderungen (Übertrag aus dem Vorjahr, Üpl/Apl<sup>72</sup>-Genehmigungen, Deckungen und (soweit zum Zeitpunkt der Erstellung gebucht) Überträge ins Folgejahr.
- Die Darstellung erfolgt auf Basis der Dezernatszuschnitte zum Zeitpunkt 31.12.2016.
- Der Grundstücksfonds (Dezernat III) ist nicht berücksichtigt.
- Die Arbeiten im Budgetabschluss waren zum Zeitpunkt der Erstellung noch nicht vollständig abgeschlossen. Es waren noch einzelne Genehmigungen überplanmäßiger Ausgaben offen, so dass sich noch Änderungen an der Höhe der tatsächlichen Überleitung ergeben können.

### 3.4.1 Übersicht über die fünf größten Investitionsmaßnahmen

Investitionen (in Tsd. €)		Rest aus 2015	Ansatz 2016	Akt. Ansatz 2016	Ausgaben 2016	Rest-budget bzw. max. Überleitung
I.03440	40 Th.-Fliedner-Schule Ausbau Vollgymn	5.331	4.657	9.988	4.162	5.826
I.04031	40 Betreuung Blücherschule Erweiterung	3.119	0	3.124	2.877	246
I.03547	10 BGH Haus der Vereine Dotzheim Neubau	733	2.959	3.692	2.102	1.590
I.04421	80 Ank. Grundstücke Abraham-L.-Park	2.265	0	2.265	1.921	344
I.03247	510203 Ers.neub. m.Krippe St.Kilian Wa	1.527	0	1.748	1.733	15

(Stand: 08/2017 laut SAP)

Eine ausführliche Liste über alle größeren Investitionsmaßnahmen befindet sich im Kapitel 4.10.

### 3.4.2 Erläuterungen zu Investitionen und Instandhaltungen

Die in Vorjahren an dieser Stelle veröffentlichten Erläuterungen der wesentlichen Positionen aus dem Investitions- und Instandhaltungsprogramm sind aufgeteilt nach Dezernaten im Rechenschaftsbericht aufgeführt.

## 3.5 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 1 der Hessischen Gemeindeordnung<sup>73</sup> hat eine Gemeinde das Wohl ihrer Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe zu fördern. Dabei sind Gemeinden in ihrem Gebiet, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas ande-

<sup>72</sup> Überplanmäßige / außerplanmäßige Aufwendungen / Ausgaben.

<sup>73</sup> Im Folgenden HGO.



## Jahresabschluss 2016

---

res bestimmen, ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung (§ 2 HGO).

Jede Gemeinde hat gemäß § 19 HGO die Aufgabe, in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen, sportlichen und kulturellen öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

## Jahresabschluss 2016

### 3.6 Organe und Vertretungsbefugnis

Die Bürgerinnen und Bürger der LHW nehmen durch die Wahl der Stadtverordnetenversammlung, der Ortsbeiräte und des Oberbürgermeisters sowie durch Bürgerentscheide an der Verwaltung der Stadt teil.

Die Stadtverordnetenversammlung ist das oberste Organ der LHW.

Die Zahl der Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung der LHW beträgt nach § 38 Abs. 1 HGO für die Städte über 250.000 Einwohner 81. Die Gemeindevertreter können sich zu einer Fraktion zusammenschließen (§ 36 a Abs. 1 HGO).

Die Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung beträgt fünf Jahre. Im März 2016 fand die letzte Kommunalwahl statt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt über die wichtigen Angelegenheiten der Stadt. Sie kann die Beschlussfassung über bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten auf den Magistrat oder einen der Ausschüsse übertragen. Dies gilt nicht für die in § 51 HGO aufgeführten ausschließlichen Zuständigkeiten der Stadtverordnetenversammlung.

Im Einzelnen gliederte sich die Stadtverordnetenversammlung ab 01.04.2016 in die folgenden **Fraktionen**

	Stand: 31.12.2016
Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)	21 Sitze
Christlich Demokratische Union (CDU)	20 Sitze
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	11 Sitze
AfD	11 Sitze
FDP	8 Sitze
Linke&Piraten	6 Sitze
Frei Wähler / Bürgerliste Wiesbaden (FW/BLW)	2 Sitze
Liberal-konservative-Reformer / Unabhängige Liste Wiesbaden (LKR/UFW)	2 Sitze

Nach der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung muss eine Fraktion aus mindestens zwei Stadtverordneten bestehen.

## Jahresabschluss 2016

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung:

Stadtverordnetenvorsteher:	Stellvertreter/innen:
Gabriel, Christa	David, Michael Seidensticker, Eberhard Große, Claus-Peter Bröder, Wilfried von Seemen, Ingo Enders, Gabriele
Weitere Stadtverordnete in 2016:	
Altintop-Nelson, Nedret Andes-Müller, Dorothee Angor, Dorothea Apel, Michaela Bachhofen, Vanessa Bachmann, Christian Becht, Monika Belz, Stephan Beyes, Aglaja Bohrer, Hartmut Braun, Karl Breuer, Stefan Coigné, Mechthilde Delbasteh Dr., Rashid Denzer, Manuel Diers, Christian Egert, Urban Forßbohm, Brigitte Gabler, Norman Gores, Wolfgang Güler, Sibel Hebenstreit, Anita Heller, Monika Hinninger, Christiane Kessler, Hans-Martin Kienast-Dittrich, Renate Kisseler, Felix Koch, Simone Küpper, Konstanze Lambrou, Robert Lohrmann, Andrea Lorenz, Bernhard Lork Dr., Klaus-Dieter Lüderitz, Wilfried Manjura, Christoph Maritzen, Ronny Mensching, Fredy	Mucha, Monika Müller Dr., Eckhard Müller, Erika Nickel, Wolfgang Obergfell, Hans-Michael Oschmann, Petermartin Pfeifer, Rainer Preinl, Thomas Röck-Knüttel, Nicole Rottloff, Simon Ruf, Nadine Rutten, Sebastian Schmehl, Hendrik Schmitz Dr., Sven-Uwe Schuchalter-Eicke, Gabriele Schulz, Dimitri Schulz, Joachim Schulz, Peter Schwalbach, Lucas Schwarzer, Julia Sidiani, Daniel Sobek, Jörg Spallek, Stefan Spruch, Claudia Temmen, Sandra Uebersohn Dr., Gerhard Vogt, Petra Volk-Borowski, Dennis Völker Dr., Reinhard Wagner, Erika Wallmann, Astrid Weck, André Weinerth, Sarah Wernergold, Jürgen Wilhelmy, Veit Winkelmann, Alexander Wittkowski Dr., Bernd

## Jahresabschluss 2016

---

Für die Wahlperiode 2016 bis 2021 wurden folgende Ausschüsse gebildet:

- Ältestenausschuss
- Beteiligungsausschuss
- Ständiger Wahlvorbereitungsausschuss
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
- Haupt- und Finanzausschuss
- Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung
- Ausschuss für Freizeit und Sport
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr
- Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
- Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit
- Revisionsausschuss

Die Stadtverordnetenversammlung überwacht die Verwaltung der Stadt und die Geschäftsführung des Magistrats.

Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung über die wichtigsten Verwaltungsangelegenheiten laufend zu unterrichten und ihr wichtige Anordnungen der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

Der Magistrat besteht aus dem hauptamtlichen Oberbürgermeister, dem hauptamtlichen Bürgermeister, fünf hauptamtlichen Stadträtinnen/Stadträten (Dezernentinnen/Dezernenten) sowie weiteren 15 ehrenamtlichen Stadträtinnen/Stadträten.

## Jahresabschluss 2016

Die Mitglieder des Magistrats in 2016 (Stand: 31.12.2016) waren:

<b>Oberbürgermeister</b>	
Gerich, Sven	
<b>Bürgermeister</b>	
Goßmann, Arno	
<b>hauptamtliche Magistratsmitglieder:</b>	<b>ehrenamtliche Magistratsmitglieder:</b>
Bendel, Detlev Dr. Franz, Oliver Möricke, Sigrid Scholz, Rose-Lore Imholz, Axel (Stadtkämmerer)	Brenneis Dr., Helga Gaßner, Markus Goebel, Michael Jentsch Dr., Doris Kaffenberger, Bodo Nehrbaß, Helmut Dr. Reinhardt, Tilli-Charlotte Rentsch, Florian Schlempp, Dieter Schuster, Rainer Skolik, Helga Tomaschky-Fritz, Helga Winkelmann, Ulrich Wolf, Gabriele Wolz, Ivo

Der Oberbürgermeister wird von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt direkt gewählt. Die Amtszeit des Oberbürgermeisters beträgt sechs Jahre. Die nächste Wahl findet im Jahr 2019 statt.

Die hauptamtlichen Stadträte werden von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Deren Amtszeit beträgt ebenfalls sechs Jahre.

Die ehrenamtlichen Stadträte werden von der Stadtverordnetenversammlung für die Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Der Magistrat vertritt die Stadt. Er ist deren Verwaltungsbehörde und besorgt nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der bereitgestellten Mittel die laufende Verwaltung der LHW.

### 3.7 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Im Haushaltsjahr 2016 standen durchschnittlich 4.411 Personen in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis. Im Einzelnen waren dies 992 Personen in einem Dienstverhältnis (Beamtinnen/ Beamte) sowie 3.419 Personen in einem Arbeitsverhältnis (Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer).

## Jahresabschluss 2016

### 3.8 Haftungsverhältnisse

Die LHW ist Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau (ZVN) neben der Stadt Frankfurt sowie vier Landkreisen in Hessen und zwei Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Er ist ein Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Nach dem grundsätzlichen Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 haftet ein Träger nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen für Verbindlichkeiten seiner Sparkasse nach dem 31.12.2015 (z. B. bezüglich der Altersvorsorge).

Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen untereinander. Der Anteil der LHW beträgt aktuell 31 %. Ausgeschiedene Mitglieder können insoweit mit herangezogen werden, als die Ursache für ihre Haftung in der Zeit vor ihrem Ausscheiden liegt (§ 2 Abs. 4 der o.g. Satzung).

Die LHW hat diverse Ausfallbürgschaften übernommen. Die Höhe des Bürgschaftsrisikos zum 31.12.2016 betrug insgesamt 595.183 Tsd. €. Da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt:

	in Tsd. €
<b>Bürgschaften für Außenstehende</b>	<b>6.496</b>
<b>Bürgschaften für Kapitalgesellschaften, deren Grund- bzw. Stammkapital</b>	
sich unmittelbar oder mittelbar unter 50 % im Besitz der LH Wiesbaden befindet:	
<b>Bürgschaften für Kapitalgesellschaften, deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 50 % im Besitz der LH Wiesbaden befindet:</b>	
WVW Wiesbaden Holding GmbH	202.453
GWV Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH	112.943
ESWE Versorgungs AG	64.805
Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH	56.712
GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der LH Wiesbaden mbH	75.732
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH	27.525
SEG für Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH	13.963
AltenHilfe Wiesbaden GmbH	3.513
WIM Wiesbadener Immobilien Management GmbH	3.184
WIM Liegenschaftsfonds GmbH Co. KG	7.862
Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	3.141
WI-Bau GmbH	16.854
<b>Gesamt</b>	<b>595.183</b>

Die LHW hat sich bei zahlreichen Grundstücksgeschäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kosten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenverunreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen.

## Jahresabschluss 2016

Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurden.

### 3.9 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

Größere Mietverhältnisse der LH Wiesbaden:

Gebäude	Vertragslaufzeit bis	Mietfläche in m <sup>2</sup>	jährlicher Mietzins inkl. NK-Vorausz. in Tsd. €
Europaviertel (ohne Lagerflächen)	28.02.2020	7.247	1.097
Hasengartenstraße 21	30.11.2019	7.438	1.410
Schillerplatz 1-2	30.09.2026	8.288	1.570
Konradinerallee 11	30.09.2039	16.721	3.797
Gustav-Stresemann- Ring 15	31.12.2027	22.628	4.779

Weitere finanzielle jährliche Verpflichtungen von erheblicher Bedeutung (> 1.000 Tsd. € p. a.):

Vertragliche Verpflichtung	Laufzeit	Kosten in 2016	Kosten 2017 ff
IT-Dienstleistungsvertrag mit WIVERTIS*	01.01.2005-31.12.2014, danach jährliche Kündigung möglich	mind. 8.373 Tsd. €	Derzeit Verlängerung jeweils um ein Jahr
Betriebskostenzuschüsse an Kindertagesstätten der freien Träger**	Unterschiedlich - je nach Träger	47.730 Tsd. €	mind. 41.885 Tsd. € p.a.
Straßenbeleuchtungsvertrag mit ESWE	01.01.2016-31.12.2035	1.850 Tsd. €	mind. 1.850 Tsd. €

\* Zusätzlich zum IT-Dienstleistungsvertrag mit WIVERTIS nehmen die Ämter Zusatzausstattungen bei WIVERTIS in Anspruch. Für diese Zusatzausstattungen belaufen sich die jährlichen Kosten im Durchschnitt der letzten 5 Jahre auf 5.071 Tsd. €.

\*\* durch den Krippenausbau ist mit weiteren Kostensteigerungen durch höhere Betriebskostenzuschüsse in 2017 ff. zu rechnen.

## Jahresabschluss 2016

### 3.10 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die vorliegende Vermögensrechnung ist in Euro aufgestellt. Die in den vergangenen Jahresabschlüssen dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften werden grundsätzlich fortgeführt (Grundsatz der Bilanzkontinuität). Auf die Angabe von Posten, für die in zwei aufeinanderfolgenden Jahren kein Betrag auszuweisen ist, wird verzichtet.

Alle Investitionen des **Anlagevermögens** der LHW wurden grundsätzlich mit den AHK aktiviert. Nicht entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände unterliegen dem Aktivierungsverbot. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen ausschließlich linear. Die Nutzungsdauer für die einzelnen Wirtschaftsgüter orientiert sich im Allgemeinen an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, sofern von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist. Bei der Bewertung der **Finanzanlagen** kommen dabei in der Regel die fortgeführten AHK zur Anwendung. Ausnahme bilden die Eigenbetriebe und die Altenhilfe Wiesbaden GmbH, welche mit der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode bewertet werden.

Seit 2013 werden Grundstücke, für die ein Erbbaurecht vergeben wurde, analog zur Bewertung in der Eröffnungsbilanz abgewertet.

Für **Vorräte** wird aufgrund ihres wertmäßig geringen Bestandes bei der LHW eine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** werden mit ihrem Nennwert ausgewiesen. Dabei werden, differenziert nach Forderungsarten, angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die Forderungen wurden entsprechend ihrer Art und des Alters in verschiedene Klassen eingeteilt, für die dann pauschale Berichtigungsraster definiert wurden. Forderungen an andere Behörden werden nicht wertberichtigt, Forderungen bei denen sich die Schuldner in einem laufenden Insolvenzverfahren befinden, werden generell i. H. v. 98 % bzw. 100 % (Gewerbesteuerforderungen) wertberichtigt.

Gewerbesteuerforderungen über 100 Tsd. € werden unabhängig von ihrem Alter zum Bilanzstichtag auf Werthaltigkeit überprüft und falls notwendig mit bis zu 100 % einzelwertberichtigt.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten werden nicht saldiert ausgewiesen. Debitorische Kreditoren oder kreditorische Debitoren werden entsprechend zu den sonstigen Forderungen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten umgegliedert.



## Jahresabschluss 2016

---

### Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel werden zum Nominalbetrag bilanziert.

**Aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden nur gebildet, wenn ihre Werte mit vertretbarem Aufwand ermittelbar sind und sie einen Betrag von 10.000 € übersteigen.

### Eigenkapital

Die **Nettoposition** (Basiskapital) ergibt sich als Saldo durch den Vergleich von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz. Sie verändert sich lediglich, wenn ein Verlustvortrag durch die Ergebnisse der folgenden fünf Jahre nicht ausgeglichen werden kann (§ 25 Abs. 3 S. 2 GemHVO-Doppik).

### Sonderposten

Erhaltene investive Zuschüsse, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der „bezuschusste“ Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale).

### Rückstellungen

Die Bildung der **Rückstellung für die Pensionsverpflichtungen** aufgrund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen ergibt sich aus § 39 Abs. 1 GemHVO-Doppik, Art und Umfang der zu gewährenden Leistungen ergeben sich aus dem Hessischen Beamtenversorgungsgesetz (HBeamtVG).

Der Bewertung der Pensionsverpflichtungen liegt der Datenbestand zum 01.10.2016 zugrunde.

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a Einkommenssteuergesetz<sup>74</sup>. Den nach versicherungs-mathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde. Unter Anwendung des zehnjährigen Durchschnittszinses nach § 253 Abs. 2 HGB (zum Stichtag 31.12.2016 in Höhe von 4,01 %) ergeben sich stille Lasten in Höhe von ca. 28.026 Tsd. €. Real sind diese stillen Lasten höher, da sich auch diese Verzinsung derzeit am Markt mündelsicher kaum erreichen lässt.

Aufgrund einer Änderung des § 253 Abs. 2 HGB vom 11.03.2016 wurde die Anwendung des siebenjährigen Durchschnittszinses auf den zehnjährigen Durchschnittszins geändert.

Die Bewertung unterstellt eine monatliche vorschüssige Zahlungsweise. Die Berücksichtigung der Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwergeld erfolgte nach der kollektiven Methode. Dabei wurde generell eine Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwergeld in Höhe von 60 % des Ruhegehalts angesetzt, das der/die Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er/sie am Todestag in den Ruhestand getreten wäre. Die Anwartschaft auf Waisengeld wurde nicht berücksichtigt.

Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurden mangels exakter Datenbasis folgende Näherungen angesetzt:

---

<sup>74</sup> Im Folgenden EStG.

## Jahresabschluss 2016

Als Eintrittsdatum für den Finanzierungsbeginn gemäß § 6a EStG sowie als Beginn der Dienstzeit zur Erfüllung der Wartezeit gemäß § 4 HBeamtVG wurde bei den Beamtinnen/Beamten der gemeldete Beginn der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit zugrunde gelegt.

Zur Vermeidung des unverhältnismäßig hohen Aufwands, der bei der Ermittlung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrades in jedem Einzelfall entstanden wäre, wurden pauschale Annahmen zum Arbeitszeitverhalten nach den Erfahrungswerten des Personal- und Organisationsamtes zugrunde gelegt. Die Beamtinnen und Beamten in Altersteilzeit wurden dabei gesondert betrachtet.

Die Zuschüsse nach der Hessischen Beihilfenverordnung stellen eine unmittelbare Verpflichtung der LHW dar. Für die Beihilfeverpflichtungen gegenüber Anspruchsberechtigten ist eine **Rückstellung** zu bilden. Bei der Bewertung der **Beihilfeverpflichtungen** zum Stichtag 31.12.2016 wurde eine durchschnittliche Beihilfezahlung in Höhe von 4.227 € p. a. in Ansatz gebracht. Dafür wurde die durchschnittliche Beihilfezahlung pro Versorgungsempfänger über die letzten drei Vorjahre für die Prognose angesetzt.

Die Ermittlung der **Rückstellung für Altersteilzeit** erfolgte auf Basis der Stellungnahme des IDW vom 18.11.1998 zur Rechnungslegung (IDW RS HFA 3). Sie wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines Rechnungszinses von 4,5 % ermittelt. Der Bewertung der Altersteilzeitverpflichtungen liegt der Datenbestand zum 01.10.2016 zugrunde. Art und Umfang der zu gewährenden Leistungen sind für Beamtinnen / Beamte dem § 118 des Hessischen Beamtengesetzes in Verbindung mit der „Verordnung über die Gewährung eines Zuschlags bei Altersteilzeit (Altersteilzeitzuschlagsverordnung - ATZV)“ in der am 31.08.2006 geltenden Fassung zu entnehmen. Für Tarifbeschäftigte sind Art und Umfang der Leistungen in dem „Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ)“ vom 05.05.1998 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nr. 2 vom 30.06.2000 festgelegt.

Die **Rückstellung für das Leistungsentgelt** nach § 18 TVöD errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Gesamtvolumen für das Leistungsentgelt (2 % der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres aller unter den TVöD fallenden Beschäftigten) und dem Teilbetrag i. H. v. 6 % des Tabellenentgelts des Monats Septembers, der im Dezember an die Beschäftigten ausbezahlt wird. Dieser Differenzbetrag wird entsprechend der Dienstvereinbarung jeweils im Juni des Folgejahres nach Leistungsgesichtspunkten ausgezahlt.

Bei den **Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten** handelt es sich überwiegend um Altlastenentsorgungsverpflichtungen, die über den ermittelten Wert des Grund und Bodens hinausgehen, deswegen nicht aktivisch abgesetzt werden können und auf der Passivseite als Rückstellungen ausgewiesen werden.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen ungewisse Verbindlichkeiten z. B. für einen Anteil von ca. 30 % des negativen Eigenkapitals eines Zweckverbandes.

Die **Rückstellungen für Instandhaltungen** werden seit dem Jahresabschluss 2013 auf Basis des Quotienten in Höhe von 3,5 % der Instandhaltungsaufwendungen des jeweiligen Jahres gebildet. Frühere Verfahren haben sich bei der Vielzahl der Objekte als nicht praktikabel erwiesen.

**Verbindlichkeiten** sind zum voraussichtlichen Rückzahlungsbetrag angesetzt. Leibrenten wurden mit ihrem Barwert (Kapitalwert) bilanziert.

**Passive Rechnungsabgrenzungsposten** werden nur gebildet, wenn ihre Werte mit vertretbarem Aufwand ermittelbar sind und sie einen Betrag von 10 Tsd. € im Einzelfall übersteigen.

# Jahresabschluss 2016

---

## 4 Tabellenteil

# Jahresabschluss 2016

## 4.1 Anlagenspiegel (in Tsd. €)

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen						Buchwert	
	Gesamte AK/HK am Beginn des Haushaltsjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Gesamte AK/HK am Ende des Haushaltsjahres	Kumulierte Abschreibungen am Beginn des Haushaltsjahres	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Abschreibungen auf Abgänge	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Kumulierte Abschreibungen am Ende des Haushaltsjahres	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
<b>1. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>													
1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	8.594	846	689	168	8.920	5.246	0	1.168	687	0	5.728	3.192	3.348
1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	104.432	3.645	5.373	0	102.704	30.159	0	5.991	5.370	0	30.781	71.924	74.273
<b>Summe 1.</b>	<b>113.026</b>	<b>4.491</b>	<b>6.061</b>	<b>168</b>	<b>111.624</b>	<b>35.405</b>	<b>0</b>	<b>7.159</b>	<b>6.056</b>	<b>0</b>	<b>36.509</b>	<b>75.115</b>	<b>77.620</b>
<b>2. Sachanlagevermögen</b>													
2.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	475.094	2.998	3.003	1.523	476.612	3.701	0	46	0	-3	3.746	472.866	471.394
2.2 Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	746.409	5.661	5.194	3.421	750.298	249.222	0	11.924	2.976	0	258.170	492.128	497.188
2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	1.137.555	8.977	998	8.857	1.154.392	746.875	0	18.979	466	3	765.387	389.005	390.680
2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	208	12	0	0	220	61	0	12	0	0	73	147	147
2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	115.880	5.604	4.972	1.150	117.661	44.931	0	5.668	4.921	0	45.678	71.983	70.950
2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	52.997	20.303	835	-15.119	57.345	0	0	0	0	0	0	57.345	52.997
<b>Summe 2.</b>	<b>2.528.144</b>	<b>43.555</b>	<b>15.003</b>	<b>-168</b>	<b>2.556.528</b>	<b>1.044.789</b>	<b>0</b>	<b>36.627</b>	<b>8.363</b>	<b>0</b>	<b>1.073.054</b>	<b>1.483.474</b>	<b>1.483.355</b>
<b>3. Finanzanlagevermögen</b>													
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	467.303	0	0	0	467.304	20.029	350	7.504	0	0	27.182	440.122	447.275
3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	66.649	492	1.727	0	65.413	0	0	0	0	0	0	65.413	66.649
3.3 Beteiligungen	184	0	5	0	179	0	0	0	0	0	0	179	184
3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17.009	0	234	0	16.775	0	0	0	0	0	0	16.775	17.009
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3.6 Sonstige Finanzanlagen	75.975	8	2.447	0	73.535	0	0	0	0	0	0	73.535	75.975
<b>Summe 3.</b>	<b>627.120</b>	<b>500</b>	<b>4.413</b>	<b>0</b>	<b>623.206</b>	<b>20.029</b>	<b>350</b>	<b>7.504</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>27.182</b>	<b>596.024</b>	<b>607.091</b>
4. Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640	0	0	0	173.640	0	0	0	0	0	0	173.640	173.640
<b>Gesamtsumme (1. bis 4.)</b>	<b>3.441.930</b>	<b>48.546</b>	<b>25.477</b>	<b>0</b>	<b>3.464.998</b>	<b>1.100.223</b>	<b>350</b>	<b>51.291</b>	<b>14.419</b>	<b>0</b>	<b>1.136.744</b>	<b>2.328.254</b>	<b>2.341.707</b>

## Jahresabschluss 2016

### 4.2 Forderungsspiegel

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	Zu Beginn des Haushaltsjahres Tsd. €	Zum Ende des Haushaltsjahres Tsd. €	Restlaufzeiten		
			bis zu einem Jahr (bis 31.12.2017) Tsd. €	ein bis fünf Jahren (01.01.18 - 31.12.21) Tsd. €	über fünf Jahre (ab 01.01.2022) Tsd. €
1. Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	38.903	43.922	9.827	6.123	27.971
2. Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	37.281	31.708	31.662	41	6
3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	833	2.320	2.246	53	22
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	40.115	29.338	29.338		
5. Sonstige Vermögensgegenstände	9.556	22.633	21.468	953	212
<b>Summe</b>	<b>126.687</b>	<b>129.921</b>	<b>94.540</b>	<b>7.170</b>	<b>28.211</b>

### 4.3 Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeiten	Zu Beginn des Haushaltsjahres Tsd. €	Zum Ende des Haushaltsjahres Tsd. €	Restlaufzeiten		
			bis zu einem Jahr (bis 31.12.2017) Tsd. €	ein bis fünf Jahren (01.01.18 - 31.12.21) Tsd. €	über fünf Jahre (ab 01.01.2022) Tsd. €
1. Anleihen					
2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen					
2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten <i>davon Kassenkredite: 12.300 Tsd. €</i>	344.024	337.357	30.728	73.746	232.883
2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	32.846	31.623	3.228	10.942	17.453
2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	1.248	1.207	1	37	1.170
3. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	-	-	-	-	-
4. Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	7.654	1.805	1.805	-	-
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.713	7.596	7.593	3	-
6. Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	3.396	4.653	4.653	-	-
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	14.309	31.580	31.580	-	-
8. Sonstige Verbindlichkeiten	44.182	38.685	38.685	-	-
<b>Summe</b>	<b>457.371</b>	<b>454.505</b>	<b>118.272</b>	<b>84.728</b>	<b>251.505</b>

# Jahresabschluss 2016

## 4.4 Eigenkapitalspiegel

Eigenkapital	Anfangsstand	Verwendung des Jahresergebnis aus dem Vorjahr	Veränderungen aus dem laufenden Jahr	Endstand
	01.01.2016 EUR	2016 EUR	2016 EUR	31.12.2016 EUR
<b>I. Nettosition</b>	<b>1.259.089.688</b>			<b>1.259.089.688</b>
<b>II. Rücklagen</b>	<b>76.285.393</b>	<b>18.545.421</b>		<b>94.830.814</b>
Rücklagen aus Überschüssen des ordentl. Ergebnisses	65.727.107	15.545.518		81.272.626
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentl. Ergebnisses	8.674.325	2.999.903		11.674.228
<u>Sonderrücklage</u> Stiftungskapital	1.883.961			1.883.961
<b>III. Verluste aus Vorjahren</b>	<b>0</b>			<b>0</b>
<b>IV. Jahresergebnis</b>	<b>18.545.421</b>			<b>55.454.128</b>
<b>Eigenkapital inkl. Jahresergebnis</b>	<b>1.353.920.502</b>			<b>1.409.374.630</b>

# Jahresabschluss 2016

## 4.5 Rückstellungsspiegel

	Anfangsstand 01.01.2016 EUR	Verbrauch 2016 EUR	Auflösung 2016 EUR	Zuführung 2016 EUR	Endstand 31.12.2016 EUR
<b>Pensionen und ähnliche Verpflichtungen</b>	<b>484.215.981</b>		<b>24.552</b>	<b>17.006.085</b>	<b>501.197.514</b>
Pensionsrückstellung	427.705.190			11.936.481	439.641.671
Rückstellung Altersteilzeit	263.776		24.552	229.085	468.309
Rückstellung Beihilfe					
Versorgungsempfänger	56.247.015			4.840.519	61.087.534
<b>Rückstellung für Finanzausgleich und Steuern</b>	<b>525.355</b>	<b>186.093</b>		<b>4.231.559</b>	<b>4.570.821</b>
<b>Rückstellung für die Sanierung von Altlasten</b>	<b>579.986</b>	<b>183.093</b>		<b>11.200.000</b>	<b>11.596.893</b>
<b>sonstige Rückstellungen</b>	<b>10.358.864</b>	<b>3.539.184</b>	<b>572.519</b>	<b>4.487.230</b>	<b>10.734.392</b>
Rückstellung für Leistungsentgelt	2.085.942	2.058.539	27.403	2.189.537	2.189.537
Rückstellung Lebensarbeitszeitkonto	4.880.039			638.408	5.518.447
Rückstellung für unterlassene Instandhaltungen	1.198.699	1.198.699		1.190.119	1.190.119
Sonstige Rückstellungen	2.194.184	281.945	545.116	469.165	1.836.289
Rückforderung Sanierungsförderungsdarlehen				428.259	428.259
Theatertage	44.185	43.574	611		
Deckung neg. Eigenkapital KGRZ	1.196.295				1.196.295
Offene NK-Forderung Luisenforum	197.658		197.658		
T-Systems	86.000	85.238	762		
Rückbau Bauernbrücke	47.257				47.257
Zinsverpflicht. Soz. Stadt.	432.489		331.277	11.301	112.513
Nebenkostenabrechnung Verwaltungsgebäude	190.300	153.133	14.808	29.605	51.965
<b>Gesamt</b>	<b>495.680.186</b>	<b>3.908.370</b>	<b>597.071</b>	<b>36.924.874</b>	<b>528.099.620</b>

## Jahresabschluss 2016

### 4.6 Übersicht über die fremden Finanzmittel

<b>Forderungen</b>	<b>Anfangsstand 2016 EUR</b>	<b>Endstand 2016 EUR</b>
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	2.624,60	0,00
<b>Summe Forderungen ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen</b>	<b>2.624,60</b>	<b>0,00</b>
Vorverkauf Caligari	2.401,99	0,00
Bundesanteile Gebühren	1.868,10	1.748,54
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für sonstige Dritte	458.100,54	1.290,32
<b>Summe sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>462.370,63</b>	<b>3.038,86</b>

<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>Anfangsstand 2016 EUR</b>	<b>Endstand 2016 EUR</b>
sonst. Verbindlichkeiten aus Personalkostenabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	7.689,76	74.796,48
sonstige Verbindlichkeiten aus Cash Pool für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	200.000,00	15.000.000,00
Grundkapital Stiftungen	880.958,36	880.958,36
Verwendbares Kapital Stiftungen	4.360.452,37	4.323.028,28
<b>Summe Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen</b>	<b>5.449.100,49</b>	<b>20.278.783,12</b>
sonstige Verbindlichkeiten aus Personalkostenabwicklung für Dritte	1.854,34	500.624,77
Erich-Haub-Zais-Stiftung	78.582,87	281.246,91
Georg-Konell-Preis	14.043,19	9.070,83
Christian-Zais-Preis	14.061,55	14.089,67
Gebühren für Kraftfahrtbundesamt	14.120,72	19.091,22
sonstige durchlaufende Gelder	35.983,03	30.261,69
sonstige Verbindlichkeiten Great Spas of Europe	234.588,38	0,00
Erbschaft Kubis	146.724,82	90.688,40
Verbindlichk. a. Bambini-Landesprogramm	7.622.122,50	9.264.629,29
Verbindlichkeiten ggü. Land komm.soziale Hilfen	263.543,04	447.466,04
Landesanteil Fehlbelegungsabgabe	3.302,46	4.178,00
<b>sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>8.428.926,90</b>	<b>10.661.346,82</b>



# Jahresabschluss 2016

## 4.7 Ergebnisrechnung Wiesbaden

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2015	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2016	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-13.440	-17.547	-14.676	-2.871
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-41.939	-36.191	-44.268	8.077
3	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-22.830	-19.002	-29.345	10.344
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-892	-1.250	-903	-347
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-510.962	-509.465	-548.517	39.051
6	Erträge aus Transferleistungen	-169.793	-165.870	-212.933	47.063
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-210.818	-230.366	-237.745	7.379
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-12.260	-12.358	-13.838	1.480
9	Sonstige ordentliche Erträge	-30.359	-23.629	-48.131	24.503
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-1.013.294</b>	<b>-1.015.678</b>	<b>-1.150.357</b>	<b>134.679</b>
11	Personalaufwendungen	217.249	223.263	230.888	-7.626
12	Versorgungsaufwendungen	30.382	45.558	45.226	332
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	157.188	153.623	174.254	-20.631
14	Abschreibungen	61.931	56.100	52.780	3.320
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	113.522	104.297	112.149	-7.852
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	103.017	111.280	120.818	-9.538
17	Transferaufwendungen	360.281	363.781	400.812	-37.031
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-27.842	-25.324	-25.314	-10
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>1.015.728</b>	<b>1.032.578</b>	<b>1.111.613</b>	<b>-79.034</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>2.435</b>	<b>16.901</b>	<b>-38.744</b>	<b>55.645</b>
21	Finanzerträge	-41.730	-30.018	-29.110	-908
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16.772	18.442	15.740	2.703
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>-24.958</b>	<b>-11.575</b>	<b>-13.370</b>	<b>1.795</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-22.523</b>	<b>5.325</b>	<b>-52.114</b>	<b>57.439</b>
25	Außerordentliche Erträge	-13.422	-31	-7.611	7.579
26	Außerordentliche Aufwendungen	12.185	9	11.175	-11.166
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-1.237</b>	<b>-23</b>	<b>3.564</b>	<b>-3.587</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>-23.760</b>	<b>5.303</b>	<b>-48.550</b>	<b>53.852</b>

# Jahresabschluss 2016

## 4.8 Ergebnisrechnung AKK

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2015	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2016	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-803	-732	-847	115
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.942	-1.827	-2.083	255
3	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-327	-54	-115	61
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-84	0	-62	62
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-36.761	-47.368	-43.817	-3.550
6	Erträge aus Transferleistungen	-324	-334	-328	-06
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-14.129	-18.840	-19.193	353
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-1.932	00	-01	01
9	Sonstige ordentliche Erträge	-2.080	-128	-182	53
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-58.382</b>	<b>-69.283</b>	<b>-66.629</b>	<b>-2.655</b>
11	Personalaufwendungen	5.602	1.930	2.095	-164
12	Versorgungsaufwendungen	71	73	75	-03
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.720	9.103	8.570	533
14	Abschreibungen	5.140	4.413	4.880	-467
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	4.358	4.086	4.286	-200
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	9.076	11.067	9.099	1.968
17	Transferaufwendungen	779	882	831	52
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	28.364	28.262	29.794	-1.532
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>63.110</b>	<b>59.817</b>	<b>59.631</b>	<b>186</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>4.728</b>	<b>-9.467</b>	<b>-6.998</b>	<b>-2.469</b>
21	Finanzerträge	-142	-581	-688	107
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.391	975	1.051	-76
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>2.250</b>	<b>394</b>	<b>363</b>	<b>31</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>6.978</b>	<b>-9.073</b>	<b>-6.635</b>	<b>-2.438</b>
25	Außerordentliche Erträge	-1.800	0	-415	415
26	Außerordentliche Aufwendungen	37	0	146	-146
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-1.763</b>	<b>0</b>	<b>-270</b>	<b>270</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>5.214</b>	<b>-9.073</b>	<b>-6.904</b>	<b>-2.168</b>

# Jahresabschluss 2016

## 4.9 Teilergebnisrechnungen der Dezernate Wiesbaden und AKK

### Dezernat I

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2015	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2016	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 / Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-786	-758	-788	30
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.900	-2.873	-3.032	159
3	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-4.941	-709	-10.992	10.283
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-27	-27	-37	10
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-23	-31	-124	93
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	0	0	0
9	Sonstige ordentliche Erträge	-1.024	-1.067	-901	-166
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-9.702</b>	<b>-5.464</b>	<b>-15.874</b>	<b>10.410</b>
11	Personalaufwendungen	31.194	29.805	30.359	-554
12	Versorgungsaufwendungen	8.698	8.529	9.916	-1.387
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	25.331	19.906	29.286	-9.380
14	Abschreibungen	5.002	4.887	5.133	-246
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	2.997	1.701	2.764	-1.063
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	48	0	48
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	66	64	116	-52
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>73.286</b>	<b>64.940</b>	<b>77.574</b>	<b>-12.633</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>63.584</b>	<b>59.477</b>	<b>61.699</b>	<b>-2.223</b>
21	Finanzerträge	-10	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	0	2	-2
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>-8</b>	<b>0</b>	<b>2</b>	<b>-2</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>63.577</b>	<b>59.477</b>	<b>61.701</b>	<b>-2.225</b>
25	Außerordentliche Erträge	-1.006	-14	-42	28
26	Außerordentliche Aufwendungen	446	2	594	-592
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-560</b>	<b>-13</b>	<b>552</b>	<b>-565</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>63.017</b>	<b>59.464</b>	<b>62.253</b>	<b>-2.789</b>
29	Ergebnis aus dLV	-1.134	-1.456	-795	-661
30	Ergebnis aus Umlagen	-10.944	-10.832	-9.626	-1.206
<b>31</b>	<b>Ergebnis aus internen Leistungen</b>	<b>-12.078</b>	<b>-12.289</b>	<b>-10.421</b>	<b>-1.867</b>
<b>32</b>	<b>Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>50.939</b>	<b>47.175</b>	<b>51.832</b>	<b>-4.657</b>

# Jahresabschluss 2016

## Dezernat II

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2015	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2016	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 / Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-741	-762	-806	44
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-7.322	-7.557	-8.199	642
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-7.205	-8.583	-7.238	-1.346
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-58	0	-28	28
6	Erträge aus Transferleistungen	-169.849	-165.898	-212.894	46.996
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-70.675	-56.050	-58.248	2.198
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	0	-6	6
9	Sonstige ordentliche Erträge	-4.031	-2.062	-4.305	2.243
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-259.880</b>	<b>-240.913</b>	<b>-291.725</b>	<b>50.812</b>
11	Personalaufwendungen	90.074	91.179	97.617	-6.438
12	Versorgungsaufwendungen	6.086	5.936	6.840	-904
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	31.817	38.078	40.453	-2.376
14	Abschreibungen	6.803	5.550	6.384	-834
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	62.327	58.095	60.751	-2.656
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	360.926	364.664	401.508	-36.844
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-39	77	132	-55
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>557.993</b>	<b>563.578</b>	<b>613.685</b>	<b>-50.107</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>298.113</b>	<b>322.665</b>	<b>321.960</b>	<b>705</b>
21	Finanzerträge	-7	-6	-6	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	367	0	25	-25
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>360</b>	<b>-6</b>	<b>19</b>	<b>-25</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>298.473</b>	<b>322.659</b>	<b>321.979</b>	<b>680</b>
25	Außerordentliche Erträge	-3.019	0	-1.142	1.142
26	Außerordentliche Aufwendungen	1.003	0	269	-269
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-2.016</b>	<b>0</b>	<b>-873</b>	<b>873</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>296.458</b>	<b>322.659</b>	<b>321.106</b>	<b>1.552</b>
29	Ergebnis aus dLV	953	939	1.210	-271
30	Ergebnis aus Umlagen	22.983	20.584	26.809	-6.225
<b>31</b>	<b>Ergebnis aus internen Leistungen</b>	<b>23.936</b>	<b>21.524</b>	<b>28.020</b>	<b>-6.496</b>
<b>32</b>	<b>Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>320.394</b>	<b>344.183</b>	<b>349.126</b>	<b>-4.943</b>

# Jahresabschluss 2016

## Dezernat III

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2015	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2016	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 / Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-8.750	-8.210	-9.218	1.008
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-3.460	-3.889	-3.947	58
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-166	-163	-224	61
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-37	-15	-2	-13
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	0	0	0
9	Sonstige ordentliche Erträge	-1.306	-928	-870	-58
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-13.720</b>	<b>-13.205</b>	<b>-14.261</b>	<b>1.057</b>
11	Personalaufwendungen	18.445	19.649	19.312	337
12	Versorgungsaufwendungen	3.688	4.060	4.029	31
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.183	6.985	8.828	-1.843
14	Abschreibungen	1.477	1.408	1.449	-41
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	1.342	-57	1.170	-1.227
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	128	0	123	-123
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	288	2.448	2.701	-252
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>35.552</b>	<b>34.494</b>	<b>37.612</b>	<b>-3.119</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>21.832</b>	<b>21.289</b>	<b>23.351</b>	<b>-2.062</b>
21	Finanzerträge	-31	-5	-10	5
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11	6	70	-63
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>-20</b>	<b>1</b>	<b>60</b>	<b>-59</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>21.812</b>	<b>21.290</b>	<b>23.410</b>	<b>-2.121</b>
25	Außerordentliche Erträge	-7.382	0	-5.410	5.410
26	Außerordentliche Aufwendungen	3.466	0	351	-351
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-3.916</b>	<b>0</b>	<b>-5.059</b>	<b>5.059</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>17.896</b>	<b>21.290</b>	<b>18.352</b>	<b>2.938</b>
29	Ergebnis aus dLV	130	-29	-669	640
30	Ergebnis aus Umlagen	-15.288	-14.942	-15.896	953
<b>31</b>	<b>Ergebnis aus internen Leistungen</b>	<b>-15.159</b>	<b>-14.972</b>	<b>-16.565</b>	<b>1.594</b>
<b>32</b>	<b>Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>2.737</b>	<b>6.318</b>	<b>1.787</b>	<b>4.531</b>

# Jahresabschluss 2016

## Dezernat IV

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2015	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2016	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-66	-4.969	-918	-4.050
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-11.675	-6.279	-12.755	6.477
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-1.868	-372	-1.029	657
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-175	0	-352	352
6	Erträge aus Transferleistungen	-1	0	0	0
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-565	-1.834	-602	-1.231
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	0	-58	58
9	Sonstige ordentliche Erträge	-243	-343	-451	108
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-14.594</b>	<b>-13.796</b>	<b>-16.165</b>	<b>2.369</b>
11	Personalaufwendungen	22.496	23.289	22.918	371
12	Versorgungsaufwendungen	1.826	1.662	1.974	-312
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.106	25.512	24.294	1.218
14	Abschreibungen	18.407	18.124	18.711	-586
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	292	-2.712	471	-3.183
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	22	17	15	1
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>67.148</b>	<b>65.893</b>	<b>68.383</b>	<b>-2.491</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>52.554</b>	<b>52.096</b>	<b>52.218</b>	<b>-122</b>
21	Finanzerträge	0	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	0	0
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>52.555</b>	<b>52.096</b>	<b>52.218</b>	<b>-122</b>
25	Außerordentliche Erträge	-496	-17	-1.002	985
26	Außerordentliche Aufwendungen	1.359	0	810	-810
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>863</b>	<b>-17</b>	<b>-192</b>	<b>175</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>53.418</b>	<b>52.080</b>	<b>52.026</b>	<b>54</b>
29	Ergebnis aus dLV	-2.878	-2.895	-3.155	259
30	Ergebnis aus Umlagen	1.761	2.581	2.558	23
<b>31</b>	<b>Ergebnis aus internen Leistungen</b>	<b>-1.117</b>	<b>-314</b>	<b>-597</b>	<b>283</b>
<b>32</b>	<b>Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>52.301</b>	<b>51.766</b>	<b>51.429</b>	<b>336</b>

# Jahresabschluss 2016

## Dezernat V

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2015	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2016	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 / Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.163	-1.919	-1.991	72
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-672	-725	-655	-70
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-2.144	-2.057	-2.188	131
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-7	-27	-29	1
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-10.748	-5.050	-6.889	1.839
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	0	-8	8
9	Sonstige ordentliche Erträge	-1.318	-827	-989	162
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-17.052</b>	<b>-10.606</b>	<b>-12.748</b>	<b>2.142</b>
11	Personalaufwendungen	21.616	21.009	21.622	-613
12	Versorgungsaufwendungen	1.559	1.279	1.709	-431
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	41.031	36.876	44.070	-7.194
14	Abschreibungen	10.604	10.660	10.583	78
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	29.969	31.328	31.092	236
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	16	15	14	1
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>104.795</b>	<b>101.168</b>	<b>109.090</b>	<b>-7.922</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>87.743</b>	<b>90.562</b>	<b>96.342</b>	<b>-5.780</b>
21	Finanzerträge	0	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6	0	0	0
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>6</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>87.748</b>	<b>90.562</b>	<b>96.342</b>	<b>-5.780</b>
25	Außerordentliche Erträge	-1.678	0	-2	2
26	Außerordentliche Aufwendungen	175	0	1.758	-1.758
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-1.503</b>	<b>0</b>	<b>1.756</b>	<b>-1.756</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>86.246</b>	<b>90.562</b>	<b>98.098</b>	<b>-7.536</b>
29	Ergebnis aus dLV	1.357	1.146	1.552	-406
30	Ergebnis aus Umlagen	5.583	4.062	4.821	-759
<b>31</b>	<b>Ergebnis aus internen Leistungen</b>	<b>6.941</b>	<b>5.209</b>	<b>6.374</b>	<b>-1.165</b>
<b>32</b>	<b>Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>93.187</b>	<b>95.770</b>	<b>104.472</b>	<b>-8.701</b>

# Jahresabschluss 2016

## Dezernat VI

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2015	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2016	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-266	-125	-189	64
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-854	-570	-618	48
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-219	-240	-244	3
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	0	0	0	0
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-931	-732	-831	99
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	0	0	0
9	Sonstige ordentliche Erträge	-16.305	-16.068	-16.464	396
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-18.575</b>	<b>-17.735</b>	<b>-18.345</b>	<b>611</b>
11	Personalaufwendungen	7.815	8.398	7.981	416
12	Versorgungsaufwendungen	1.177	1.242	1.181	61
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.718	5.768	5.445	323
14	Abschreibungen	847	600	800	-200
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	13.378	12.280	12.641	-360
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	6	0	10	-10
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	130	291	-236	527
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>29.072</b>	<b>28.579</b>	<b>27.822</b>	<b>757</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>10.497</b>	<b>10.844</b>	<b>9.476</b>	<b>1.368</b>
21	Finanzerträge	-3.941	-3.651	-3.558	-93
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	0	0	0
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>-3.939</b>	<b>-3.651</b>	<b>-3.558</b>	<b>-93</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>6.558</b>	<b>7.193</b>	<b>5.919</b>	<b>1.274</b>
25	Außerordentliche Erträge	-39	0	-350	350
26	Außerordentliche Aufwendungen	3.712	0	7.507	-7.507
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>3.673</b>	<b>0</b>	<b>7.156</b>	<b>-7.156</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>10.231</b>	<b>7.193</b>	<b>13.075</b>	<b>-5.882</b>
29	Ergebnis aus dLV	-64	-16	-54	38
30	Ergebnis aus Umlagen	-1.413	-9	-4.847	4.837
<b>31</b>	<b>Ergebnis aus internen Leistungen</b>	<b>-1.477</b>	<b>-25</b>	<b>-4.901</b>	<b>4.875</b>
<b>32</b>	<b>Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>8.754</b>	<b>7.168</b>	<b>8.174</b>	<b>-1.006</b>



# Jahresabschluss 2016

## Dezernat VII

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2015	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2016	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	3	4	5	6	7
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.471	-1.537	-1.612	75
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-20.457	-20.015	-21.091	1.076
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-706	-559	-1.179	619
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-66	-89	-77	-13
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-44	-44	-117	72
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	0	-140	140
9	Sonstige ordentliche Erträge	-1.796	-2.462	-1.739	-723
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-24.540</b>	<b>-24.706</b>	<b>-25.954</b>	<b>1.248</b>
11	Personalaufwendungen	31.380	31.864	32.535	-671
12	Versorgungsaufwendungen	2.409	2.424	2.647	-223
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	28.331	28.180	29.231	-1.051
14	Abschreibungen	2.397	1.622	2.303	-680
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	76	665	97	568
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	0	0	2	-2
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	40	26	68	-42
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>64.633</b>	<b>64.781</b>	<b>66.883</b>	<b>-2.102</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>40.093</b>	<b>40.074</b>	<b>40.928</b>	<b>-854</b>
21	Finanzerträge	-2.450	-3.143	-1.875	-1.268
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	3	-3
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>-2.449</b>	<b>-3.143</b>	<b>-1.872</b>	<b>-1.271</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>37.644</b>	<b>36.932</b>	<b>39.057</b>	<b>-2.125</b>
25	Außerordentliche Erträge	-1.583	-1	-78	78
26	Außerordentliche Aufwendungen	1.654	7	32	-25
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>71</b>	<b>7</b>	<b>-46</b>	<b>53</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>37.715</b>	<b>36.938</b>	<b>39.010</b>	<b>-2.072</b>
29	Ergebnis aus dLV	660	1.076	945	131
30	Ergebnis aus Umlagen	-2.682	-1.444	-3.820	2.376
<b>31</b>	<b>Ergebnis aus internen Leistungen</b>	<b>-2.021</b>	<b>-368</b>	<b>-2.875</b>	<b>2.507</b>
<b>32</b>	<b>Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>35.694</b>	<b>36.570</b>	<b>36.135</b>	<b>435</b>

# Jahresabschluss 2016

## Allgemeine Finanzwirtschaft

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2015	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2016	Ergebnis des Haushaltsjahres 2016	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 / Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-2.614	-2.646	-2.646	0
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	-1.250	0	-1.250
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-547.491	-556.833	-591.954	35.121
6	Erträge aus Transferleistungen	0	0	0	0
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-141.924	-185.449	-190.125	4.676
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-14.192	-12.358	-13.628	1.269
9	Sonstige ordentliche Erträge	-6.416	0	-22.594	22.594
<b>10</b>	<b>Summe der ordentlichen Erträge</b>	<b>-712.638</b>	<b>-758.536</b>	<b>-820.947</b>	<b>62.411</b>
11	Personalaufwendungen	-169	0	638	-638
12	Versorgungsaufwendungen	5.011	20.500	17.006	3.494
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	391	1.421	1.217	205
14	Abschreibungen	21.534	17.661	12.297	5.363
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	7.499	7.083	7.450	-367
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	112.093	122.299	129.917	-7.618
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	1.670	-1.670
<b>19</b>	<b>Summe der ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>146.360</b>	<b>168.964</b>	<b>170.196</b>	<b>-1.232</b>
<b>20</b>	<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-566.277</b>	<b>-589.572</b>	<b>-650.751</b>	<b>61.179</b>
21	Finanzerträge	-35.433	-23.794	-24.349	555
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18.773	19.411	16.690	2.721
<b>23</b>	<b>Finanzergebnis</b>	<b>-16.660</b>	<b>-4.383</b>	<b>-7.658</b>	<b>3.275</b>
<b>24</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-582.937</b>	<b>-593.955</b>	<b>-658.410</b>	<b>64.454</b>
25	Außerordentliche Erträge	-19	0	0	0
26	Außerordentliche Aufwendungen	406	0	0	0
<b>27</b>	<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>387</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>28</b>	<b>Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>-582.550</b>	<b>-593.955</b>	<b>-658.410</b>	<b>64.454</b>
29	Ergebnis aus dLV	0	0	0	0
30	Ergebnis aus Umlagen	0	0	0	0
<b>31</b>	<b>Ergebnis aus internen Leistungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>32</b>	<b>Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung</b>	<b>-582.550</b>	<b>-593.955</b>	<b>-658.409</b>	<b>64.454</b>

## Jahresabschluss 2016

### 4.10 Budgetabschluss Investitionsmaßnahmen

Bezeichnung		Überleitung aus 2015	Ansatz 2016	aktualisierter An- satz 2016	Ist 2016	Restbudget 2016 / max. Überleitung
<b>Dezernat I</b>						
<b>Maßnahmen (Ist &gt; 100 Tsd. €)</b>		<b>6.523</b>	<b>3.059</b>	<b>9.593</b>	<b>3.991</b>	<b>5.602</b>
I.03547	10 BGH Haus der Vereine Dotzheim Neubau	733	2.959	3.692	2.102	1.590
I.02985	10 BGH Medenbach Neubau	3.732	0	3.743	1.412	2.331
I.02256	10 BGH Delkenheim Generalsanierung	604	100	704	167	536
I.03692	52 SP - Rheinhöhe, Neubau Funktionsgebäude	212	0	212	158	54
I.03329	52 SH - Wettinerstraße/BSZ 1, Generalsanierung	1.241	0	1.241	152	1.089
<b>Maßnahmen (Ist &lt; 100 Tsd. €)</b>		<b>5.523</b>	<b>1.230</b>	<b>7.671</b>	<b>298</b>	<b>7.372</b>
<b>Programme</b>		<b>3.096</b>	<b>3.050</b>	<b>5.614</b>	<b>1.257</b>	<b>4.357</b>
Bau- und Beschaffungsprogramm Dez. I		2.751	3.050	5.302	1.165	4.137
Zuschüsse an Dritte Dez. I		345	0	312	92	220
<b>Gesamt</b>		<b>15.142</b>	<b>7.339</b>	<b>22.878</b>	<b>5.546</b>	<b>17.331</b>

## Jahresabschluss 2016

Bezeichnung		Überleitung aus 2015	Ansatz 2016	aktualisierter Ansatz 2016	Ist 2016	Restbudget 2016 / max. Überleitung
<b>Dezernat II</b>						
<b>Maßnahmen (Ist &gt; 100 Tsd. €)</b>		<b>4.085</b>	<b>0</b>	<b>5.068</b>	<b>3.527</b>	<b>1.541</b>
I.03247	510203 Ers.neub. m.Krippe St.Kilian Wa	1.527	0	1.748	1.733	15
I.02627	36 Kessel/Wellritzbach Abtr.Umsetzung	2.169	0	2.209	869	1.340
I.04170	51 Spielplatz-Schelmengraben GWH	0	0	240	240	0
I.02454	36 Wickerbach Obergasse Naurod	389	0	389	215	174
I.03246	510203 Ersatzneub. m.Krippe St.Gabriel	0	0	182	182	0
I.04625	51 Jugendtreff Stellwerk Künstlerviert	0	0	150	150	0
I.04292	51 Zusch. SJR Zeltplatz Sanitärgebäude	0	0	150	139	12
<b>Programme</b>		<b>3.300</b>	<b>3.727</b>	<b>6.614</b>	<b>781</b>	<b>5.833</b>
Sonstige Investitionsprogramme Dez II (Beschaffungen)		2.300	926	3.291	522	2.769
Wasserrahmenrichtlinie Investiv Dez II		359	471	937	210	727
Zuschüsse an Dritte Programm		633	2.330	2.378	49	2.329
Regenerative Energien Dez II		8	0	8	0	8
<b>Maßnahmen (Ist &lt; 100 Tsd. €)</b>		<b>9.325</b>	<b>4.362</b>	<b>13.751</b>	<b>378</b>	<b>13.376</b>
<b>Gesamt</b>		<b>34.685</b>	<b>20.363</b>	<b>44.715</b>	<b>8.569</b>	<b>36.185</b>

(Stand Mitte Juli 2017/ der Bereich SEG wurde bei dieser Betrachtung außen vor gelassen)

## Jahresabschluss 2016

Bezeichnung		Überleitung aus 2015	Ansatz 2016	aktualisierter An- satz 2016	Ist 2016	Restbudget 2016 / max. Überleitung
<b>Dezernat III</b>						
<b>Maßnahmen (Ist &gt; 100 Tsd. €)</b>		<b>182</b>	<b>0</b>	<b>202</b>	<b>202</b>	<b>0</b>
I.04253	80 Generalsanierung Schläferskopf	182	0	202	202	0
<b>Maßnahmen (Ist &lt; 100 Tsd. €)</b>		<b>33</b>	<b>142</b>	<b>348</b>	<b>14</b>	<b>334</b>
<b>Bau und Beschaffungsprogramm</b>		<b>241</b>	<b>58</b>	<b>299</b>	<b>72</b>	<b>227</b>
<b>Gesamt</b>		<b>456</b>	<b>200</b>	<b>849</b>	<b>288</b>	<b>561</b>

(Stand Ende Mai 2016)

## Jahresabschluss 2016

Bezeichnung		Überleitung aus 2015	Ansatz 2016	aktualisierter Ansatz 2016	Ist 2016	Restbudget 2016 / max. Überleitung
<b>Dezernat IV</b>						
<b>Maßnahmen (Ist &gt; 100 Tsd. €)</b>		<b>5.542</b>	<b>0</b>	<b>6.281</b>	<b>3.030</b>	<b>3.251</b>
I.02296	66 WIN Helenenstraße	910	0	910	555	355
I.01845	66 WIN Glarusstraße	2.775	0	2.351	482	1.869
I.01275	66 WIN AIN EM Fritz-Lenges-Straße 1. BA	0	0	431	431	0
I.04278	66 WIN Weidenborn- /Hasengartenstraße Umg.	564	0	564	374	190
I.02149	66 WIN EM Ahornstraße in Breckenheim	0	0	303	303	0
I.02388	66 WIN HWS Sonnenberg Straßenbau 2. Ba	0	0	283	283	0
I.04383	66 WIN Wilhelmstraße Fahnenmasten	300	0	300	262	38
I.01902	66 WIN Goerdelerstraße - Bestand	993	0	993	194	799
I.00904	66 WIN EM Berta-Cramer-Ring	0	147	0	147	0

## Jahresabschluss 2016

Bezeichnung	Überleitung aus 2015	Ansatz 2016	aktualisierter Ansatz 2016	Ist 2016	Restbudget 2016 / max. Überleitung
<b>Dezernat IV</b>					
<b>Programme</b>	<b>8.507</b>	<b>5.533</b>	<b>12.824</b>	<b>3.881</b>	<b>8.943</b>
Fahrbahndeckenprogramm INV WI	287	1.250	1.681	893	789
Sonstige Programme INV Dez IV	1.395	419	1.698	803	895
Ingenieurbauwerke INV WI	756	630	1.449	603	846
Grundhafte Erneuerung INV WI	2.921	855	2.762	329	2.433
Verkehrssicherung Fahr- /Gehwege INV	0	450	534	304	231
Straßenbeleuchtungsanlagen INV WI	961	320	1.210	178	1.032
Parkscheinautomaten Erneuerung INV	227	4	158	158	0
Beseitigung Unfallschwerpunkte WI	131	0	131	119	12
Verbesserung ÖPNV INV WI	229	0	326	113	212
Verkehrssicherung Fahr- / Gehwege INV	0	250	103	103	0
<b>Maßnahmen (Ist &lt; 100 Tsd. €)</b>	<b>1.206</b>	<b>1.610</b>	<b>6.005</b>	<b>165</b>	<b>5.836</b>
<b>Gesamt</b>	<b>15.255</b>	<b>7.143</b>	<b>25.110</b>	<b>7.076</b>	<b>18.057</b>

## Jahresabschluss 2016

	Bezeichnung	Überleitung aus 2015	Ansatz 2016	aktualisierter Ansatz 2016	Ist 2016	Restbudget 2016/ max. Überleitung
<b>Dezernat V Schulen u. a.</b>						
<b>Maßnahmen (Ist &gt; 100 Tsd. €)</b>		<b>19.667</b>	<b>6.658</b>	<b>37.832</b>	<b>10.340</b>	<b>27.556</b>
I.03440	40 Th.-Fliedner-Schule Ausbau Vollgymnasium	5.331	4.657	9.988	4.162	5.826
I.04031	40 Betreuung Blücherschule Erweiterung	3.119	0	3.124	2.877	246
I.03758	40 Betreuung Friedr.-Ludwig-Jahn-Schule	1.888	0	1.913	1.136	777
I.03762	40 Carl-von-Ossietzky-Schule Neubau	7.980	1.000	8.852	616	8.300
I.03722	40 Albert-Schweitzer-Schule Neubau	546	0	10.498	435	10.062
I.00546	40 Joh.-Maaß-Schule Neubau	144	0	278	278	0
I.04144	40 Betreuung A-Stifter-Schule Erweiterung	367	0	274	274	0
I.04357	40 Grundschule Innenstadt Neubau	0	1.001	1.001	211	790
I.03756	40 Betreuung Rudolf-Dietz-Schule	8	0	1.208	185	1.022
I.04226	40 Brückenschule Sanierung	284	0	697	166	531
<b>Programme</b>		<b>4.131</b>	<b>3.626</b>	<b>9.241</b>	<b>2.607</b>	<b>6.635</b>
Sonstige Programme Schulen (Beschaffungen)		1.409	3.372	5.672	1.272	4.400
Ersatzinventar Schulen (Beschaffungen)		861	55	1.328	865	463
Schulbudget Beschaffungen		96	184	407	302	105
Betreuung in Grundschulen (Beschaffungen)		1.736	0	1.751	100	1.652
<b>Maßnahmen (Ist &lt; 100 Tsd. €)</b>		<b>1.863</b>	<b>5.000</b>	<b>5.715</b>	<b>-87</b>	<b>5.809</b>
<b>Beschaffungen (außerhalb Programmpositionen)</b>		<b>29</b>	<b>15</b>	<b>83</b>	<b>69</b>	<b>15</b>
<b>Gesamt</b>		<b>25.661</b>	<b>15.284</b>	<b>52.788</b>	<b>12.860</b>	<b>40.000</b>



## Jahresabschluss 2016

Bezeichnung		Überleitung aus 2015	Ansatz 2016	aktualisierter An- satz 2016	Ist 2016	Restbudget 2016 / max. Überleitung
<b>Dezernat V Kultur</b>						
<b>Maßnahmen (Ist &gt; 100 Tsd. €)</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>609</b>	<b>609</b>	<b>0</b>
I.03578	41 Zuschuss investiv an Staatstheater	0	0	609	609	0
<b>Maßnahmen (Ist &lt; 100 Tsd. €)</b>		<b>21.649</b>	<b>435</b>	<b>9.294</b>	<b>175</b>	<b>9.119</b>
<b>Programme</b>		<b>1.320</b>	<b>182</b>	<b>1.219</b>	<b>614</b>	<b>607</b>
Bau und Beschaffung		1.262	167	1.080	596	485
Zuschuss an Dritte für Investitionen		58	15	139	18	122
<b>Gesamt</b>		<b>22.969</b>	<b>617</b>	<b>11.122</b>	<b>1.398</b>	<b>9.726</b>

## Jahresabschluss 2016

Bezeichnung	Überleitung aus 2015	Ansatz 2016	aktualisierter Ansatz 2016	Ist 2016	Restbudget 2016 / max. Überleitung
<b>Dezernat VI</b>					
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)	0	0	0	0	0
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)	50	0	50	0	50
Beschaffungen (Programm)	842	500	1.341	537	803
<b>Gesamt</b>	<b>892</b>	<b>500</b>	<b>1.391</b>	<b>537</b>	<b>853</b>

## Jahresabschluss 2016

Bezeichnung		Überleitung aus 2015	Ansatz 2016	aktualisierter Ansatz 2016	Ist 2016	Restbudget 2016/ max. Überleitung
<b>Dezernat VII.</b>						
<b>Maßnahmen (Ist &gt; 100 Tsd. €)</b>		<b>50</b>	<b>872</b>	<b>822</b>	<b>403</b>	<b>469</b>
<b>I.03264</b>	67 Neukonzeption Kulturpark	50	731	681	262	469
<b>I.03472</b>	67 G Quartiersplatz Platz dt. Einheit	0	141	141	141	0
<b>Programme</b>		<b>720</b>	<b>3.263</b>	<b>2.383</b>	<b>1.744</b>	<b>1.505</b>
Sonst. Investitionsprogramme (Beschaffungen)		620	2.236	1.508	1.087	1.135
Kinderspielplatzprogramm Dez. VII		100	926	667	615	311
Zuschüsse an Dritte		0	101	208	42	59
<b>Maßnahmen (Ist &lt; 100 Tsd. €)</b>		<b>30</b>	<b>154</b>	<b>90</b>	<b>81</b>	<b>73</b>
<b>Gesamt</b>		<b>800</b>	<b>4.289</b>	<b>3.295</b>	<b>2.228</b>	<b>2.047</b>

Herausgeber:  
Landeshauptstadt Wiesbaden  
Dezernat VI - Dezernat für Finanzen, Schule und Kultur  
Schillerplatz 1 - 2  
65185 Wiesbaden  
dezernat.VI@wiesbaden.de  
Bildrechte des Titelbildes: ©Wiesbaden Marketing GmbH